G 1800 EX

# Blätter für deutsche und internationale Politik

**Karl Bechert**
**Aufruf an alle Bürger Europas: Wehrt Euch!**

**Harold Rasch**
**Für eine neutrale Bundesrepublik**

**Kurt Steinhaus**
**Welche Westpolitik?**

**Helmut Wolfgang Kahn**
**Kleine Chronik der Fallengelassenen (II)**

**Dokumentation**
**zur jüngsten Entwicklung in Polen**

**Jürgen Ostrowsky**
**Jahrzehnt der Entscheidung in Afrika**

**UN-Konvention gegen alle Formen der Diskriminierung der Frau**

## 9'80

**September 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM**
**Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM**

**Pahl-Rugenstein Verlag Köln**

# September 1980

CHRONIK DES MONATS AUGUST 1980 ..... 1025

AUFRUF an alle Bürger Europas: Wehrt Euch! ..... *Karl Bechert* 1028

KOMMENTARE UND BERICHTE

Einstimmung auf den atomaren „Erstschlag"?
Carters „Direktive 59" ..... *Achim Maske* 1031
Südkorea wird „gesäubert" ..... *Ariane Dettloff, Tokio* 1036
Asylrecht im Wahlkampf? ..... *Heinz Heldmann* 1039

HAUPTAUFSÄTZE

Für eine neutrale Bundesrepublik ..... *Harold Rasch* 1042
Welche Westpolitik?
Probleme des zukünftigen Verhältnisses der Bundesrepublik zu den USA und Westeuropa ..... *Kurt Steinhaus* 1053
Kleine Chronik der Fallengelassenen (II) ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 1061
Das Jahrzehnt der Entscheidung
Zum Stand des Befreiungskampfes in Südafrika ..... *Jürgen Ostrowsky* 1082
Probleme gewerkschaftlicher Politik in der Endphase der Weimarer Republik ..... *Andreas Kaiser* 1099
Zum Artikel von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer:
Kritik und Antikritik. Zur aktuellen Diskussion über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ..... *Helga Grebing* 1115

MEDIENKRITIK

Wahlhilfe ..... *Wilfried Lange* 1119

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die Entwicklung der Staatsverschuldung (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1120

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Dokumente zur jüngsten Entwicklung in Polen: Artikel der Warschauer Wochenzeitung „Polityka" vom 5. Juli 1980 zur Lage in Polen (Auszüge), 16 Forderungen des Überbetrieblichen Streikkomitees in Danzig laut dpa vom 17. 8. 1980 (Wortlaut), Brief von Papst Johannes Paul II. an den Primas der katholischen Kirche Polens, Stefan Kardinal Wyszynski, laut dpa vom 23. August 1980 (Wortlaut), Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) Edward Gierek, auf der 4. Plenartagung des ZK der PVAP am 24. August 1980 (Wortlaut), 21 Forderungen des Überbetrieblichen Streikkomitees in Danzig, vorgelegt in den Verhandlungen mit der Regierungsdelegation laut dpa vom 26. August 1980 (Wortlaut), Bericht der Presseagentur „Interpress" über das Plenum des Zentralrats der polnischen Gewerkschaften am 26. August 1980 (Wortlaut), Fernsehkommentar und „Trybuna Ludu"-Leitartikel von Ryszard Wojna laut dpa vom 27. August 1980 (Wortlaut), Kommuniqué der Sondersitzung des Hauptrats des polnischen Episkopats vom 26. August 1980 laut dpa vom 28. August 1980 (Wortlaut), Die 28 Punkte-Vereinbarung von Stettin nach einer Sonderbeilage der Stettiner Zeitung „Szczecinski" vom 30. August 1980 laut AP (Wortlaut), Die Danziger Vereinbarungen zwischen einer Delegation der polnischen Regierung und dem Überbetrieblichen Streikkomitee in der Wiedergabe durch AP vom 1. September 1980 (Wortlaut), Erklärung des Vorsitzenden des Überbetrieblichen Streikkomitees Lech Walesa zum Abschluß der Verhandlungen am 31. August 1980 (Wortlaut), Artikel des Moskauer Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 2. September 1980 (Wortlaut), Stellungnahme des Vorsitzenden der Deutschen Journalisten-Union, Eckart Spoo, gegenüber der Nachrichtenagentur ppa vom 1. September 1980 zur Polen-Berichterstattung in der Bundesrepublik (Wortlaut) ..... 1123
Konvention über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau (Wortlaut) .. 1143
Presseerklärung des Pahl-Rugenstein Verlages über die kostenlose Ausstattung bayerischer Bibliotheken und Schulen mit Büchern über F. J. Strauß vom 20. August 1980 ..... 1152

# Aufruf an alle Bürger Europas: Wehrt Euch!

*Professor Dr. Dr. h. c. Karl Bechert, 79, der die deutsche und europäische Öffentlichkeit in diesem bewegenden, geradezu beschwörenden Appell zu Protest und Widerstand gegen die für Europa und besonders die Bundesrepublik lebensgefährliche Atomstrategie der USA aufruft, ist emeritierter Professor für Theoretische Physik und war Vorsitzender des Atomausschusses des Deutschen Bundestages. D. Red.*

Der frühere Stellvertreter des NATO-Oberkommandierenden in Europa für Kernwaffenfragen, General Pasti, sprach es offen aus: Die Vernichtung Europas ist der Preis für die Verteidigung der Vereinigten Staaten.

Ich sage: Wehrt Euch! Wollt Ihr Euch im Dritten Weltkrieg hinschlachten lassen? Glaubt Ihr immer noch an den Schutz durch die NATO? Habt Ihr immer noch nicht verstanden, daß Ihr die Ehre haben sollt, für die Vereinigten Staaten von Amerika zu sterben?

Die „Pershing II"-Raketen und die „Marschflugkörper", deren Herstellung die europäischen NATO-Regierungen zugestimmt haben – Ihr, die Bevölkerung wurdet nicht gefragt –, und die Ihr bezahlen müßt, hat Euch der USA-Präsident aufgezwungen, der „Friedensapostel", der Lügenpräsident Jimmy Carter. Er wird die nächsten Präsidentenwahlen in den USA gewinnen – wenn nicht: Reagan ist noch schlimmer –, weil er durch seine Aufrüstungspolitik der US-Rüstungsindustrie riesige Gewinne verschafft hat und noch verschafft, er, der bei seiner ersten Wahl zum Präsidenten versprochen hat, den amerikanischen Rüstungshaushalt jährlich um etwa 6 % zu vermindern! Er will Neutronenwaffen, er hat eine Aufrüstung in Gang gesetzt wie noch nie in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Die Waffen, deren beschleunigter Herstellung unsere zum Frieden unfähigen Regierungen zugestimmt haben, sind von einer Reichweite und Treffsicherheit, die geeignet sind, Rußland und seine Verbündeten vernichtend zu treffen. Die russischen Mittelstreckenraketen aber reichen mit ihrer Zerstörungskraft nicht über die Grenzen Europas hinaus.

Auch wenn nicht Carter, sondern sein Gegenkandidat Reagan die amerikanische Präsidentenwahl gewinnt, ändert sich an der drohenden Gefahr eines Atomwaffenkrieges in Europa nichts, die durch den „Nachrüstungsbeschluß" der NATO entstanden ist.

Rußland kann durch die neuen Waffen – die Raketen vom Typ „Pershing II" und die „Marschflugkörper" – von Europa aus tödlich bedroht werden, denn sie sollen in Europa stationiert werden, die „Pershing II" sogar alle in der Bundesrepublik Deutschland, also ganz weit vorne. Ein russischer Gegenschlag müßte sich gegen Europa richten, Amerika bliebe im Hintergrund und könnte damit rechnen, verhältnismäßig besser davonzukommen – auch dies ist schon, in Milliarden Dollars und Millionen Menschenleben „umgerechnet", gesagt worden –, besser als Rußland, dem ein „Zweifrontenkrieg" – gegen Europa und die USA – zur tödlichen Gefahr werden könnte. Jedenfalls werden die Vereinigten Staaten nicht in einen Existenzkampf Europas wegen eintreten. Der gewesene amerikanische Außenminister Kissinger hat dies deutlich und öffentlich gesagt. Für jeden politisch Denkfähigen ist dies auch selbstverständlich. Es ist lange bekannt, daß die amerikanischen Einheiten genaue Anweisungen haben, wohin und wie sie sich „abzusetzen" haben. Andererseits ist durchgesickert, daß in der letzten Zeit „Pershing II"-Raketen heimlich in die Bundesrepublik Deutschland geschafft worden sind, als Versorgungsgüter getarnt!

Dabei drängt die US-Regierung darauf, daß die europäischen NATO-Staaten mehr für ihre Rüstung tun sollen, vor allem wollen die Amerikaner eigene Truppen abziehen, die durch europäische ersetzt werden sollen.

Und es geht die Rede davon, daß die größeren deutschen Marine-Einheiten, die entgegen früheren Verboten jetzt von der Bundesrepublik Deutschland gebaut werden dürfen und auch gebaut werden, „einen größeren Aktionsradius bekommen sollen, ihrer Größe entsprechend", wie es zur Begründung heißt. Mit anderen Worten: Deutsche Schiffe sollen auch „anderswo" eingesetzt werden, natürlich im amerikanischen Interesse, wir sind ja Verbündete.

Der amerikanische „Schutz" bekommt nebelhafte Umrisse. Sagen wir es offen: Die Verteidigungsplanung der NATO war noch nie imstande, ist es auch heute nicht, auch nur einen einzigen europäischen Staat wirklich zu schützen, schon gar nicht die Bundesrepublik Deutschland, von Berlin gar nicht zu reden. In einem Krieg, sei es mit konventionellen (= nicht-atomaren) Waffen oder mit Atomwaffen, wird Europa durch die „Verteidigung" völlig verwüstet werden. Es ist wahrscheinlich, daß dies geschieht, bevor die „Nachrüstung" verwirklicht sein kann.

Es ist also höchste Gefahr.

Was tut unsere, die deutsche Regierung? Sie hat unter starkem amerikanischen Druck den Nachrüstungsbeschluß bei den europäischen NATO-Partnern durchgesetzt, als Antwort auf die angeblich gefährlich starke russische Rüstung mit Mittelstreckenraketen.

Der so schmählich behandelte deutsche General Bastian hat in seinem bekannten Brief, der in den politisch-militärischen Aussagen nie widerlegt worden ist, darauf hingewiesen, daß die Russen schon seit Jahren mit ihren Mittelstreckenkraketen bis an die Grenzen Europas schießen können, und

daß bei ihren neuen SS 20-Raketen lediglich die Zielgenauigkeit größer sei. Im ganzen könne von einer Überlegenheit der Russen keine Rede sein, und das Friedensforschungs-Institut des früheren Bundeswehrgenerals Graf Baudissin hat das gleiche als Ergebnis seiner Studien dargetan.

Für die Staaten, welche Atomkraftwerke haben, fügen wir hinzu: Sie können schon deshalb nicht verteidigt werden, weil sie durch die Atomkraftwerke selbst die Sprengminen gelegt haben, welche diese Staaten durch Radioaktivität vernichten werden. Da hilft auch das Abschalten der Werke nichts, sie bleiben radioaktive Todesminen.

Aber kann denn gar nichts helfen? Doch: Europa, und vor allem und zu allererst die Bundesrepublik Deutschland, muß atomwaffenfreie Zone werden! Die Polen haben vor mehr als 20 Jahren Ähnliches vorgeschlagen. Es scheiterte an der Uneinsichtigkeit der maßgeblichen Politiker. Die Aufrüstung ging weiter. Die Abkommen über Rüstungsbegrenzung waren bisher immer so angelegt, daß sie Höchstgrenzen festsetzten, die über dem derzeitigen Stand lagen, was natürlich zur Folge hatte, daß noch mehr gerüstet wurde, um den vereinbarten Höchststand möglichst bald zu erreichen – zugleich ein Zeichen für das gegenseitige Mißtrauen und für die Verlogenheit der führenden Politiker.

Was erreicht werden muß, ist nicht eine Höchstgrenze für atomare Rüstung, sondern Verschwinden jeglicher Atomrüstung aus Europa, damit wenigstens dieser Krisenherd endgültig ausgeschaltet ist. Andere Gebiete mögen nachfolgen, man kann nicht alles auf einmal erreichen wollen.

Über diesen Vorschlag wird gelacht, wird gespottet werden. Aber weiß einer der Spötter einen besseren und ausführbaren Vorschlag? Dieser Vorschlag ist ausführbar, man muß nur wollen! Es ist schon eine ganze Reihe von Staaten in Europa, die keine Atomwaffen in ihrem Land haben und auch keine haben wollen! Gibt es eine vernünftige und menschenwürdige Begründung für das seit Jahren andauernde Aufrüsten der Großmächte und ihrer Machtblöcke? Es gibt keine und hat auch nie eine gegeben! Irgendwann muß es ein Ende damit haben.

Das jetzige Verhalten der führenden Politiker gleicht dem von Geistesgestörten, denen nichts weiter einfällt als Rüsten, Rüsten, und wenn alles, was menschenwürdig ist, dabei zugrunde geht. Wie lange wollen wir das noch dulden, noch mitmachen?

Natürlich ist ein atomwaffenfreies Europa nur ein erster Schritt, der schwierig zu begrenzen ist, aber es ist ein Schritt, über den bei den Völkern Europas Jubel sein wird bis in ferne Zukunft.

Weilmünster, den 18. August 1980
Prof. Dr. Karl Bechert

# Einstimmung auf den atomaren „Erstschlag"?

## Carters „Direktive 59"

Am 6. August dieses Jahres berichteten die „New York Times" und die „Washington Post" über eine neue Direktive Präsident Carters zur US-Strategie für den Atomkrieg. Die „Presidential Doctrine 59", die Carter eine Woche zuvor unterzeichnet habe, lege das Schwergewicht auf den Angriff gegen militärische Ziele in der Sowjetunion, anstatt auf die Zerstörung von Städten und Industrieanlagen. Diese Strategie erfordere US-Streitkräfte, die in der Lage sind, genaue und begrenzte atomare Schläge gegen militärische Einrichtungen, wie Raketenabschußbasen, unterirdische Kommandozentralen und Truppenkonzentrationen, zu führen.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ruft Erinnerungen hervor. Genau 35 Jahre zuvor hatte der damalige US-Präsident Truman (ohne zwingende militärische Notwendigkeit, gleichsam als militärische Demonstration) den Einsatz einer Atombombe gegen die japanische Großstadt Hiroshima angeordnet, der weit über einhunderttausend Menschen das Leben kostete.

Inzwischen ist in Stellungnahmen von Verteidigungsminister Brown, Sicherheitsberater Brzezinski und Präsident Carter der Inhalt der „Direktive 59" ausführlicher erläutert worden. Dabei wirft es ein bezeichnendes Licht auf die Aktivitäten und Absichten der Carter-Regierung, daß US-Außenminister Muskie von der Unterzeichnung dieser Direktive erst aus der Presse erfahren hat. Den Verteidigungsministern der NATO-Verbündeten erging es nicht besser. Ihnen schrieb Brown am 8. August (also zwei Tage nach der Veröffentlichung in der Presse). Aus den Begleitumständen wird deutlicher, worum es bei dieser Direktive geht und worum nicht. Unverkennbar ist sie nicht abgestimmt auf die Erzielung von Übereinkünften bei der Begrenzung der strategischen Waffen, sonst hätte wohl der Außenminister der Vereinigten Staaten dazu gehört werden müssen, um auszuloten, welche Auswirkungen Veränderungen in der Atomstrategie der USA auf die Aussichten von Rüstungsbegrenzungen hätten. Offensichtlich hält aber auch die US-Regierung nichts von den eigenen öffentlich gemachten Zusicherungen gegenüber den verbündeten NATO-Regierungen, Konsultationen innerhalb der NATO aufzunehmen, um eine gemeinsame Position gegenüber den neuen Vorschlägen der Sowjetunion für Verhandlungen über Abrüstung in Europa zu erarbeiten. Vielmehr bereitet die US-Regierung sich und die Weltöffentlichkeit auf die Führung des nuklearen Erstschlages und eines begrenzen Atomkrieges vor. Daß die Propagierung solcher Vorstellungen Bestandteil der amerikanischen Präsidentschaftswahlkampagne ist – Carter möchte offensichtlich die der Sache nach haltlosen aber anscheinend propagandistisch nicht unwirksamen Angriffe seines Konkurrenten Ronald Reagan entkräften, er kümmere sich zu wenig um die militärische Stärke der USA – macht die Angelegenheit eher noch bedenklicher. Der zutreffenden und (glücklicherweise) weit verbreiteten Vorstellung, daß es im Atomzeitalter keine vernünftige Alternative zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und zu schrittweiser nuklearer und konventioneller Abrüstung gibt, soll die Vorstellung von einem risikolosen Sieg im Atomkrieg entgegengesetzt werden. Dazu wird der Öffentlichkeit das folgende „Scenario" vor-

gestellt: Die USA konzentrieren alle Kraft auf die Entwicklung weitgehend unverwundbarer, präzise lenkbarer Atomraketen, die in einem Überraschungsschlag die sowjetischen Interkontinentalraketen selbst in verbunkerten Startrampen zerstören können. Solche Waffen sind die mobilen ballistischen Interkontinentalraketen vom Typ MX. Dieses Raketensystem wird gegenwärtig entwickelt. Zweihundert solcher Raketen sollen gebaut werden. Jede Rakete soll über zwölf bis vierzehn einzeln und genau lenkbare atomare Gefechtsköpfe verfügen. Die Raketen sollen in einem Tunnelsystem im Südwesten der USA ständig umhergefahren werden, um sie unverwundbar zu machen. Eine weitere strategische Erstschlagwaffe sind die „Trident-U-Boote" mit jeweils vierundzwanzig Interkontinentalraketen. Jede hat acht bis zehn Sprengköpfe. Die Reichweite soll zuerst achttausend (Trident I) und später elftausend Kilometer (Trident II) betragen. Der Bau von dreizehn solcher U-Boote ist vorgesehen. Die Mehrfachsprengköpfe der vorhandenen interkontinentalen „Minutemann-III"-Raketen vom Typ MK 12 werden durch eine verbesserte Version, die zielgenauer und explosionsstärker ist, abgelöst. Mit den Luft/Boden-„Cruise Missiles", von denen jeder B 52-Bomber zwanzig an Bord führen kann, und deren Lenksystem höchste Treffsicherheit gewährleisten soll, entwickeln die USA eine weitere Waffe für den Erstschlag. Weiterhin gehören dazu die von der NATO im Dezember 1979 beschlossenen 108 Pershing-II-Raketen und 464 bodengestützten „Cruise Missiles".

Mit diesen Waffensystemen sollen die atomaren und konventionellen Waffen der Sowjetunion vernichtet werden können. Die Möglichkeit eines Gegenschlages gegen die USA soll genommen oder zumindest maximal abgeschwächt werden. Zu einer solchen „Counterforce-Strategie" werden Atomraketen gebraucht, mit denen man „Punktziele" vernichten kann, während man für die Vernichtung einer Stadt keine besonders zielsicheren Raketen benötigt. Die USA schaffen also zusätzlich zu ihrem atomaren Potential für einen allgemeinen Kernwaffenkrieg noch ein Potential für einen begrenzten Atomkrieg gegen die Sowjetunion. Bereits am 29. Januar dieses Jahres legte US-Verteidigungsminister Brown in seinem Jahresbericht als Zielstellungen der amerikanischen Nuklearstrategie dar, das Atomwaffenpotential müsse so beschaffen sein, daß es 1. eine „Zweitschlagsfähigkeit" gegen vielfältige Ziele sichere, 2. „Vergeltung" gegen ausgewählte Ziele ermögliche, 3. eine ausreichende Zerstörung der sowjetischen Wirtschaft gewährleiste und 4. zusätzlich noch Elemente einer Reservestreitmacht erhalten blieben, die für die Zeit nach einem strategischen Atomkrieg vorgesehen sind („Wireless Bulletin", Washington, 7. 8. 1980, deutsche Übersetzung, in: „Europa-Archiv", Nr. 16, v. 25. 8. 1980).

Angesichts solcher Konzeptionen darf vermutet werden, daß in der Führung der Vereinigten Staaten tatsächlich die Bereitschaft wächst, höhere Risiken einzugehen, d. h. zur Durchsetzung ihrer Interessen in Krisensituationen den begrenzten Einsatz von Atomwaffen zumindest anzudrohen.

Dabei muß gesehen werden, daß als Interessengebiet der USA – eine ähnliche Tendenz ist auch bei der Diskussion über die NATO als „Schicksalsgemeinschaft der freien Welt" zu beobachten – praktisch der ganze Erdball betrachtet wird. US-Außenminister Muskie erklärte am 9. August in San Franzisko: „Wir leben in einer Zeit, da die zentralen Interessen der demokratischen Industriestaaten nicht nur durch drohende militärische Gewalt an den unmittelbaren Grenzen berührt werden, sondern auch durch die Tatsache entfernter Aggressionen. Es ist ein Zeitalter, da die Wirtschaftspolitik ebenso wie die militärische Strategie unsere Sicherheitsinteressen grundlegend

beeinflussen – ein Zeitalter, da wir uns sowohl über die direkte Bedrohung durch bewaffnete Angriffe als auch die Bedingungen Gedanken machen müssen, die in der Welt der Entwicklungsländer Aufruhr schaffen." („Amerika-Dienst", Bonn, 20. 8. 1980.)

Trotz des häufigen Gebrauchs beschönigender Begriffe wie „chirurgische Atomschläge", „begrenzte Schläge gegen Raketen und militärische Kommandozentralen" ist klar, daß ein noch so begrenzter Einsatz von Atomwaffen verheerende Folgen für die Bevölkerung haben müßte. Es ist deshalb bezeichnend, daß führende US-Politiker gleichzeitig die Öffentlichkeit an die bei verschiedenen „Arten" von Atomkriegen auftretenden „Megatoten" zu gewöhnen versuchen. Als Trost wird angeboten, daß die Sowjetunion jeweils 20 oder 40 Millionen mehr Tote zu beklagen haben würde.

Die Veränderungen der US-Atomkriegsstrategie, die in der „Direktive 59" zum Ausdruck kommen, gehen zurück auf Maßnahmen, die bereits von dem damaligen Verteidigungsminister Schlesinger 1974 eingeleitet wurden. Damals wurde, gestützt auf die Technik zielgenauerer Mehrfachsprengköpfe, eine „variable Zielplanung" eingeführt. Innerhalb sehr kurzer Zeit sollen seitdem die Ziele für die Atomwaffen verändert werden können. Dabei hat die Mehrfachsprengkopftechnik für Interkontinentalraketen zu einer erheblichen Erhöhung der Zahl der Sprengköpfe geführt. Die für jede Erstschlagstrategie wichtige Trefferwahrscheinlichkeit kann dadurch gesteigert werden, daß ein und derselbe Raketensilo in der Sowjetunion gleichzeitig Ziel mehrerer Sprengköpfe ist.

Damals wie heute argumentieren die Befürworter derartiger Konzeptionen, daß mit ihnen die Abschreckung erhöht würde. Doch die Bereitstellung von Atomwaffen für immer speziellere Einsatzmöglichkeiten senkt die Atomschwelle und macht den Beginn eines Atomkrieges wahrscheinlicher. Dies wird auch in einem Interview von US-Verteidigungsminister Brown gegenüber ABC-News am 17. August dieses Jahres deutlich (zit. nach „Wireless Bulletin", 19. 9. 1980). Auf die Frage nach Bedingungen für den Ersteinsatz von Atomwaffen antwortet er: „Wenn Westeuropa mit einem massiven konventionellen Angriff überrollt würde, würde ich den Ersteinsatz von *taktischen* Atomwaffen nicht ausschließen . . ." Frage: „Würden Sie in dieser Situation den begrenzten Gebrauch *strategischer* Atomwaffen in diesem neuen Konzept eines begrenzten Atomkrieges ausschließen?" Brown: „Ich möchte nicht in solche Details gehen. Es würde sehr viel von den Umständen abhängen." (Hervorhebung v. Verfasser.)

Der Versuch, durch die Perfektionierung des atomaren Potentials die Fähigkeit der Sowjetunion zu einem gesicherten Zweitschlag zu beseitigen oder zumindest stark zu verringern, erhöht nicht die Abschreckung, sondern dient der Verbesserung der Möglichkeiten zumindest der *Androhung* von Atomschlägen zur Durchsetzung eigener Ziele. Gleichzeitig bedeutet dies auch immer die Vorbereitung auf die *Führung* eines vernichtenden ersten Schlages gegen die Sowjetunion. Die „nukleare Schwelle" wird gesenkt, die Eskalation regionaler Krisen zu einem regionalen und globalen Atomkrieg wird wahrscheinlicher. US-Verteidigungsminister Brown selbst betont in dem zitierten Interview vom 17. August, es sei unwahrscheinlich, daß ein begrenzter Atomkrieg auch begrenzt bleiben würde. Selbst Brown scheint sich also über einige der Risiken der neuen Strategie im klaren zu sein. Generalleutnant Michail Milstein, Militärexperte des Amerikainstituts in Moskau, erläuterte die sowjetische Haltung zu der neuen Strategie folgendermaßen: „Unsere strategische Doktrin betrachtet Kernwaffen als ein Mittel, das nie benutzt werden darf. Sie sind kein Mittel um Krieg im rationalen Sinn zu führen. Sie sind keine

Waffen, mit denen man außenpolitische Ziele erreichen kann." Und weiter: „Wenn irgendjemand denkt, die Vereinigten Staaten könnten unwiederbringlichen Schaden in der Sowjetunion anrichten und dies zu einem Preis, der die Erholung Amerikas nicht gefährdete, dann sage ich: das ist unmöglich."

Die Wiederbelebung der Weltpolizistenrolle der USA durch Präsident Carter, wie sie am klarsten in der Schaffung der „Rapid Deployment Force" („Eingreiftruppe") zum Ausdruck kommt, erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß sich die USA in ihrem Bestreben, unliebsame politische oder soziale Entwicklungen aufzuhalten oder rückgängig zu machen (z. B. im Nahen oder Mittleren Osten), in Krisen oder militärische Konflikte verwickeln, die eine unmittelbare Konfrontation zwischen USA und UdSSR herbeiführen. Die Drohung mit begrenzten Atomschlägen könnte derartige Entwicklungen leicht eskalieren. (Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, daran zu erinnern, daß es seit Beginn des Atomzeitalters nicht nur allgemeine Einsatzplanungen für Atomwaffen gibt, sondern daß seit 1945 mehrfach Situationen eingetreten sind, in denen in Washington konkret die Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen erwogen wurde.)

Wolf Graf Baudissin wies in einem Interview mit der „Neuen Hannoverschen Presse" vom 14. 8. 1980 auf die Auswirkungen der US-Atomstrategie für Europa hin: „Kriegverhütung ist nur möglich, wenn das Risiko der Kriegführung so hoch wie möglich ist, für beide Seiten. Von diesem Prinzip abzugehen, halte ich für außerordentlich gefährlich. Denn selbst ein begrenzter konventioneller Krieg würde heute Mitteleuropa weit schlimmer verwüsten als der Zweite Weltkrieg. Wer sich überhaupt gedanklich auf Kriegführung einstellt, ist leicht dazu verführt, die Realität des Krieges zu verharmlosen." In der Tat wirft die „Presidential Directive 59" erneut die Frage auf, in welchem Ausmaß sich die Gefahren für Euopa nach dem NATO-Ratsbeschluß vom Dezember 1979 über die Produktion und Stationierung neuer weitreichender US-Atomraketen vergrößert haben. Nach der Verwirklichung dieses Beschlusses muß die Sowjetunion davon ausgehen, daß die USA z. B. ihr Potential von 108 in der Bundesrepublik stationierten „Pershing II"-Raketen zu einem begrenzten Atomschlag benutzen. Tatsächlich ist dieses Waffensystem wegen seiner Zielgenauigkeit und wegen des Wegfalls der Vorwarnzeit durch die geringe Flugdauer von wenigen Minuten besonders zu einem entwaffnenden Erstschlag gegen strategische Ziele im westlichen Teil der Sowjetunion geeignet. Die Schaffung einer „eurostrategischen" Atomstreitmacht unter US-amerikanischem Kommando macht die westeuropäischen Staaten zu atomaren Geiseln der USA. Als US-amerikanische Abschußrampe für den Erstschlag wird Westeuropa in erhöhtem Maße zum potentiellen Ziel sowjetischer Kernwaffen. In einer Reihe europäischer Staaten, z. B. in Belgien und Großbritannien, hat sich deshalb nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern bis in die Regierungen und Parlamente hinein Ablehnung und Widerstand gegen die US-Politik verstärkt. Der dänische Ministerpräsident Jörgensen kündigte an, Dänemark werde den Beschluß des NATO-Gipfels von 1978 über eine jährliche reale Steigerung der Militärausgaben um 3 % nicht verwirklichen, sondern die Ausgaben auf dem derzeitigen Stand einfrieren. Neben wirtschaftlichen Gründen führt Jörgensen dafür auch politische an: „Wir wollen nicht durch Steigerung der Militärausgaben und des Wettrüstens zur Verstärkung der internationalen Spannungen beitragen." (FAZ v. 14. 8. 1980.)

In den Niederlanden charakterisierten Sprecher sowohl der christdemokratischen als auch der sozialdemokratischen Partei die neue US-Strategie als Gefahr für die Sicherheit. Der Beschluß der NATO-Länder vom Dezember 1979 über die

Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen diene „auch dafür, um die neue amerikanische Strategie zu ermöglichen". Der Experte der christdemokratischen Fraktion De Boer, wird von der „Frankfurter Rundschau" am 12. August 1980 mit der Äußerung zitiert: Der amerikanische Beschluß vermöge kaum zu erhöhter Begeisterung für die Stationierung der Mittelstreckenwaffen beizutragen. Die neue amerikanische Strategie führe nicht zu größerer Sicherheit, sondern setze Europa im Gegenteil erhöhten Gefahren aus.

Der Sprecher der Bundesregierung Grünewald gab sich nach Bekanntwerden der Carter-Direktive noch amerikanischer als der (vorher nicht informierte) US-amerikanische Außenminister Muskie, indem er erklärte, die Bundesregierung „sei nicht überrascht". Trotz der in den letzten Monaten wiederholt zutage getretenen Differenzen gegenüber der US-amerikanischen Konfrontationspolitik zeigt sich in der Reaktion der Bundesregierung auf die „Direktive 59" ebenso wie beim NATO-Mittelstreckenraketenbeschluß vom Dezember 1979 anscheinend eine „bestimmte" Übereinstimmung mit der Politik der USA im Grundsätzlichen. Helmut Schmidt, der durch seine Reise vom Juli dieses Jahres nach Moskau dazu beigetragen hat, die Entspannungspolitik fortzusetzen, irrt, wenn er annimmt, beides gehe auf Dauer zusammen: Entspannungspolitik mit der Sowjetunion und Vasallentreue gegenüber „Atomkriegsstrategen" in Washington.

Heute zeigt sich einmal mehr, daß die Warnungen weiter Teile der Öffentlichkeit Europas und auch unseres Landes vor den Auswirkungen des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 nur zu berechtigt waren. Der für unsere Sicherheit beste Schritt ist nach wie vor die Aussetzung und Aufhebung des „Nachrüstungsbeschlusses".

Bei Helmut Schmidts Besuch in Moskau hat die Sowjetunion angeboten, sofort in Verhandlungen über das Gesamtpotential der US- und UdSSR-Kernwaffen, die auf Europa bezogen sind, einzutreten, also sowohl über Mittelstreckenraketen, als auch die „Forward based Systems" der USA. (Dieser sowjetische Vorschlag ergibt sich aus der militärstrategisch einleuchtenden Darstellung, daß die Sowjetunion die Modernisierung ihres Mittelstreckenpotentials als Gegengewicht zur Modernisierung der „Forward based Systems" der USA in Europa ansieht.) Daß die USA sich Zeit lassen, überhaupt auf dieses Verhandlungsangebot einzugehen, kann angesichts des ständig wachsenden Einflußes der Gegner von Entspannung und Rüstungsbegrenzung in Washington nicht verwundern. Wenn aber die Bundesregierung keinen Druck auf Washington entfaltet, um die Aufnahme dieser Gespräche durchzusetzen, muß das Nachdenken hervorrufen. Der sog. „Doppelbeschluß" von Brüssel würde dann zum „Doppelbetrug". Es wäre also nicht um die Schaffung von Gegengewichten zu sowjetischen Waffen, sondern um ein spezielles Erstschlagspotential der USA, nicht um das gleichzeitige Angebot von Verhandlungen, sondern um die Täuschung der Öffentlichkeit gegangen. Die Bundesregierung sollte alles tun, um solche Befürchtungen zu zerstreuen.

Bei der Wiener Konferenz über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa, hat sich die Chance für ein erstes Abkommen ergeben. Die beteiligten Staaten des Warschauer Vertrages haben sich bereitgefunden, auf die Vorstellungen der NATO nach Vereinbarung einer kollektiven Höchststärke einzugehen, wenn festgelegt werde, daß kein beteiligter Staat mehr als 50% der Truppen im Reduzierungsgebiet Mitteleuropa unterhalten dürfe. Gleichzeitig haben sie angeboten, ohne Berücksichtigung der nach dem 6. Oktober 1979 aus der DDR abgezogenen 20 000 sowjetischen Soldaten mit 1 000 Panzern und anderer Militärtechnik, eine weitere Reduzierung von 20 000 sowjetischen und

13 000 US-amerikanischen Truppen mit der entsprechenden Militärtechnik zu vereinbaren. Dieser Vorschlag kommt NATO-Vorstellungen so weit entgegen, daß seine Ablehnung das Eingeständnis beinhalten würde, daß die NATO nicht an einer Verminderung der militärischen Konfrontation in Europa interessiert sei.

Die Hoffnungen vieler Beobachter richten sich in dieser Situation auf die Fortsetzung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit von 1975 mit dem Folgetreffen in Madrid im November dieses Jahres. Wenn es gelingt, auf diesem Treffen weitere vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich zu vereinbaren und wenn mit dem Madrider Treffen ein Schritt zur Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz über Abrüstung und militärische Entspannung getan werden könnte, könnte das insbesondere in den kleineren europäischen Staaten stärker ausgeprägte Streben nach Festigung der Entspannung im militärischen Bereich wirksamer werden lassen. Die Öffentlichkeit unseres Landes hat allen Grund, verstärkt auf konstruktive Antworten der Bundesregierung auf die Verhandlungsangebote der Sowjetunion zu drängen. Das Schicksal unseres Volkes darf nicht in Washington entschieden werden.

Achim Maske

# Südkorea wird „gesäubert"

Panzer vor dem Kuppelbau des Parlaments in Seoul – dieses Bild kennzeichnet den politischen Zustand Südkoreas. Die Volksvertretung darf nicht tagen, die Kanonenmündungen richten sich gegen das Volk und seine Forderung nach Demokratie. Es herrscht allein die Macht der Gewehre, kommandiert von General Chun Du Hwan.

Chun ist ein glühender Verehrer des Diktators Park Chung Hee, der im Oktober vergangenen Jahres von seinem eigenen Geheimdienstchef ermordet wurde. Um den Tod der „größten historischen Figur Koreas" zu rächen, putschte Chun am 12. Dezember 1979 mit einer Handvoll Offiziere gegen seine militärischen Vorgesetzten. Die Schutzmacht Amerika, deren Befehlsgewalt Chun die putschenden Truppen eigenmächtig entzogen hatte, protestierte zwar, glaubte aber dem Versprechen, die Putschisten würden sich auf ihre militärischen Aufgaben beschränkten und nicht in die politische Entwicklung des Landes eingreifen. Acht Monate später hat Chun das Parlament aufgelöst, jede politische Bestätigung verboten, den zivilen Übergangspräsidenten zum Rücktritt gezwungen und sich selber von einem sogenannten Wahlgremium, dessen Mitglieder Park Chung Hee noch persönlich ausgewählt hatte, als Regierungschef küren lassen.

Noch im Frühjahr hatte sich Südkorea auf freie Wahlen unter einer neuen demokratischen Verfassung vorbereitet. Viele politische Gefangene waren freigelassen worden, notorische Gegner der 18 Jahre währenden Militärdiktatur Park wieder in ihre bürgerlichen Ehrenrechte eingesetzt, die Presse berichtete frei wie nie, die Autonomie der Universitäten wurde restauriert, die Angst vor den Spitzeln des Geheimdiensts KCIA schwand. In der Hauptstadt Seoul gingen die Studenten auf die Straße, um für eine Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses zu demonstrieren.

Am 17. Mai fegte General Chun diese Reformbestrebungen schroff beiseite. Er verhängte verschärftes Kriegsrecht und ließ reihenweise Demokraten verhaften, darunter seinen schärfsten Gegner, Kim Dae Jung. Kim hatte die besten Aussichten, in freien Wahlen die Präsidentschaft zu gewinnen. Jetzt steht er vor dem Militärtribunal im Armeehauptquartier. Die als Richter maskierten Generäle werfen ihm die Anstiftung des Volksaufstands

von Kwangju vor. Diese Anklage kann ihm leicht die Todesstrafe einbringen. Dabei waren die Bürger von Kwangju, der Hauptstadt der Provinz Cholla, Kim Dae Jungs Heimat, aus Empörung über Kims Verhaftung auf die Straße gegangen, hatten friedlich für seine Freilassung und die Verwirklichung der versprochenen Demokratie demonstriert. Straßenschlachten gab es erst, nachdem Elitetruppen der Armee in beispielloser Brutalität eingriffen und ein Blutbad anrichteten, das Augenzeugen nicht einmal den Greueltaten während des Koreakriegs vergleichen mochten.

„Ich habe mich auf eine legale Machtübernahme vorbereitet", sagte Kim im Militärgerichtssaal, „aber nie Gewalt als Mittel dazu angesehen." Diese Aussage wird in Südkoreas gleichgeschalteter Presse nicht zitiert. Sie spricht Kim schon jetzt schuldig und verleumdet ihn als Kommunisten, Landesverräter und sogar als angeblich uneheliches Kind. Kein Mittel scheint zu schmutzig, um die Volksmeinung gegen den populären Regimegegner aufzubringen. Kein Wort in den zensierten Medien über die grausamen Haftbedingungen Kims und seiner Mitangeklagten, kein Wort über die unterirdischen Zellen, 2,3 Meter im Quadrat, in denen Tag und Nacht die 300-Watt-Birne gleißte, wo 15 Stunden täglich peinliche Verhöre abgehalten wurden, 60 Tage lang, wo Kim Dae Jung nackt ausgezogen, angebrüllt und schließlich körperlich und geistig so erschöpft wurde, daß er gegen seinen Willen Geständnisse unterschrieb. Am dritten Prozeßtag widerrief er diese Unterschriften. Der ausländischen Presse, durch zwei Beobachter vertreten, wurden diese Aussagen vom Militärzensor gestrichen. Doch da das Militärregime bisher auch noch drei Botschaftsvertreter zuläßt (aus Japan, England und den USA), dringen die Worte der Angeklagten auf diesem Weg nach draußen. Amnesty international wurde die Einreise verweigert. Besorgte Bitten ausländischer Regierungen um ein ordentliches und faires Gerichtsverfahren wies das Militär empört als maßlose Einmischung zurück – gemeint waren die Amerikaner, die Japaner, die Franzosen und die Bundesdeutschen. Doch obwohl die Machthaber behaupten, daß die Angeklagten Rechtsanwälte ihrer Wahl benennen konnten, ist das von unabhängigen Quellen bisher nicht bestätigt. Fest steht hingegen, daß eine Woche vor Beginn des Tribunals weder Verwandten noch Anwälten der Besuch der Häftlinge gestattet war. Die meisten Angehörigen der Dissidenten boykottieren das Verfahren, weil sie ihm jede Legalität bestreiten. Auch Kim erklärte: „Dies ist kein juristischer Prozeß, sondern politische Unterdrückung." Er kann nicht aufstehen bei seinen Aussagen, weil er zu sehr geschwächt ist. Sein Mithäftling, der Pfarrer Mun Ik Hwan, sprach ebenfalls dem Tribunal jede Rechtmäßigkeit ab und gab zu Protokoll, daß es seine zehnjährigen Bemühungen um demokratische Verhältnisse in seinem Land zuschanden macht.

Der Schandprozeß gegen 24 Demokraten ist nur ein Teil der großen „Säuberungs"-Kampagne, die Chun mit lautem Propagandawirbel inszeniert. 8600 Beamte ließ er wegen Korruption, Unfähigkeit oder Illoyalität entfernen. Er verbot 172 Zeitschriften. Mindestens 300 Journalisten, die nicht genügend antikommunistischen Eifer zeigten, wurden geschaßt. Ein Komitee für die „Reinheit der Kultur" soll Bücher, Filme, Theaterstücke und Lieder, die soziale Unruhe erzeugen könnten, aus der Öffentlichkeit verbannen. Ungezählte Lehrer, Professoren, Richter, Rechtsanwälte, Geistliche, Gewerkschafter und Parlamentsabgeordnete fielen der „Säuberung" zum Opfer. Die meisten mußten „freiwillig" ausscheiden und ihre vermeintlichen Missetaten öffentlich bereuen. Prominenteste Beispiele: die beiden neben Kim Dae Jung für die Präsidentschaftskandidatur vorbereiteten Politiker Kim Jong Pil und Kim Young Sam. Der eine entsagte jeder künftigen politischen Aktivität, weil man

ihm Korruption vorwarf, der andere trat als Vorsitzender der Oppositionspartei zurück und schwor zugleich, sich nie mehr politisch zu betätigen, weil er seiner Aufgabe nicht gerecht geworden sei, so heißt es. Niemand konnte mit ihm sprechen, weil er immer noch unter Hausarrest steht.

Die breiteste Säuberung erfaßte über 30 000 angebliche Spieler, Diebe, Drogenhändler und Strolche, die in militärische Umerziehungslager gesperrt wurden, wo sie 16 Stunden täglich schwerste körperliche Belastungen aushalten müssen. Abends sollen sie dann Schuldbekenntnisse und Besserungsgelöbnisse niederschreiben. Diese Militärlager sind laut Ex-Präsident Choi „wie Schmelzöfen, in die man dreckige Eisenstücke wirft, damit sie als reiner Stahl daraus hervorgehen".

Ihre Sprache weist die Militärmachthaber Südkoreas als Faschisten aus. Von chirurgischen Operationen ist die Rede, die unsaubere Elemente aus der Gesellschaft entfernen müssen. Aber auch von sozialer Gerechtigkeit für den kleinen Mann, von einer demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft, die es aufzubauen gelte. Dabei ist, wie sogleich hinzugefügt wird, nicht an westliche Demokratiemodelle gedacht, weil diese untauglich seien in der besonderen Situation Südkoreas, das die ständige Bedrohung aus dem kommunistischen Norden abwehren müsse. Schon Park Chung Hee hatte nach diesem bewährten Muster alle Kritik an seiner Gewaltherrschaft unterdrückt. Chun setzt das Erbe Parks bruchlos fort, nur noch brutaler. Er will „ein neues Zeitalter für Korea" einleiten. Jeden Widerstand dagegen merzt er aus. Zugleich versucht er, sich zu popularisieren. Hat doch der Oberkommandierende der US-Truppen in Korea, General Wickham, die Unterstützung seiner Regierung für Chun zugesagt, falls es dem General gelinge, eine Massenbasis vorzuweisen. Die versucht Chun Du Hwan nun für seine „soziale Säuberung" zu gewinnen – nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Denn viele Koreaner waren Korruption und Arroganz der Bürokraten leid, viele mußten zu Hungerlöhnen schuften, während wenige im Luxus schwammen. Das verspricht der fanatische kleine General zu ändern.

Er wird sich aber nur halten können, wenn er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Südkoreas meistert. Das Land, das noch bis 1978 mit Wachstumsraten über 10 % brillierte, steckt in einer schweren Krise. Die einseitig auf Export- und Schwerindustrie ausgerichtete Wirtschaft kämpft angesichts einer Weltrezession mit Überkapazitäten und Arbeitslosigkeit. Zum ersten Mal ist jetzt das Bruttosozialprodukt gesunken. Die Inflationsrate kletterte auf 37 %. Die Löhne hinken weit hinterher. Von 523 Mark Durchschnittslohn, die vier Sechstagewochen mit Zehn-Stunden-Schichten erbringen, kann man im teuren Südkorea nur schlecht existieren. Die Arbeiterunruhen vom April, die ihren Höhepunkt in der Besetzung der Bergarbeiterstadt Sabuk fanden, könnten sich bald wiederholen, falls Chuns Programme für die Ankurbelung der Wirtschaft nicht rasch wirken. Er bleibt dabei angewiesen auf Kredite und Investitionen aus dem Ausland. Japan schickte schon die größte Handelsmission seit 15 Jahren, die für mehr als eine Milliarde Dollar Waren kaufte. Doch die USA hielten sich bisher zurück. Chun verspricht politische Stabilität und hofft, die Investoren damit anzulocken. Wenn der Westen die Lektion aus dem Iran gelernt hat, muß er wissen, daß die Stabilität der Bajonette sehr leicht kippen kann. Wenn er im Namen der Freiheit mit Bündnispartnern sich gemein macht, die jede Freiheit mit Füssen treten, verliert er das letzte Stück Glaubwürdigkeit bei einem Volk, das sich nach Freiheit sehnt.

Der ausländische Besucher in Seoul merkt wenig von der „historischen Wende", die General Chun dem Land verordnet hat. Das hupende Verkehrschaos, die

hastenden Menschenmassen, die staubigen Baustellen immer neuer Wolkenkratzer, der stinkende Industriesmog – diese Kennzeichen der Achtmillionenstadt sind unverändert. Vom Ausnahmezustand zeugen dennoch viele Einzelheiten: Militärposten vor den Toren der leeren Universitäten, paarweise patrouillierende Soldaten, scheue Blicke, die nach Geheimdienstspitzeln spähen. Gesprächspartner, die im Frühjahr noch lebhaft die politische Zukunft des Landes diskutierten, bleiben stumm. Wenn doch jemand spricht, erfährt man, was es heißt, unter einer Militärdiktatur zu leben; ein Taxifahrer brachte zwei Fahrgäste, die über Kim Dae Jungs Prozeß gesprochen hatten, statt an ihren Bestimmungsort zur Polizeistation, wo er angab, politisch verdächtigte Äußerungen gehört zu haben. Angst und Verzweiflung herrschen unter Südkoreas Demokraten. „Noch so ein Aufstand wie in Kwangju wäre mörderisch", sagt einer, der im März noch voller Optimismus war. Er hat die zerschossenen Jugendlichen in ihrem elenden Krankenquartier in Kwangju gesehen. Danach bleibt, so meint er, nur noch Resignation. An Hilfe aus dem Ausland glaubt er nicht mehr. Strategische und wirtschaftliche Eigeninteressen waren bisher jedenfalls stets wichtiger als Menschenrechte. Jimmy Carter hat das unverblümt bekannt. „Wir können die Beziehungen zu unseren Verbündeten nicht abbrechen und sie sowjetischem Einfluß preisgeben, nur weil sie unseren Vorstellungen von Menschenrechten nicht entsprechen", kommentierte er die Entwicklung in Südkorea. Wieder einmal arrangiert sich die Führungsmacht des „freien Westens" mit einer faschistischen Militärdiktatur.

Ariane Dettloff, Tokio

# Wahlkampf gegen Asylanten?

Eigentlich hatte das alles ganz anders begonnen: Die Öffentlichkeit war Grenzschützern drauf gekommen, wie die gewohnheitsmäßig das Asylrecht brachen, indem sie asylsuchende Ausländer gar nicht erst einreisen ließen, sondern sie an den Grenzen gleich abwiesen[1]).

Schnell griff differenzierende Betrachtungsweise Platz, begriff das Rechtsproblem des verletzten Verfassungsrechts als in Wahrheit ein Naturereignis, dem es flink beizukommen galt: die Überflutung der Bundesrepublik durch asylbegehrende Ausländer. Was dann vor sich ging, gibt von der stets wachsamen Abwehrbereitschaft unserer vor allem streitbaren Demokratie glänzend Evidenz: Opposition mit Koalition, Verwaltung mit Gesetzgeber, öffentliche Meinungsmacher hinter sich, rüsten Bollwerke gegen die Überflutungskatastrophe.

1. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen (Bundestags-Drucksache 8/4227 vom 18. Juni 1980) hat den Bundestag am

1) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 19. 11. 1979: „Bayern schob CSSR-Flüchtlinge ab – Heftige Vorwürfe gegen Landesregierung / München: Keine Rechtsverletzung"; „Süddeutsche Zeitung" v. 20. 11. 1979: „Juristen: Abschiebung war rechtswidrig – Experten kritisieren Verhalten bayerischer Behörden im Fall zweier CSSR-Flüchtlinge"; FR v. 20. 11. 1979: „Union will neues Asylrecht. . . . Die CDU/CSU hat einen neuen Anlauf zur Beschleunigung des Asylverfahrens in der Bundesrepublik unternommen. Mit einem Gesetzentwurf will die Opposition auch dafür sorgen, daß von ihr als ‚Schein-Asylanten' bezeichnete Ausländer bereits an der Grenze zurückgewiesen und Berufungsverfahren generell ausgeschlossen werden. Die Befugnis der Grenz- und Ausländerbehörden, einen Ausländer zurückzuweisen, wenn ein Asylantrag nicht vorliegt oder unter Mißbrauch des Rechts gestellt wird, soll in das Gesetz übernommen werden." – In dem gleichen Maß, in welchem die Öffentlichkeit von gewohnheitsmäßigem Asylrechtsbruch an bundesdeutschen Grenzen, vorzugsweise bayerischen, erfuhr, wurde das öffentliche Interesse unwiderstehlich, Gesetzliches und Administratives gegen die Bedrohung der Bundesrepublik durch Asylbewerber zu unternehmen.

2. Juli 1980 passiert. Er begründet – nach einem Ersten Gesetz zur Beschleunigung von Asylverfahren aus dem Jahr 1978 und nach Verwaltungsvorschriften gegen den „Mißbrauch" des Asylrechts aus dem Jahr 1977 – weitere erhebliche Reduzierungen bisherigen Asylverfahrensrechts mit „sprunghaft" gestiegenen Zahlen von Asylbewerbern: 1977 13 859 Anträge, 1978 28 223 Anträge, 1979 41 953 Anträge, 1. Quartal 1980 33 681 Anträge.

Die sich aufdrängende Frage, ob nicht in diesem Zeitraum das Flüchtlingselend in der Welt in solcher Relation sich verschlimmert habe, blieb offen liegen. Die öffentliche Sprachregelung „Mißbrauch des Asylrechts durch Wirtschaftsflüchtlinge" bestimmt das öffentliche Bewußtsein und gibt das Maß für Reaktionen vor.

2. Nach dem Gesetzesbeschluß des Bundestages vom 2. Juli 1980 wird der Dreierausschuß des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ersetzt durch einen „Bediensteten", der nicht mehr, wie das Gesetz es für den Vorsitzenden des Anerkennungsausschusses vorgeschrieben hatte, die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben muß. Ich bezweifle, daß einsamer Ratsbeschluß eines Amtsinspektors über Menschenschicksale aus fremden Kulturkreisen dem Asylrecht in der Bundesrepublik zu besserer Verwirklichung verhilft.

Damit geht weitere Reduzierung einher: Der Grundsatz, daß der Antragsteller persönlich vor dem Anerkennungsausschuß anzuhören sei, ist aufgegeben worden. Dem „Bediensteten" des Bundesamtes wird anheimgegeben, den Asylanten persönlich zu hören oder darauf zu verzichten. Es ist abzusehen, daß hiernach faktisch die Ausländerbehörden (aufgrund ungesetzlicher Vorprüfungsmacht) Asylverfahren zu ihrem Ergebnis lenken. Am 24. Juni 1980 schon hat die „Frankfurter Rundschau" berichtet: „Original ist bloß noch die Adresse – Mit hektographierten Zetteln werden asylsuchende Türken abgelehnt."

Mit Auflagen zur Aufklärung von Sachverhalten und Fristsetzungen soll der Flüchtling angehalten werden, zur Verfahrensbeschleunigung beizutragen, Säumnis soll zum Rechtsverlust führen. Ich bezweifle, ob derartiger Verzicht auf Wahrheitsermittlung von Amts wegen der Qualität des Anerkennungsverfahrens dient, wo nicht zugleich dem Flüchtling ein Beistand beigeordnet wird.

Die Ausländerbehörde wird ermächtigt, dem Flüchtling einen bestimmten Aufenthaltsort oder einen bestimmten Wohnort vorzuschreiben. Damit wird Ländern und Gemeinden die Einrichtung von Sammellagern freigegeben.

Hat der Bundesamtsinspektor den Anerkennungsantrag abgelehnt, dann fordert die Ausländerbehörde den Flüchtling zur Ausreise auf und droht ihm Abschiebung an. Wie gegen die Ablehnung des Anerkennungsantrags und wie gegen die Aufenthaltsbestimmung wird auch dagegen der Widerspruch ausgeschlossen.

Ausreiseverpflichtung, Abschiebungsandrohung und Ablehnung der Asylanerkennung sind zusammen mit einer Klage anzufechten und in einem gemeinsamen Verfahren zu verhandeln.

3. Weitergehende Reduzierungen von Asylverfahrensrecht sind weiterhin in der Diskussion. Der Innenausschuß kündigt in seinem Bericht vom 1. Juli 1980 an (Bundestags-Drucksache 8/4353), „daß sich der Deutsche Bundestag in seiner nächsten Legislaturperiode erneut mit Fragen des Asylverfahrens zu befassen haben wird."

Die Opposition hält an ihren Plänen fest: das Berufungsverfahren im Asylprozeß generell abzuschaffen; Sammellager für Asylanten einzurichten; Arbeitserlaubnis für die gesamte Dauer des Asylverfahrens zu versagen; Sozialhilfe nur in Form von Sachleistungen zu geben; Grenz-

richter mit Entscheidung über Asylanerkennung und Abschiebung zu betrauen.

4. Neben dem aufgeregten Aktionismus des Gesetzgebers, der, in beiden Lagern, weiter das Glaubensbekenntnis hören läßt, das Asylrecht unserer Verfassung dürfe nicht ausgehöhlt werden, hat längst, eigengesetzlich, die Verwaltung ganz pragmatisch des Überflutungsnotstands sich angenommen. Sie nennt das „flankierende Maßnahmen". Ich nenne diese: ungesetzliche Eingriffe in die von Artikel 2 des Grundgesetzes geschützten Freiheitsrechte der Person. Asylanten erhalten ein Jahr lang keine Arbeitserlaubnis. Das bedeutet Asylverfahren ohne Rechtsanwalt. Asylrecht wird zu einer Art staatlicher Klassenlotterie.

Während noch Opposition und Koalition sich streiten, ob Asylanten in Sammellagern oder in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen seien, ohne die feinen Unterschiede zwischen diesen und jenen preiszugeben, richten Landespolitiker aus Koalitions- wie aus Oppositionsparteien Sammellager ein und schieben Kommunalpolitiker Hunderschaften von Flüchtlingen über ihre Gemeindegrenzen.

Als besonders effektiv hat sich bereits die Einführung des Visumzwangs für bestimmte Länder mit fluchtgeneigten Bevölkerungsanteilen erwiesen. Zwar wäre der Mangel eines Einreisesichtvermerks nach überkommener Vorstellung von Flüchtlingseigenschaft und Grundrecht auf Asylgewährung kein Zurückweisungsgrund. Aber der neu verordnete Visumzwang greift im Vorfeld: der Flüchtling ohne Visum findet keine Fluggesellschaft mehr, die ihn ins Zufluchtsland transportierte. Und: die überkommene Vorstellung vom Verfassungsrecht auf Asylgewährung ist bedrohlich ins Gerede geraten. Unbekümmert um die rein humanitäre Zielsetzung für Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht"), die politische Opportunismen für Asylgewährung ausschließen soll, stellen Wähler wie ihre Repräsentanten die Frage, warum denn ausgerechnet wir Afrikanern und Asiaten Asyl gewähren sollen, und ganz offen den Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes zur Disposition des Gesetzgebers. Und in einhelligen Adressen an den Gesetzgeber berufen sie sich auf die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik (z. B. Stoltenberg und Kühn nach der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) vom 28. Juli 1980). Und für Herrn Meier und Frau Schulze spricht die FAZ: „Die Unruhe in der Bevölkerung wächst" (12. Juni 1980); und sieht vor der Asylanten-„Springflut" (11. Juni), vor allem „vor den Wahlen" (12. Juni), die Schmidt-Kohl-Tandler-Gries zumindest einig in „dem Wunsch, das Haus Bundesrepublik gegen Eindringlinge zu sichern" (12. Juni).

5. Da artikuliert sich gewiß – auch – landläufige Vorstellung vom guten und vom schlechten Flüchtling; zu welcher freilich diejenigen, die Leitartikel aus ihr machen, maßgebend beigetragen haben. Soeben noch euphorisch gekleisterte Willkommensfeste für Vietnamesen, die auf hoher See schon Heimatrechte hier empfangen, visumfrei, unbefragt, ohne Bundesamt für Asylanerkennung und ohne die Inquisition, individuelles Flüchtlingsschicksal glaubhaft zu machen – daneben, kontrapunktisch, aufsteigendes Gewitter: die öffentlich angerührte Angst, Türken und Äthiopier seien soeben im Begriff, unser „Haus Bundesrepublik" einzurennen.

Der „Frankfurter Rundschau" vom 12. Juni 1980 entnehme ich folgenden Text eines Briefes des Hamburger Arbeitskreises Asylproblematik, den dieser seiner Landesregierung geschrieben hat:
„. . . 80 % Anerkennungen aus Polen und nur fünf Prozent aus dem SAVAK-Iran im Jahre 1975 zeigen deutlich, mit welch unterschiedlichem Maß gemessen wird . . ."

Hans Heinz Heldmann

# Für eine neutrale Bundesrepublik

Von Harold Rasch

Alles politische Leben unterliegt ständigem Wandel, aber die politischen Institutionen halten mit erstaunlicher Zähigkeit an einmal getroffenen Grundentscheidungen fest. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Vereinten Nationen (UNO) geschaffen wurden, gab man jedem Land ohne Rücksicht auf seine Größe eine Stimme in der Vollversammlung, die Herschaft der westlichen Welt erschien dieser gesichert; heute hat die UNO über 150 Mitglieder, längst sind die Entwicklungsländer in der Mehrheit, aber an der Verfassung der Vereinten Nationen hat man nicht zu rütteln versucht. Die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) brachte nicht nur einen gemeinsamen Außenzolltarif, sondern sollte auch der Erhaltung landwirtschaftlicher Strukturen und Besitzverhältnisse, insbesondere Frankreichs, dienen; inzwischen hat dieses System zu ständig wachsenden „Butterbergen" und ähnlichen Produktionsüberschüssen geführt, die keinen rentablen Absatz finden, doch kaum jemand wagt ernstlich an seine Grundlagen zu rühren. Die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO), 1949 gegründet und 1955 durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland erweitert, sollte die Überlegenheit der USA auf dem Gebiet der Kernwaffen erhalten und den Osten vor einem Angriff auf Westeuropa abschrecken. Aber obwohl seit langem auch die Sowjetunion, mit den übrigen osteuropäischen Staaten im Warschauer Pakt vereinigt, über Kernwaffen verfügt und zum mindesten ein „Gleichgewicht des Schreckens" erreicht ist, hat sich an der Grundkonzeption der NATO wenig geändert. Zwar ist an die Stelle der Doktrin von der „massiven Vergeltung" die der „Flexible response" getreten, im Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten suchen SALT I und (von den USA noch nicht ratifiziert) SALT II eine gewisse Begrenzung des Rüstungswettlaufs zu erreichen. Auf dem noch vertragsfreien Gebiet aber weiß die NATO der behaupteten Überlegenheit der anderen Seite nichts anderes als einen erneuten „Nachrüstungsbeschluß" (Dezember 1979) entgegenzusetzen, wobei die Bundesrepublik Deutschland, wenn auch nach mancherlei Spannungen, weiter getreulich den von den USA entwickelten Verteidiungsplänen folgt.

## I

Bei einem Krieg zwischen den beiden Supermächten wäre unser Land, als den USA verbündet, das erste Opfer. Die Bundesrepublik kann mit Aussicht auf Erfolg nicht verteidigt werden, darüber sind sich alle Fachleute einig. Daß die Drohung mit atomaren Waffen, mögen sie sich unter amerikanischem Verschluß befinden oder nicht, einen ernsthaft entschlossenen potentiellen

Gegner abschreckt, ist indessen zum mindesten zweifelhaft: ihr Einsatz würde ihm zwar ungeheuren Schaden zufügen, aber die Sowjetunion könnte auf ihrem riesigen Gebiet dennoch überleben, von der Bundesrepublik jedoch bliebe nach einem Gegenschlag nichts übrig, was weiter zu verteidigen sich lohnte, und deshalb kann ein solcher Gegenschlag von einer verantwortungsbewußten politischen Führung gar nicht erwogen werden[1]).

Was können wir tun, um den Teufelskreis von Rüstung, Nachrüstung, neuer Rüstung und weiterer Nachrüstung zu durchbrechen?

Seit den 50er Jahren ist immer wieder, wenn auch zum Teil nur hinter verschlossenen Türen, die Frage erörtert worden, ob nicht eine „Neutralisierung" der Bundesrepublik Deutschland das beste Mittel sei, unser Land aus den Machtkämpfen der beiden Großmächte herauszuhalten. Die politisch entscheidenden Kräfte freilich haben diesen Gedanken stets entschieden abgelehnt. Bundeskanzler Adenauer hatte die Weichen eindeutig gestellt, zahlreiche Äußerungen und Entscheidungen von ihm beweisen das und zeigen seine Überlegungen. Ein kurzer Rückblick mag nützlich sein.

„Wenn (Deutschland) wirklich neutralisiert wäre, wenn damit die Integration Europas unmöglich wäre, würde Amerika Europa verlassen und dieses arme, zerbrochene Europa würde gegenüberstehen dem ungeheuren Koloß im Osten, der durch seine Unterminierung bei uns und durch seine Anhänger in Italien und Frankreich es in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit fertig bringen würde, auf diesem Wege des Kalten Krieges seine Herrschaft über ganz Europa zu erstrecken . . . Dann wird dieses Europa entweder ein Anhängsel des sowjetischrussischen Asiens, oder aber es wird einfach von der Höhe seiner Kultur, von der Höhe seiner Wirtschaft heruntersinken auf eine außerordentlich tiefe Stufe. Es gibt für uns nur ein Vorwärts im Zusammenschluß und in der Überwindung dieses nationalstaatlichen Denkens" (1952)[2]).

Zu einer Erklärung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 15. Januar 1955 sagt Adenauer in seinen „Erinnerungen": „Die folgenschwerste Forderung der Sowjetunion betraf . . . die Neutralisierung Deutschlands. Ohne Freunde in der Welt kann ein Land in der geographischen Lage Deutschlands, mitten im Herzen Europas, benachbart der aggressiven Sowjetunion, überhaupt nicht bestehen[3])."

Und schließlich im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Abschluß des österreichischen Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 und dem damals erörterten Gedanken der Schaffung eines „neutralen Gürtels in Westeuropa": „Ein neutrales Deutschland im Herzen Europas würde eine ständige Gefahr für den Frieden in Europa bedeuten." „Meiner Meinung nach würde die Neutralität oder Neutralisierung Deutschlands in einer ver-

1) Hierzu Harold Rasch in: „Blätter", 2/1980, S. 153 ff., 157 ff.
2) Konrad Adenauer auf einer Kundgebung der CDU in Bonn am 28. 3. 1952, zit. nach Andreas Hillgruber, Adenauer und die Stalin-Note vom 10. März 1952, in: „Konrad Adenauer und seine Zeit", Bd. II, S. 111 ff., S. 116.
3) Konrad Adenauer, Erinnerungen II 1953–1955 (1966), S. 399 ff., S. 307 f.

hältnismäßig kurzen Zeit Sowjetrußland gestatten, seine Macht über ganz Europa auszudehnen." „Der Koloß Sowjetrußland, der mit seiner großen Macht neben diesem Gürtel neutralisierter Staaten läge, würde diesen Gürtel wie auch die anderen europäischen Länder in absehbarer Zeit in seine Einflußsphäre hineinziehen[4])."

„Deutschland durfte nicht wieder zwischen die Mühlsteine geraten, dann war es verloren", zu sehr schreckte „das Gespenst einer deutschen Schaukelpolitik, einer Rapallo-Politik"[5]).

Ich habe diese Zitate nicht gebracht, um die Außenpolitik des ersten deutschen Bundeskanzlers in den 50er Jahren, die als eine geschichtlich bedeutsame Leistung hinter uns liegt, erneut kritisch zu würdigen, sondern um zu fragen, was seine Gedanken, die ja in allem Wesentlichen auch heute noch herrschend sind, für die gegenwärtige Lage der Bundesrepublik hergeben.

Daß eine international vereinbarte militärische Neutralisierung der Bundesrepublik eine Gefahr für den Frieden in Europa bedeutete, ist schwerlich glaubhaft zu machen. Im Machtkampf der beiden Weltmächte geht es in erster Linie um deren Interessen selbst; die beiderseitigen Verbündeten, auch die Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA und der NATO, die DDR in ihrer Beziehung zur Sowjetunion und dem Warschauer Pakt, sind aus der Sicht der Großmächte nur Hilfskräfte. Westdeutschland, den Staaten des Warschauer Pakts unmittelbar benachbart, als Speerspitze der USA in Europa ist dabei weitaus gefährlicher für die Sowjetunion als eine militärisch neutralisierte Bundesrepublik. Im Konfliktfall zwischen den Großmächten müßten wir erstes Angriffsziel der Roten Armee sein, als neutraler Staat hätten wir bessere Aussichten, Kriegshandlungen zu entgehen.

Aber wäre denn nicht die BRD ohne den militärischen Schutz der USA hilflos jedem Überfall aus dem Osten, zum mindesten jeder Erpressung ausgesetzt? Haben wir die Ereignisse in Ungarn (1956) und in der Tschechoslowakei (1968) vergessen? Sollte nicht wenigstens das Schicksal Afghanistans schrecken?

Um mit dem letzteren Hinweis zu beginnen: Die Besetzung Afghanistans durch Truppen der Sowjetunion läßt – so sehr man das Los des Freiheit gewohnten Bergvolks am Hindukusch bedauern muß – nicht den geringsten Schluß auf eine Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland zu. Was immer die Gründe für die Aktion der UdSSR gewesen sein mögen – der alte russische Drang in Richtung auf den Indischen Ozean, tatsächliche oder vermeintliche Gefährdung der russischen Herrschaft in den nichtrussischen Unionsrepubliken Zentralasiens, der Wunsch nach rechtzeitiger Sicherung von Ölzufuhren angesichts der absehbaren Erschöpfung der eigenen Vorräte –, die politische Führung der Sowjetunion hat – ebenso wie 1956 und 1968 – aus ihrer eigenen konkreten Interessenlage heraus gehandelt. Es gibt keine

4) Konrad Adenauer, a.a.O., S. 445/446.
5) Konrad Adenauer, a.a.O., S. 216, S. 310.

mit vernünftigen Argumenten darzustellende Parallele zur Interessenlage der Sowjetunion im Hinblick auf eine militärisch neutralisierte Bundesrepublik. Auf oberflächliche Schlagworte wie „unersättlicher Expansionsdrang" und dergleichen aber sollten grundlegende politische Entscheidungen nicht gestützt werden; vergessen wir doch nicht, daß Deutschland an der Ausdehnung kommunistischer Herrschaft in Osteuropa ja nicht ganz unschuldig ist.

In diesem Jahr hat die Bundesrepublik Österreich die fünfundzwanzigste Wiederkehr des Abschlusses ihres *Staatsvertrages* begehen können, durch den das Land den völkerrechtlichen Status eines neutralen Staates erlangte. Österreich ist gut gefahren mit diesem Vertrag. Es unterhält nicht nur freundschaftliche Beziehungen zu aller Welt, gerade auch zu den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern erfreut sich international sogar besonderer Wertschätzung, was etwa in der Wahl eines Österreichers, Kurt Waldheim, zum Generalsekretär der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommt. Nie hat die Sowjetunion versucht, den neutralen Status der Republik Österreich anzutasten, nie hat Österreich sich seit dem Abschluß des Staatsvertrages vom Osten her bedroht gefühlt. Und es ist gewiß kein Chauvinismus, wenn der österreichische Kulturhistoriker Friedrich Heer sagt: „Heute gibt es einen unsichtbaren Kontinent Österreich, der von Krakau bis Triest, von Preßburg – Bratislava – bis Beograd, der weißen Stadt Belgrad, reicht, in der eben der ‚letzte Habsburger', wie er daselbst genannt wurde – Tito – starb[5a])."

Auch die Bundesrepublik Deutschland könnte zur Sicherung des Friedens in Europa beitragen, wenn sie in geduldiger Arbeit auf eine internationale Vereinbarung hinwirkte, die ihr die völkerrechtliche Stellung eines neutralen Staates gewährte. Der Unterschied in der Größe Westdeutschlands und Österreichs (und ebenso der Schweiz) nach Bodenfläche und Bevölkerungszahl spricht in keiner Weise dagegen. Nach allgemein anerkanntem Völkerrecht muß ein neutraler Staat ernsthaft gewillt und in der Lage sein, gegen eine Verletzung seiner Neutralität Widerstand zu leisten. Und das trifft für die mittelgroße Bundesrepublik Deutschland doch sicher noch eher zu als für das kleine Österreich. Auf die konkreten Aussichten einer Verteidigung kommt es dabei nicht an.

Gegen einen ohne Rücksicht auf Verluste unternommenen Angriff aus dem Osten könnte kein Land Westeuropas mit Aussicht auf Erfolg „verteidigt" werden, auch nicht, wir sagten es schon, durch Einsatz von Atomwaffen. Zu einer Gegenwehr aber, die auch dem Feind hohe Verluste beibrächte und damit ein beachtliches Risiko für ihn bedeutete, sind wir aus eigener Kraft durchaus in der Lage. Natürlich brächte das auch für die Zukunft beträchtliche finanzielle Lasten mit sich, angesichts der geringen Tiefe des militärisch benötigten Raums bei großer Bevölkerungsdichte sogar erhöhte Lasten und die Notwendigkeit weitgehender Umstrukturierung der heutigen Verteidigungspläne. Aber erhöhte finanzielle Lasten würden ja auch aufgrund des „Nachrüstungsbeschlusses" der NATO vom Dezember 1979 auf uns zukom-

5a) Friedrich Heer, „Österreich", Festvortrag anläßlich des Höchster Schloßfestes 1980 (Manuskript).

men und die Notwendigkeit einer Änderung unserer Verteidiungskonzeption, wie noch darzulegen, wahrscheinlich ebenfalls.

Daß „friedliche Koexistenz" von Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung für die UdSSR nicht die Aufgabe des ideologischen Kampfes für die Ziele des Kommunismus bedeutet, daran haben ihre führenden Männer nie einen Zweifel gelassen. In diesen Kampf sind wir hineingeboren, mit ihm werden wir weiter leben müssen, auch als neutraler Staat. Aber das Ringen um die beste Gesellschaftsordnung wird weit mehr als bisher ein geistig-moralischer Kampf sein, in dem es um die technisch-wirtschaftliche Leistungskraft, um die politische Organisation des Gemeinwesens, um kulturelle Werte geht. Um mit den Aufgaben der Zukunft, auch des „Umweltschutzes" im weitesten Sinne, fertig zu werden, haben wir in jedem Fall eine „moralische Aufrüstung" nötig. Interkontinentalraketen und atomare Sprengköpfe sind dabei nicht von Nutzen.

Dies alles gilt zunächst ausschließlich für die Bundesrepublik Deutschland. Sollten auch die DDR oder sollten noch weitere Staaten Osteuropas gewillt und in der Lage sein, den Status eines neutralen Landes zu erwerben, so wäre das nur zu begrüßen. Aber darüber haben diese allein im Einvernehmen mit der Sowjetunion zu entscheiden. Für uns wäre Neutralität auch dann wünschenswert, wenn die DDR Mitglied des Warschauer Pakts bliebe.

II

Auch wer die Ansicht des Verfassers teilt, daß eine militärische Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland den weitaus besten völkerrechtlichen Status für unser Land darstellte, kann sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß dieses Ziel auf absehbare Zeit unerreichbar bleibt. Schon unsere außenpolitisch tatsächlich nur beschränkte Souveränität steht im Wege, auch haben wir nun einmal keinen de Gaulle (wobei offen bleibe, ob wir uns einen solchen wünschen sollten). Im Innern mag der Gedanke einer Neutralisierung der BRD einigen, namentlich jüngeren, Mitgliedern der SPD, vielleicht auch den Jungdemokraten diskussionswürdig erscheinen[5b]), die überwiegende Mehrheit der Politiker aller Parteien lehnt ihn heute noch entschieden ab, die tausendfach beschworene „Gefahr aus dem Osten"[6]) erscheint ihr nach wie vor, ja gerade neuerdings viel zu groß, die alte Parole Konrad Adenauers „Keine Experimente!" erweist weiterhin ihre Zugkraft. Das sollte nicht hindern, das Thema immer wieder zur Erörterung zu stellen, mehr noch: der Gründung einer „Aktionsgemeinschaft ‚Neutrale Bundesrepublik Deutschland'" – oder wie immer man eine Vereinigung mit entsprechender Zielsetzung nennen möge – mag auf lange Sicht Erfolg beschieden sein. Fürs erste hat das Konzept einer Bündnisfreiheit für die Bundesrepublik reale

5b) Nach einer Umfrage des Emnid-Instituts bei einem repräsentativen Querschnitt der Bundesbürger sollen sich 43 % der Befragten für eine Neutralitätspolitik der Bundesrepublik zwischen den USA und der UdSSR ausgesprochen haben (Heinz Vielain in: „Die Welt" v. 19. 8. 1980).

6) Hierzu Gerhard Kade, Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten", Köln 1979.

Chancen nicht, ja nicht einmal die Forderung nach Abzug aller fremden Truppen aus Mitteleuropa und Schaffung einer atomwaffenfreien Zone etwa nach dem Muster des Rapacki-Plans der 50er Jahre[7]).

Aber ein wesentlicher Kerngedanke aller dieser Überlegungen, der Wunsch nach einer Auflockerung der starren militärischen Machtblöcke, wird, zunächst im Westen, schon heute mehr und mehr Wirklichkeit, und hier haben wir anzusetzen.

Seit Jahren ist das außenpolitische Gewicht der Vereinigten Staaten von Amerika gesunken. Der wenig rühmliche Rückzug aus Vietnam, der Watergate-Skandal, die Demütigung der Weltmacht in Teheran haben das Selbstbewußtsein der USA und damit auch ihre Kraft geschwächt. Die Erinnerung an Vietnam und Watergate scheint allmählich zu verblassen, aber der republikanische Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen im November d. J., Ronald Reagan, hält es doch für zweckmäßig, als sein Hauptziel die Wiedergewinnung der verlorengegangenen Stellung der Vereinigten Staaten als der ersten Weltmacht zu verkünden. Dabei steht das Land auch weiterhin vor gewaltigen Aufgaben. Außenpolitisch bindet das Engagement im israelisch-arabischen Konflikt, am Persischen Golf und im Indischen Ozean starke Kräfte; die Entwicklung in Mittelamerika, früher einmal unanfechtbare Domäne des amerikanischen Kapitals, macht zunehmend Sorge[8]); Liberia, seit seiner Gründung den USA eng verbunden, droht sich Moskau zu nähern. Zugleich sagt der neueste Halbjahresbericht der Regierung ein Haushaltsdefizit von 61 Mrd. Dollar für das laufende Haushaltsjahr, eine Arbeitslosenquote von 8,5 % für das Ende des Jahres und eine weitere hohe Inflationsrate von 12 % voraus; auch 1981, heißt es in diesem Bericht, werde sich hieran nicht viel ändern[9]).

Gewiß sollte niemand die ungeheure Kraft unterschätzen, die die Vereinigten Staaten, wenn Not am Mann ist, aufzubringen vermögen; wir Deutschen haben am wenigsten Anlaß dazu. Aber daß Europa für die USA selbst heute einen anderen, größeren Stellenwert hat als etwa in den 50er Jahren zur Zeit von Präsident Eisenhower, ist kaum zu bezweifeln. Nichts beweist es besser als der „Nachrüstungsbeschluß" der NATO vom Dezember 1979. Die Vereinigten Staaten glaubten einer Entlastung zu bedürfen. „Die Aufstellung nuklearer Mittelstreckenraketen bringt Washington den Vorteil, nicht länger mit seinem strategischen Potential für die Verteidigung Europas bürgen zu müssen und im Ernstfall die Zerstörung des eigenen Landes zu riskieren. Künftig können die USA nicht nur einen konventionellen, sondern auch einen nuklearen Konflikt auf Europa begrenzen", schrieb damals der „Spiegel"[10]).

---

7) Vgl. Rasch, a.a.O., S. 158 ff.
8) Näheres bei Dieter Boris in: „Blätter", 7/1980, S. 837–851.
9) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 23. 7. 1980, S. 9.
10) Ebd. v. 10. 12. 1979.

# Geschichte

**Soeben erschienen**

Ein populärwissenschaftlicher Abriß der Geschichte Preußens vom Anfang des 15. Jahrhunderts bis zur Gründung des Deutschen Reichs 1871. Die wesentlichen Tendenzen in Politik, Wirtschaft und Kultur des Hohenzollernstaates werden in enger Verbindung zur deutschen Geschichte dargelegt. Die Verfasser behandeln vor allem das 18. und 19. Jahrhundert, in denen sich das Preußentum in seiner „klassischen" Form entfaltete.

*Aus dem Inhalt*
Brandenburg und Preußen – Das preußische Königtum – Der Aufstieg zur Großmacht – Im Zeichen der Französischen Revolution – Bürgerliche Reformen, nationaler Befreiungskampf und feudale Restauration – Beginn der Arbeiterbewegung und bürgerlich-demokratische Revolution – Die Reichsgründung.

Günter Vogler / Klaus Vetter
**Preußen**
Von den Anfängen bis zur Reichsgründung
Mit 52 Abbildungen und 2 Karten
Kleine Bibliothek Band 192
307 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0524-2

# Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51 Telefon (0221) 364051

# Preußens

**Soeben erschienen**

Wer war Friedrich II.? Bei uns heißt er noch immer Friedrich der Große oder der „Alte Fritz". Der Leser wird mit den Stationen seines Lebens bekanntgemacht und erfährt dabei Wesentliches über die Zustände im brandenburgisch-preußischen Staat. Neben der umfassenden Darstellung der Politik des Preußenkönigs zeichnet die Autorin ein differenziertes Bild des Menschen und stellt Personen aus seiner Umgebung vor. Sie weist nach, daß Friedrich II. von der Französischen Revolution zwar Impulse empfing, aber gleichzeitig Dämme gegen die neue Gesellschaft errichtete.

„Die Stärke ihrer ganz unprätentiösen, auch für einen breiten Leserkreis gedachten Schrift liegt in den Details, und hier zeigt sie vor allem auf dem wirtschafts- und sozialhistorischen Feld beachtliche Kenntnisse. Die Verfasserin hat sich in ihrer Darstellung mit Friedrichs Verhältnis zur deutschen Literatur in ansprechender Weise auseinandergesetzt; wie sie überhaupt geistesgeschichtliche Zusammenhänge anschaulich darzustellen weiß."
*Frankfurter Allgemeine Zeitung*

„Ein gerechtes, nüchternes Urteil"
*Die Zeit*

Ingrid Mittenzwei
**Friedrich II. von Preußen**
Eine Biographie
Mit 21 Abbildungen und 2 Karten
Kleine Bibliothek Band 182
220 Seiten, DM 14,80
ISBN 3-7609-0512-9

# Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51 Telefon (0221) 364051

In Westeuropa hat die Bundesrepublik Deutschland erheblich an Gewicht und Einfluß gewonnen. Das gilt, soweit hier von Interesse, vor allem für ihre Stellung innerhalb der NATO[11]). Dort bilden wir mit Abstand die stärkste Außenbastion der USA und sollen noch stärker werden. Frankreich hat schon unter de Gaulle seine militärische Eingliederung in das Verteidigungsbündnis aufgekündigt und betreibt mit „Force de frappe" und Neutronenbomben seine eigene Militärpolitik. Italien ist durch politische Instabilität gelähmt. Holland, Belgien und Luxemburg ziehen nur zögernd und unter Vorbehalten mit, Belgien kann seine Verpflichtungen gegenüber der NATO aus finanziellen Gründen schon heute nicht mehr erfüllen und gilt dem Brüsseler Kommentator des Hessischen Rundfunks zur Zeit nur noch als „Karteileiche" der Allianz[12]). Großbritannien hält zwar treu zur NATO, verfolgt aber naturgemäß in erster Linie die Interessen eines Inselstaats. Bleibt die Bundesrepublik Deutschland als Hauptstütze der NATO in Europa.

Aber wir dürfen nicht vergessen, „daß deutsche Politik keine reine Westpolitik mehr sein kann, wie sie es . . . bis zum Ende der 60er Jahre geblieben ist. Die Geographie verbietet das"[13]). Diese Erkenntnis war Ausgangspunkt der „Neuen Ostpolitik" der Bundesregierung seit 1969, und sie bleibt, was immer man an Einzelheiten aussetzen könnte, richtig. Ein gutes, ja möglichst freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion ist heute so wichtig für uns wie eh und je, ja es ist angesichts der international relativ schwächeren Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika sogar noch wichtiger.

Solche Überlegung hat nichts mit „Amerikafeindlichkeit" zu tun, schließt Hochachtung und Bewunderung – kritische Bewunderung – für das großartige Land, seine lebenstüchtigen Bürger, seine über zweihundert Jahre hin im Kern immer noch anerkannten und bewährten Institutionen in keiner Weise aus. Sie ist ausschließlich das Ergebnis nüchterner Beurteilung unserer eigenen Interessen. Ganz einfach und ohne Doppelzüngigkeit gesprochen: Die UdSSR liegt uns näher als die USA. Die These von der „Unteilbarkeit des Friedens . . . liegt nicht im Interesse Westeuropas, nicht zuletzt im Hinblick auf die geostrategische Schwäche dieses Randgebiets des europäischen Kontinents"[14]). Das bedeutet, daß wir eine Politik treiben müssen, die es der Sowjetunion interessanter macht, mit einem leistungsfähigen, wenn auch „kapitalistischen" Staat einen friedlichen Güteraustausch zu pflegen, als diesen Staat mit Gewalt oder Drohung zu unterwerfen und damit seine Leistungsfähigkeit wesentlich zu mindern.

11) Hierzu Ulrich Albrecht in: „Blätter", 7/1980 S. 808–821.
12) Hessischer Rundfunk am 24. 7. 1980 (Abendsendung).
13) Sebastian Haffner, „Abschied von Illusionen", in: „Stationen einer Republik", hrsg. v. R. Klett und W. Pohl, Stuttgart 1979, S. 169 ff.
14) So mit Recht Werner Jung in: „Neue Politik", VI/1980, S. 9.

Bundeskanzler Schmidt hat sich bisher redlich bemüht, in dem schweren Interessenkonflikt, in dem wir uns befinden, die Mitte zu halten. Er hat auf massiven amerikanischen Druck hin und sicher nicht ohne Bedenken dem Nachrüstungsbeschluß der NATO zugestimmt und auch den Boykott der Olympischen Spiele durch die Bundesrepublik durchgesetzt. Beides lag sachlich nicht in unserem Interesse, war aber verständlich und sollte entsprechend gewürdigt werden. Wirtschaftliche Sanktionen gegen die UdSSR wegen der Besetzung Afghanistans hat der Kanzler mit Recht abgelehnt, er ist nach Moskau gereist (30. Juni/1. Juli) und wird sich zu gegebener Zeit sicher auch mit Erich Honecker (DDR) treffen. Ob bei diesen Treffen etwas Konkretes „herausgekommen" ist oder herauskommen wird, ist nicht so wichtig, wesentlich vielmehr die weithin vernommene Bekundung der Überzeugung, daß unsere Interessen nicht nur im Westen liegen. Nach den Wahlen zum Deutschen Bundestag im Oktober und den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November d. J. wird es auf verschiedenen Ebenen zu neuen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung kommen. Die Forderung der Sowjetunion, zunächst den NATO-Beschluß vom Dezember 1979 auszusetzen, „steht dem Beginn von Gesprächen über beiderseitige Begrenzung von Mittelstreckenraketen nicht länger im Wege. Der normale Prozeß im Vorfeld von Verhandlungen ist jetzt in Gang gesetzt", erklärte Bundeskanzler Schmidt am 3. Juli vor dem Bundestag[15]). Damit eröffnen sich neue Chancen.

Der militärische Laie wird sich hüten, konkrete Rezepte für unsere Verteidigungspolitik darzureichen. Aber die Überzeugung, daß eine atomare Rüstung uns keine Sicherheit, eine aufgrund des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 verstärkte atomare Rüstung keine größere Sicherheit gewährt, ist kein militärisches Urteil, sondern politischer Natur. Ein unprovozierter atomarer Angriff des Warschauer Pakts auf die Bundesrepublik braucht, da sinnlos, überhaupt nicht in Rechnung gestellt zu werden. Wenn die Sowjetunion, wofür nichts spricht, uns wirklich angreifen wollte, dann mit „konventionellen" Waffen. Hier berühren sich die in Aussicht stehenden Verhandlungen über Mittelstreckenraketen mit den seit Jahren geführten Wiener Abrüstungsverhandlungen (MBFR), bei denen auf der einen Seite der Umfang und die Qualität eines sowjetischen Truppenabzugs, auf der anderen der Umfang und die Qualität einer starken deutschen Truppenverminderung – neben einem schwächeren amerikanischen Truppenabzug – zur Diskussion steht[16]). Ob dabei eine „gleichgewichtige" Verteidigung gegen einen konventionellen Angriff aufgebaut werden kann, mögen die Militärs uns sagen. Politisch genügte völlig eine Verteidigung, die auch für den Gegner ein ernst zu nehmendes Risiko darstellte.

Ziel möglichst aller Beteiligten, vor allem aber deutscher Bemühungen sollte es sein, so viel Zugeständnisse von der UdSSR in den zwischen West und Ost

15) „Blätter", 7/1980, S. 883.
16) Lothar Ruehl in: „Die Zeit" v. 1. 8. 1980, S. 4.

strittigen Hauptfragen zu erreichen, daß die USA sich zur Ratifizierung von SALT II entschließen und daß wir die Führung der NATO, das heißt wiederum der USA, dazu bringen können, auf die Durchführung des Nachrüstungsbeschlusses vom 12. Dezember 1979 zu verzichten. Das fordert uns harte Auseinandersetzungen mit beiden Seiten ab. „Das Konzept de Gaulles von einem Europa zwischen beiden Weltmächten erlebt eine Neuauflage – nur daß sich seither das Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion verschoben hat[17])." Sachlich wird, da atomare und konventionelle Verteidigung in unlösbarem Zusammenhang stehen, eine Überprüfung der gesamten NATO-Konzeption nötig sein. Aber eine solche ist ohnehin überfällig geworden. Selbst nach Ansicht eines so NATO-treuen Autors wie des militärischen Mitarbeiters der FAZ, Adelbert Weinstein, verlangt der französische Wunsch nach Einführung der Neutronenwaffe durch die USA, „daß die NATO ihre Strategie überdenkt"[18]). Sie wird sie auch unter anderen Gesichtspunkten überdenken müssen.

Vor zehn Jahren beendete der Politologe und Publizist Alfred Grosser, im französischen und deutschen Kulturkreis in gleicher Weise beheimatet, seine „Deutschlandbilanz" mit dem Appell: „In der Bundesrepublik müßte man sich die Frage vorlegen, wann endlich und wie dieses Deutschland, statt sich einfach absorbieren zu lassen, einen wirklich schöpferischen Beitrag zur Gegenwart leisten könnte[19])." Eine Anwort steht bis heute aus. Möge die zukünftige Ostpolitik der Bundesregierung sie geben.

17) Thankmar v. Münchhausen, in: FAZ v. 7. 7. 1980.
18) Adelbert Weinstein in: FAZ v. 7. 7. 1980.
19) Alfred Grosser, Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970. S. 499.

# Welche Westpolitik?

## Probleme des zukünftigen Verhältnisses der Bundesrepublik zu den USA und Westeuropa

Von Kurt Steinhaus

I

Aus der Sicht der herrschenden Kreise der Bundesrepublik ist die grundsätzliche Entscheidung für eine „Westorientierung", wie sie bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gefällt wurde, unwiderruflich und ohne Alternative. Diese Haltung beruht auf der Erkenntnis, daß die Bundesrepublik mit einem Anteil von rund 5% an der Weltindustrieproduktion (die entsprechenden Anteile des Deutschen Reiches am Vorabend des Ersten und des Zweiten Weltkriegs waren drei- bzw. zweimal so hoch!) keine Großmacht mehr ist[1]). Die expansionistischen Bestrebungen bundesrepublikanischer Politik, wie sie sich vor allem aus dem Festhalten an der Fiktion einer angeblich fortbestehenden „Einheit der deutschen Nation" ergeben, stützen sich wesentlich auf die Zugehörigkeit zur NATO und zur EG.

Dabei genießt das Bündnis mit den Vereinigten Staaten die höchste Priorität. Diese Konstellation hat sich aus der Spezifik des internationalen Kräfteverhältnisses in der unmittelbaren Nachkriegszeit ergeben, als allein die überragende militärische und ökonomische Stärke der USA die Möglichkeit zu eröffnen schien, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs im Sinne des deutschen Imperialismus zu revidieren. Die Orientierung auf eine solche Strategie führte folgerichtig zur Preisgabe grundlegender nationaler Interessen. So wurde die Einheit Deutschlands verspielt, und bis heute ist die offizielle bundesdeutsche Politik und Staatsdoktrin zutiefst von der Unterordnung unter die „Schutzmacht" USA geprägt.

Hier liegt die entscheidende Ursache dafür, daß alle Bundestagsparteien der amerikanischen Regierung „Solidarität" auch dann versichern und erweisen, wenn diese bundesdeutsche und europäische Interessen völlig mißachtet. Daß im Weißen Haus mit Carter ein unberechenbarer politischer Abenteurer residiert, weiß man in Bonn sehr genau. Aber das hat die Bundesregierung bekanntlich keineswegs daran gehindert, etwa in der Frage der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf westeuropäischem Territorium, des Olympia-Boykotts und der Iran-Sanktionen den Carterschen Konfrontationskurs einzuschlagen.

Die verheerenden Folgen dieser Politik sind deutlich zu erkennen. Wesentliche Ergebnisse der Entspannungspolitik sind gefährdet, die Beziehungen unseres Landes sowohl zur sozialistischen Staatengemeinschaft als auch zu

den Entwicklungsländern werden auf das schwerste belastet. Nicht übersehen werden darf schließlich, daß die Bundesrepublik dadurch zunehmend in einen Gegesatz zu ihren westeuropäischen Nachbarn gerät: Die Vorreiterrolle bei der Vorbereitung und Durchsetzung des Brüsseler Raketenbeschlusses vom Dezember 1979 hat insbesondere in den kleineren westeuropäischen Ländern Widerstand hervorgerufen; in Sachen Olympiade hat das Drängen auf „Solidarität" mit Washington sogar zu einer weitgehenden Isolierung der Bundesrepublik in Europa geführt.

Man wird es in Bonn zur Kenntnis nehmen müssen: In Westeuropa ist ein Vasallen-Verhältnis zu den USA nicht mehr gefragt; eine bundesdeutsche Politik der Unterordnung europäischer unter amerikanische Interessen ist für unsere westlichen Nachbarn letztendlich nicht akzeptabel. Die Zeiten haben sich gewandelt. Vor allem hinsichtlich der Beziehungen zu Washington hat sich seit den 50er und 60er Jahren eine Reihe von Veränderungen vollzogen, deren Auswirkungen jetzt zunehmend hervortreten und die aller Wahrscheinlichkeit nach in den 80er Jahren noch weiter an Bedeutung gewinnen werden.

## II

Grundlegend geändert hat sich vor allem das Kräfteverhältnis USA–Westeuropa. Zum einen haben die Vereinigten Staaten ihre einstmals – ökonomisch wie militärisch – dominierende internationale Position eingebüßt. Zum anderen ist in Westeuropa ein neues, relativ eigenständiges Machtzentrum entstanden.

Als Mitte der 50er Jahre die Römischen Verträge unterzeichnet wurden, hatte die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" sechs Mitgliedsländer. Jetzt sind es neun, und der Beitritt von weiteren drei Staaten steht bevor[2]). Zunächst war dieses westeuropäische Staatenbündnis nicht viel mehr als eine Freihandelszone, inzwischen ist es jedoch zunehmend zu einem ökonomischen und politischen „Block" geworden. Und wenn die Probleme der heutigen EG auch sehr groß sind und die zwischen ihren Mitgliedern bestehenden Widersprüche – nicht zuletzt auch durch die regionale Erweiterung – teilweise beträchtlich zunehmen, so ist sie doch in weit stärkerem Maße als etwa in den 60er Jahren imstande, nach außen hin politisch relativ geschlossen aufzutreten.

Um 1950 machte das industrielle Potential der späteren sechs EWG-Gründungsmitglieder weniger als ein Drittel des amerikanischen aus. Ende der 70er Jahre produzierte die Industrie von neun EG-Mitgliedern schon fast 70% so viel wie die US-Industrie, bei Einbeziehung der drei nächsten

1) Vgl. hierzu Kurt Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht? Zum Problem der Kontinuität des „alten" und „neuen" deutschen Imperialismus, Köln 1980, S. 50 ff., S. 88 ff.

2) Gründungsmitglieder: BRD, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg; weitere Mitglieder nach dem Stand von 1980: Großbritannien, Irland, Dänemark; ab 1981: Griechenland; Beitragsverhandlungen laufen mit Spanien und Portugal.

Mitgliedsländer würde diese Zahl auf über 75% ansteigen[3]). Auch hat sich die „technologische Lücke" gegenüber den Vereinigten Staaten spürbar verringert. Die westeuropäischen Konzerne haben ihre Positionen – auf Kosten der US-Konzerne – wesentlich ausgebaut[4]). Ähnlich bedeutsame Verschiebungen lassen sich im Außenhandel sowie – besonders deutlich – im Währungsbereich feststellen. Der Dollar hat seine frühere Funktion als kapitalistische Leitwährung in den 70er Jahren weitgehend verloren. Vergleicht man etwa die Währungsreserven der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens mit denen der USA, so ergibt sich für das Jahr 1950 ein Verhältnis von weniger als 1 zu 4, für 1979 demgegenüber ein Verhältnis von gut 6 zu 1[5]). Das entspricht einer Veränderung etwa um den Faktor 25!

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die EG sowohl zwei Atommächte in ihren Reihen hat als auch über ein beträchtliches konventionelles Militärpontential verfügt: 1962 machten die Truppenstärken der sechs EG-Länder weniger als zwei Drittel der amerikanischen aus; demgegenüber verfügten 1979 die neun EG-Länder über mehr als 95% der Truppenstärke der USA – bei 12 EG-Ländern wären es sogar fast 125%[6]).

Mit diesen Veränderungen des ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisses hat sich der politische Handlungsspielraum Westeuropas gegenüber den USA wesentlich vergrößert. Zugleich haben sich in bezug auf die Beziehungen sowohl zu den sozialistischen Staaten als auch zu den Entwicklungsländern zunehmend unterschiedliche Interessenlagen herausgebildet.

In Westeuropa ist die Zustimmung nicht nur der werktätigen Bevölkerung, sondern auch innerhalb der herrschenden Klasse zur Entspannungspolitik stärker als in den USA. Das letztere erklärt sich nicht nur aus der zunehmenden Erkenntnis, daß Westeuropa einen Atomkrieg nicht überleben würde. Auch aus ökonomischen Gründen ist die „materielle Interessiertheit" der europäischen Bourgeoisie an der Entspannung deutlich ausgeprägter als die der amerikanischen: 1977 war z.B. der „Osthandel" der EG mehr als achtmal so groß wie der der USA[7]).

Was das Verhältnis zur Dritten Welt angeht, so war etwa 1977 das Außenhandelsvolumen der EG mit dieser Staatengruppe mehr als 40% höher als das der USA[8]). Vor allem ist Westeuropa viel mehr als die Vereinigten Staaten auf Roh- und Brennstoffeinfuhren aus den Entwicklungsländern angewie-

---

3) Vgl. Ekonomitscheskoje poloshenie kapitalistitscheskich i raswiwajustschichsja stran. Obsor sa 1978 g. i natschalo 1979 g. (Beilage zu: „Mirowaja ekonomika i meshdunarodnyje otnoschenija", 8/1979, Moskau 1979, S. 21).

4) Vgl. Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR und Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der UdSSR, Westeuropa in der heutigen Welt, Berlin (DDR) 1979, S. 81 ff.; „horizont", 10/1980, S.8 f.; „horizont", 15/1980, S. 4 ff.

5) Vgl. Die Wirtschaft kapitalisitscher Länder in Zahlen. „IPW-Forschungshefte", 7/1977, S. 163; OECD, Main Economic Indicators, 12/1979, S. 22 f.

6) Vgl. The Institute for Strategic Studies, The Communist Bloc and the Western Alliances. The Military Balance 1962/1963, London 1962, S. 25; The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1979/1980, London 1979, S. 5 ff.

7) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1979, S. 651 f.

8) Vgl. ebd.

sen[9]). Der EG fehlen die Möglichkeiten für eine Kanonenboot-Politik großen Stils, sie hat ein vitales Ineresse an der ungestörten Aufrechterhaltung der überseeischen Waren- und Kapitalströme.

III

Die enormen Veränderungen des Kräfteverhältnisses innerhalb der kapitalistischen Staatenwelt sowie die Herausbildung unterschiedlicher außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Interessenlagen haben in Westeuropa den Einfluß jener Kräfte gestärkt, die auf mehr Eigenständigkeit gegenüber den USA pochen. Besonders ausgeprägt ist das in Frankreich der Fall, dessen herrschende Kreise durch das Ausscheiden aus der militärischen Kommandostruktur der NATO bereits 1966 diesbezüglich deutliche Signale setzten.

Natürlich ist die Bundesrepublik aufgrund ihrer nach wie vor revisionistischen außenpolitischen Zielsetzung, nicht zuletzt aber auch wegen der Nichtverfügbarkeit eigener Kernwaffen, in einer wesentlich anderen Lage als Frankreich. Jedoch stellt sich auch für die herrschenden Kreise der Bundesrepublik die Frage, ob den eigenen Machtinteressen und -ansprüchen durch eine stärkere Orientierung auf die EG nicht mehr gedient ist als durch die Aufrechterhaltung eines fast totalen Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber den USA. Als deren „Juniorpartner" kann die Position der Bundesrepublik immer nur zweitrangig sein – in Westeuropa zeichnen sich demgegenüber durchaus „günstigere" Perspektiven ab:

In dieser Region hat sich der deutsche Imperialismus eine beachtliche Machtposition geschaffen. Ende der 70er Jahre verfügte er z.B. über ein Industriepotential, das nur noch um etwa 15% unter dem des französischen und britischen Imperialismus zusammen lag. Dieser Abstand ist nicht nur wesentlich geringer als 1950 (57%), sondern auch kleiner als 1913 bzw. 1937 (24% bzw. 26%). Daten aus anderen Bereichen der Ökonomie (Waren- und Kapitalexport, Außenwert der Währung, Devisenreserven etc.) lassen ein ähnliches Bild erkennen[10]). Dazu kommt, daß die Bundesrepublik – nimmt man die konventionelle Rüstung als Maßstab – inzwischen auch die stärkste westeuropäische Militärmacht geworden ist[11]).

Seine Wirtschaftskraft und seine militärische Stärke eröffnen dem BRD-Imperialismus durchaus bestimmte reale Möglichkeiten, innerhalb der EG eine führende Rolle zu übernehmen und damit auch das beträchtliche westeuropäische Machtpotential in den Dienst seiner spezifischen Expansionsinteressen zu stellen. Hier liegt ein wirksamer Anreiz, in Zukunft mehr auf die „westeuropäische Karte" zu setzen.

9) Vgl. Westeuropa in der heutigen Welt, a.a.O., S. 315, 317.
10) Vgl. Steinhaus, a.a.O., S. 71 ff.
11) Vgl. ebd., S. 78 ff.

Eine wesentliche Rolle in diesem Zusammenhang kommt dem Streben nach Kernwaffen zu. Es war Franz Josef Strauß, der schon in den 60er Jahren seine Vorliebe für die westeuropäische Integration damit begründete, daß es „auf die Dauer nur eine Lösung (gibt), die der Bundesrepublik die wirkliche Gleichberechtigung mit vergleichbaren Partnern bringt, nämlich ein europäisches Atomwaffenpotential unter Kontrolle und Verfügungsgewalt einer europäischen Regierung"[12]).

Zwar sind alle bisherigen bundesdeutschen Vorstöße in diese Richtung immer an einem strikten französischen Nein gescheitert. Im Sommer 1979 gab es jedoch erneut einen bemerkenswerten Vorschlag für eine bundesdeutsche Beteiligung an der „Force de frappe" – und zwar in Gestalt eines aufsehenerregenden Interviews hochstehender französischer Militärexperten. Die Tatsache, daß dieser Vorschlag kaum ohne Zustimmung höchster Regierungskreise erfolgt sein dürfte und ausdrücklich damit begründet wurde, nur bei Inanspruchnahme des bundesdeutschen Wirtschafts- und Finanzpotentials sei die Atommacht Frankreichs auf dem erforderlichen technischen Niveau zu halten, gibt dem ganzen Vorgang ein beträchtliches Gewicht.

Die entsprechenden Hoffnungen und Absichten reaktionärer militaristischer Kreise der Bundesrepublik hat besonders deutlich der Militärexperte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), Adelbert Weinstein, ausgesprochen. Weinstein frohlockt, daß Frankreich „der Kosten nicht mehr Herr" wird, und schlußfolgert: „Wir sollten also weiter aufmerksam nach Westen schauen. Vielleicht erscheint demnächst jenseits des Rheins ein praller offizieller Versuchsballon[13])."

Es ist gegenwärtig schwer vorstellbar, jedoch keineswegs für alle Zeiten auszuschließen, daß eine französische Regierung Bonn in der Kernwaffenfrage wesentlich entgegenkommt. Die Möglichkeit einer bundesrepublikanischen Beteiligung an der „Force de frappe" sollte jedenfalls für die Zukunft ebenso wenig völlig außer acht gelassen werden wie „eine atomare Dreiecks-Konstruktion Paris–Bonn–Washington"[14]). Hier liegen zweifellos sehr große Gefahrenmomente einer zukünftigen Intensivierung der westeuropäischen Integration, die sorgsam im Auge zu behalten sind.

## IV

Es gehört zu den bemerkenswerten Erscheinungen im politischen Leben der Bundesrepublik von heute, daß trotz einer beispiellosen antisowjetischen Hetzkampagne im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan die große Mehrheit unseres Volkes die Rückkehr zum Kalten Krieg, wie sie von der Carter-Administration betrieben wird, ablehnt. Im Februar 1980 stellte

12) Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 102.
13) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 30. 8. 1979.
14) Ebd.

der Psychologie-Professor Hofstätter in der „Welt" verärgert fest: „Obwohl die Leute sich von den Russen bedroht fühlen und obwohl sie ihnen nicht glauben, plädiert eine hohe Majorität für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik (74 Prozent). Daß sich die Ostpolitik ‚bisher gelohnt hat', meint jeder zweite (51 Prozent) und von den CDU/CSU-Anhängern immerhin noch jeder dritte (35 Prozent."[15])

Augenscheinlich sind auch nicht wenige Bundesbürger zu der Erkenntnis gelangt, daß die „Solidarität mit den USA" eine sehr riskante Angelegenheit ist. Nicht zufällig beklagt der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel das Vorhandensein von „anti-amerikanischen Ressentiments" „überall in der Gesellschaft"[16]). Denn nach einer im März 1980 von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Repräsentationumfrage sind von den Bürgern der Bundesrepublik

– 49 % für und nur 29 % gegen „mehr Eigenständigkeit der Bundesrepublik gegenüber den USA";

– 52 % gegen und nur 26 % für eine „bedingungslose Anlehnung der Bundesrepublik an die Außenpolitik der USA";

– 60 % gegen und nur 24 % für „die Stationierung von mehr und neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik"[17]).

Das, was in diesen Umfrageergebnissen zum Ausdruck kommt, ist natürlich nicht die Meinung der herrschenden Kreise. Allerdings ist auch dort die Haltung gegenüber den USA differenzierter geworden. Interessant in diesem Zusammenhang ist bereits, wie sich das in jüngster Zeit aufgrund der Erfahrungen mit der Carter-Administration in der bundesdeutschen Presse widerspiegelt. Bei aller Apologetik sind doch die kritischen Töne nicht mehr zu überhören.

In der FAZ werden beispielsweise die Kandidaten für die nächste Präsidentschaft der USA – Carter und Reagan, damals auch noch Kennedy – folgendermaßen charakterisiert: „Der Gedanke an weitere vier Jahre mit dem derzeitigen Bewohner des Weißen Hauses weckt in den europäischen Kanzleien Unbehagen. Zugleich verbindet niemand Hoffnung mit dem in jedem Sinne Letzten der Kennedys oder dem siebzigjährigen Westernhelden der Republikaner."[18])

Man beschränkt sich jedoch keineswegs auf die Klage, „daß sich aus 200 Millionen Amerikanern solche Auswahl darbietet"[19]). Man erkennt offensichtlich auch, daß die USA bei der Wahrnehmung ihrer Weltgendarmen-Rolle zunehmend auf Probleme stoßen. „Wer den Zustand der westlichen Welt im Frühjahr 1980 bedenkt, dem fallen zuhauf die Symptome eines

15) „Die Welt" v. 1. 2. 1980.
16) „Der Spiegel", 18/1980, S. 42.
17) Ebd., S. 19.
18) FAZ v. 8. 4. 1980.
19) Ebd.

Niedergangs ein"[20]), schreibt ein FAZ-Leitartikler im April 1980, und im Monat darauf jammert ein anderer, daß von der „Welt-Vormundschaft" der USA bereits im Übergang von den 60er zu den 70er Jahren „nicht mehr viel da (war): weder die Substanz noch der Wille"[21]).

In einem Korrespondenten-Bericht der gleichen Zeitung über Afghanistan wird „aus asiatischer (?) Sicht" festgestellt, daß die „Führungsschwäche Amerikas kein vorübergehender, sondern ein struktureller Vorgang (sei). Weder die Erholung Carters noch die Wahl eines neuen Präsidenten würde daran etwas ändern"[22]).

Und so umschreibt ein FAZ-Redakteur die mögliche Alternative: „Die Europäer müssen auf jeden Fall darauf gefaßt sein, daß Carters Außenpolitik nicht ein einmaliger Unglücksfall ist, sondern die durchaus typische erste Phase einer Epoche, in der Amerika andere, von Europa wegführende Wege beschreitet. Heftiges Bemühen der Europäer kann diesen säkularen Vorgang nicht aufhalten, sollte ihn aber doch so lange wie möglich bremsen. Die so gewonnene Zeit müßte Europa nutzen, um die so oft beschimpfte und dann doch wieder als selbstverständlich betrachtete und gratis genommene Vormundschaft Amerikas durch etwas anderes zu ersetzen. Reumütiges Nachdenken scheint schon im Schwange zu sein."[23])

## V

Zu denjenigen, die darüber bereits laut „nachdenken", gehört der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der in einem „Spiegel"-Gespräch immerhin folgende bemerkenswerte Formulierungen verwandte: „Westliche Solidarität ist wichtig, europäische ist besonders wichtig in dieser Lage . . . Ich habe bewußt gesagt, wir müssen jetzt europäische Solidarität großschreiben. Diese muß dann natürlich wieder eingebettet sein in ein gutes, vertrauensvolles Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, schon wegen unserer speziellen Sicherheitsinteressen. . . . Ich möchte, daß unsere Politik so eng wie möglich eingebunden bleibt in die westeuropäische, in die mit Frankreich und unseren anderen westeuropäischen Partnern gemeinsam entwickelte Politik, die dann im Atlantischen Bündnis abzustimmen ist"[24]).

Fast zum gleichen Zeitpunkt schrieb der sozialdemokratische „Vorwärts", beim „Drama der amerikanischen Politik" gehe es „um den verzweifelten Versuch der USA, ihre traditionellen Dominanzposition sowohl gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber den Bündnispartnern zurückzuerobern". „Das Schlimme aber ist", so der Politik-Professor und „Vorwärts"-Autor Ziebura, „daß den USA immer mehr die Instrumente zur Erreichung dieses Ziels entgleiten." „Der Kern des Problems scheint darin zu liegen, daß die

20) Ebd.
21) FAZ v. 7. 5. 1980.
22) FAZ v. 9. 5. 1980.
23) FAZ v. 7. 5. 1980.
24) „Der Spiegel", 3/1980, S. 23 f.

USA in ihrer Funktion als eine der beiden Weltführungsmächte in einer Art Identitätskrise stecken, weil die Kluft zwischen Anspruch und Mitteln immer größer wird"[25]).

Gerade angesichts der Abhängigkeit Westeuropas „in zwei existentiellen Bereichen": „der Sicherheit und der Versorgung mit Rohstoffen" sei eine „bedingungslose Solidarität" mit den USA falsch: „Europa tut dem welthistorischen Auftrag des Westens (!) den besten Dienst, wenn es alle Kraft auf die Aufgabe konzentriert, seinen Handlungsspielraum gegenüber den USA zu vergrößern, was ja nicht bedeutet, die grundlegenden Gemeinsamkeiten aufzugeben, sie vielmehr voraussetzt. Die atlantischen Beziehungen bleiben für Westeuropa weiterhin prioritär. . . . Den eigenen Handlungsspielraum erweitern, bedeutet nichts anderes, als seine Abhängigkeit nach Maßgabe seiner Mittel zu reduzieren[26])"

Für die Redakteure der bundesdeutschen Massenmedien ebenso wie für die Führungen aller im Bundestag vertretenen Parteien genießt die enge Allianz mit den Vereinigten Staaten nach wie vor politischen Vorrang. Aber angesichts der unübersehbaren Widersprüche im Verhältnis USA-Westeuropa werden die Zweifel an den Perspektiven einer allzu einseitigen „atlantischen" Politik heute doch schon bemerkenswert offen artikuliert – übrigens auf beiden Seiten des Atlantiks. „Die Zeit" im Mai 1980: „Sogar in der Bundesrepublik wächst neuerdings das Gefühl, daß bedingungslose Anlehnung an die Vereinigten Staaten nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann[27])" Und die „New York Times" im gleichen Monat: „Was so aussieht, als wären es politische Querelen, sind viel wahrscheinlicher die Zeichen für tiefe strukturelle Gegensätze. Guter Wille allein oder neue Regierungschefs reichen nicht aus, das zu reparieren[28])"

## VI

So spricht manches dafür, daß unter den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik die Auseinandersetzungen zwischen „atlantischen" und „europäischen" Positionen, die bereits in den 60er Jahren eine gewisse Bedeutung erlangt hatten, in Zukunft verstärkt wiederaufleben werden. Im Wesen der Dinge wird es dabei um die begrenzte, aber doch wichtige Fragestellung gehen, inwieweit es für die Bundesrepublik möglich und sinnvoll ist, die Beziehungen vor allem zu Frankreich und zu den anderen westeuropäischen Staaten auszubauen – also die Relationen innerhalb der Gesamtheit der „westlichen" Bündnisbeziehungen zu verschieben.

Um es ganz deutlich zu sagen: Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik werden auch in Zukunft an einem engen Bündnis zu den USA festhalten. Das schließt jedoch nicht aus, daß es mittel- und langfristig zu einer stärkeren

25) „Vorwärts", 20/1980, S. 19.
26) Ebd.
27) „Die Zeit" v. 2. 5. 1980, S. 1.
28) Zit. nach: „Die Welt" v. 23. 5. 1980.

Akzentuierung der Zusammenarbeit innerhalb Westeuropas kommt. Bis zu einem gewissen Grade ist das sogar wahrscheinlich. Niemand kann heute mit einiger Sicherheit voraussagen, wie ein solcher Entwicklungsprozeß verlaufen und zu welchen Ergebnissen er führen wird. Eins ist aber klar: die westeuropäischen Staaten und Völker werden sich auf die Dauer nicht damit abfinden können, daß über ihre Existenz und ihre Zukunft letztendlich in Washington entschieden wird. Die Möglichkeit, jederzeit in irgendwelche von den USA angezettelte Kriegsabenteuer hineingezogen zu werden, ist ein völlig unerträglicher Zustand.

Bei der jetzt aufgebrochenen Diskussion über das Verhältnis zu den USA dürfen die Völker Europas die Herrschenden und Regierenden nicht unter sich lassen. Die Unterordnung unter die Globalstrategie der USA, derzufolge Westeuropa in eine gegen die Sowjetunion gerichtete Raketenabschußbasis verwandelt und damit zum Hauptschlachtfeld eines möglichen Atomkriegs gemacht werden soll, widerspricht elementaren nationalen und kontinentalen Interessen. Die europäischen Völker können Sicherheit lediglich durch Entspannung und Abrüstung gewinnen; eine Perspektive haben sie nur unter den Bedingungen der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

# Kleine Chronik der Fallengelassenen (II)*)

Von Helmut Wolfgang Kahn

Angesichts der aktuellen Ereignisse in Polen sind die beiden folgenden Abschnitte von besonderer Relevanz, da sie davor warnen, auf eine amerikanische „Befreiungspolitik" zu vertrauen, wie sie im Mai 1952 von John Foster Dulles, der alsbald Außenminister der USA wurde, verkündet worden war. Dulles hatte, wie am Ende des ersten Teils dieser Chronik zitiert, schwarz auf weiß prophezeit, „daß innerhalb von zwei, fünf oder zehn Jahren beträchtliche Teile der gegenwärtigen Welt die nationale Unabhängigkeit friedlich wiedererlangen werden."

*) Vgl. Heft 8/1980, S. 941-955.

*Berlin, Juni 1953*

Aber als schon 13 Monate später der Hahn zum ersten Mal krähte – in Ostberlin und in der DDR am 16./17. Juni 1953 –, fand sich prompt verlassen, wer sich auf amerikanische „Befreiungs"-Sprüche verlassen hatte. Mit Nachrichten, Kommentaren und Aufrufen hatte der Westberliner US-Sender RIAS die Unruhen angefacht[45]) – hinterher wurden in Westberlin für die Betrogenen Suppenküchen aufgestellt, das war alles. Obwohl der Ausgang des Aufstandes die „Befreiungspolitik" als (be)trügerisch erwiesen hatte, glaubten die Autoren Klaus Harpprecht und Klaus Bölling, als sie seinen Verlauf schilderten, immer noch: „Die Stunde des ‚roll-back' mag kommen[46]). Freilich meinte auch der Bonner Bundeskanzler Konrad Adenauer, nach seinem Wahlsieg vom September 1953, statt von „Wiedervereinigung" solle man lieber von „Befreiung" sprechen[47]), und diese versprach er sich von der „Politik der Stärke" – die bereits durch die sowjetische H-Bombe vom August 1953 in den Grundfesten erschüttert war. Ein ungeheures Potential der Selbsttäuschung, das die Westdeutschen noch viele Jahre lang zu leichten Opfern einer unaufrichtigen westlichen Politik machte, die ihnen „Hilfe" bei der Herbeiführung eines einheitlichen Deutschland nach dem Muster der Bundesrepublik versprach, lag darin, daß 1953 jeder dritte Westdeutsche glaubte, daß die USA auch im Jahre 2000 mächtiger als die Sowjetunion sein würden und nur jeder neunte, daß die Sowjetunion dann die USA überflügelt haben werde. (Diese Einschätzung sollte sich erst 20 Jahre später völlig umgekehrt haben.[48]))

*Ungarn, Herbst 1956*

Als viereinhalb Jahre nach Dulles' kühner „Befreiungs"-Prophezeihung der Hahn zum zweiten Mal krähte – in Ungarn im Herbst 1956 –, wurden „Freiheitskämpfer" abermals von einem Westen aufgeputscht, der keine Absicht hatte, ihnen zu Hilfe zu kommen. Gegen den „nationalkommunistischen" Ministerpräsidenten Imre Nagy, der vergebens zu „Ruhe, Ordnung und Disziplin" aufrief, „wurde vom Ausland eine heftige Radiokampagne . . . gestartet", schrieb Tibor Méray, ein Augenzeuge der Ereignisse[49]). Méray meinte damit die „Stimme Amerikas" und besonders den Münchner CIA-Sender „Radio Free Europe" (RFE), der der Propaganda antikommunistischer Emigranten, zumeist ehemalige Horthy-Anhänger, freien Lauf ließ[50]) und z.

45) Margret Boveri, Der Verrat im 20. Jahrhundert, Reinbek bei Hamburg 1960, Bd. IV, S. 79.
46) Stefan Brant (Klaus Harpprecht)/Klaus Bölling, Der Aufstand, Stuttgart 1954, S. 292, 300. Harpprecht wurde „Ghostwriter" des Bundeskanzlers Willy Brandt, Bölling Pressechef Helmut Schmidts.
47) dpa-Meldung vom 7. 9. 1953.
48) „Die Welt" v. 26. 11. 1975 veröffentlichte folgende Ergebnisse von Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach: 1953 setzten 32 % auf die USA, 11 % glaubten, die UdSSR werde bis zum Jahr 2000 die USA überflügelt haben. 1969 war eine Wende in der öffentlichen Meinung zu erkennen: 21 % setzten noch auf eine Prädominanz der USA in 50 Jahren, 20 % auf die UdSSR. 1973 hatte sich das Bild von 1953 umgekehrt: 37 % glaubten nun, die UdSSR werde in 50 Jahren mächtiger sein, nur noch 13 % erwarteten dies von den USA.
49) Tibor Méray, Thirteen Days That Shok the Kremlin, New York, 1959, S. 98.
50) Der „stern" v. 11. 11. 1976, S. 94, veröffentlichte Zitate aus RFE-Kommentaren zu Ungarn.

B. am 31. Oktober 1956 hetzte: „Das Verteidigungsministerium und das Ministerium des Inneren sind noch immer in der Hand der Kommunisten. Laßt es nicht dabei bleiben, Freiheitskämpfer! Hängt eure Waffen nicht an den Nagel!"[51]) Dem damaligen irischen UNO-Beamten Conor Cruise O'Brien zufolge pflegten Mitglieder der US-Delegation „beharrlich zu versichern, daß Nagy ein ebenso bösartiger Kommunist wie Chruschtschow sei".[52]) Erst nachdem Nagy, der sich von den Ereignissen treiben ließ, sein Schicksal dadurch besiegelt hatte, daß er ohne eine westliche Gegenleistung den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt erklärte, „wurden Nagy und seine Amtskollegen von den gleichen Leuten, die sie beharrlich in den Schmutz gezogen hatten, als man ihnen hätte helfen können, als Helden und Märtyrer gefeiert" (O'Brien)[53]). Ein „Nationalkommunist" war eben nur dann gut, wenn er tot war.

Der „von Gott gesandte Führer" war für RFE und Allen Dulles[54]) der aus Hausarrest befreite reaktionäre Kardinal Mindszenty, der einem amerikanischen Diplomatenbericht zufolge schon 1946 unchristlich gehofft hatte, daß die „Amerikaner bald die Atombombe anwenden werden, um die Sowjets aus Ungarn zu vertreiben"[55]), und der sich nun eine christliche Volkspartei und die Wiederherstellung des Privateigentums wünschte[56]). Mindszenty brachte sich schon am 4. November 1956 in der US-Gesandtschaft in Sicherheit, deren steinerner Gast er fünfzehn Jahre lang bleiben sollte. An jenem Tage feuerte RFE die Aufständischen noch an: „Haltet aus! In zwei Tagen wird wieder ein Soldat Präsident der Vereinigten Staaten sein."[57]) Aber der General – Präsident Eisenhower – und Außenminister Dulles hatten keine Lust, Ungarns wegen einen Nuklearkrieg mit der Sowjetunion zu riskieren[58]), und den „Freiheitskämpfern" blieb schließlich nichts übrig, als über die österreichische Grenze in den Westen zu gehen, wo sie zu CIA-Informanten wurden, wie Allen Dulles geschäftsmäßig registrierte: „Sie brachten uns aufs laufende hinsichtlich aller Aspekte des technischen, wissenschaftlichen und militärischen Aufbaus in Ungarn."[59])

### *Die USA beim Opfern von „Verbündeten"*

Die „Chronik westlichen Verrats" zeigte bisher, wie „ der Westen" und schließlich die USA Opfer vorwiegend außerhalb ihrer Einflußgrenzen

51) Fleming, Cold War, Bd. II, S. 810.
52) David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin (West) 1969, Bd. II, S. 54.
53) Ebd.
54) Wie Anm. 50; Dwight D. Eisenhower, Waging Peace, Garden City/New York 1965, S. 82.
55) Joyce and Gabriel Kolko, Limits, S. 241; Foreign Relations of the United States 1946, Bd. VI, S. 274.
56) Fleming, Cold War, Bd. II, S. 802; Méray, S. 231 f.
57) Wie Anm. 50.
58) Eisenhower, Peace, S. 88 f.; Roscoe Drummond/Gaston Coblentz, Duel at the Brink, Garden City/New York 1960, S. 180 f.
59) Allen Welsh Dulles, The Craft of Intelligence, New York 1963, S. 134.

suchten und fanden – so seit dem 13. Jahrhundert bis 1956 inbesondere in Osteuropa. Wenngleich die USA keineswegs aufhörten, Osteuropäer zu verraten, die bereit waren, sich verführen zu lassen, zeigt der folgende Teil der Chronik sie mehr beim Opfern enger, langjähriger, allzu vertrauensseliger Verbündeter, ungeachtet der Dienste, die diese ihnen geleistet haben. Zu den Verbündeten der USA zählt auch die Bundesrepublik. Für sie hat sich das Bündnis zwar deutschlandpolitisch verheerend ausgewirkt, aber, bisher jedenfalls, noch nicht als tödlich erwiesen. Dieser Fall kann jedoch eintreten, wenn die USA die Möglichkeit erhalten, vom Bundesgebiet aus „eurostrategische" Waffen gegen die Sowjetunion abzufeuern. Nachdem Bonns Westbündnis die „deutsche Frage" auf den Friedhof der Geschichte befördert hat, könnte es die physische „Endlösung der Deutschenfrage" herbeiführen.

*Parallele Chamoun–Adenauer*

Das erste Beispiel eines ausländischen Staatschefs, der eine amerikanische Intervention in seinem Land erbat, um seine Herrschaft zu retten, aber hinterher doch abtreten mußte, lieferte 1958 der libanesische Präsident Camille Chamoun. Chamoun hatte den USA den großen Dienst erwiesen, die „Eisenhower-Doktrin" von 1957 zu akzeptieren, mit der Amerika (wie heute wieder unter Carter) das Recht beanspruchte, im Nahen Osten militärisch zu intervenieren, um zu „sichern", was es als das Erdöl „des Westens" betrachtete[60]). Mit seiner Unterstützung dieser US-Politik und mit der Manipulierung von Wahlen hatte Chamoun sich in innenpolitische Schwierigkeiten gebracht. Auf sein Ersuchen und unter dem Vorwand, den Libanon vor dem „internationalen Kommunismus" zu schützen, entsandten die USA im Juli 1958 starke Truppenverbände in den Libanon, während England Truppen nach Jordanien verlegte. Der wahre Zweck war jedoch nicht, Chamoun (oder Hussein) zu retten, sondern (wie bereits in „Blätter" 4/1980 geschildert) den benachbarten Irak von der Verstaatlichung seines vom Westen ausgebeuteten Erdöls abzuhalten[61]). Nachdem dies erreicht war, zogen die Amerikaner bis zum 25. Oktober 1958 wieder ab – Chamoun hatten sie inzwischen dazu bewogen, der Wahl eines neuen Präsidenten zuzustimmen und abzutreten.

Nicht ohne Pikanterie war, daß Außenminister John Foster Dulles seinen „Freund" Konrad Adenauer, der sich intern über die Benutzung der Bundesrepublik als eine der Absprung- und Nachschubbasen für die Libanon-Intervention beschwert hatte, mit dem von den USA letztlich nicht gestützten Chamoun auf eine Stufe stellte: Dulles hielt Adenauer mit „derber, rauher Sprache" vor, daß auch sein Schicksal eines Tages davon abhängen könnte, daß die USA mit gleicher Geschwindigkeit intervenierten[62]). (In Südvietnam

60) „Blätter", 4/1980, S. 413 – 434.
61) Ebd., S. 416 f.
62) Roscoe Drummond/Gaston Coblentz, Duel at the Brink, Garden City/New York 1960, S. 48 f.

kam es 1963, wie weiter unten zu lesen sein wird, sogar zu dem von den USA in Kauf genommenen Mord an dem Staatschef, der Amerika in sein Land gerufen hatte.)

*Westliche Wiedervereinigungs-„Hilfe"*

Auch die Bundesrepublik hat längst ihre Erfahrungen mit westlichem Verrat gemacht: in der „Deutschlandpolitik". Freilich entsprang schon das „Verfassungsgebot" des Grundgesetzes von 1949, die „Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", eigener westdeutscher Selbsttäuschung, da die Bundesrepublik als Kreatur der Westmächte von Anfang an auf deren Seite gegen die vierte Sieger- und Besatzungsmacht Sowjetunion Partei ergriff, von der die Erfüllung abhing. Das sowjetische Angebot eines bündnisfreien Gesamtdeutschland vom 10. März 1952 hatte Adenauer mißachtet, der auf eine „Politik der Stärke" im Bündnis mit dem Westen setzte. Als Gegenleistung versprachen die Westmächte in Artikel V, Absatz 2 des „Deutschland-Vertrages" von 1954, daß sie mit der Bundesrepublik „zusammenarbeiten werden, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu erreichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitliche demokratische Verfassung wie diejenige der Bundesrepublik genießt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist"[63]). Gleichzeitig erklärten sie feierlich: „Die Verwirklichung, mit friedlichen Mitteln, eines völlig freien und geeinten Deutschland bleibt ein fundamentales Ziel ihrer Politik."[64]) Diese Deklaration war ebenso unwirksam wie unaufrichtig: Schon 1947 hatte John Forster Dulles mit gleicher Entschiedenheit vor einem „sowjetisch beherrschten" *und* einem „von Ost und West unabhängigen" Deutschland gewarnt [65]); er hielt ein solches offensichtlich für möglich, aber er wollte es nicht. Der Westen lehnte ein nicht an ihn gebundenes Deutschland nicht etwa deshalb ab, weil er dessen „Sowjetisierung" fürchtete, die Adenauer zu fürchten vorgab, sondern weil er eben kein „völlig freies" Deutschland wünschte [66]).

Als die „Politik der Stärke" bereits durch das atomare Patt ad absurdum geführt war, vernichtete die Bundesrepublik mit ihrem Eintritt in die NATO am 9. Mai 1955 – genau zehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der Hitler-Wehrmacht! – die letzten Chancen für eine zwischen den Großmächten vereinbarte Wiedervereinigung durch international kontrollierte freie Wahlen, wie sie eine Erklärung der Sowjetregierung noch am 15. Januar 1955 angeboten hatte [67]). Bonn vertiefte noch die Spaltung, indem es

63) Department of State, London and Paris Agreements September-October 1954, Washington 1954, S. 68.
64) Ebd., S. 17.
65) John Foster Dulles, War or Peace, New York 1950, S. 102.
66) Eine typische Erklärung seiner ablehnenden Haltung, die er bis an sein Lebensende aufrechterhielt, gab Dulles am 9. 2. 1954 auf der Berliner Viermächte-Außenministerkonferenz ab: „Der sowjetische Außenminister (Molotow) hat vorgeschlagen, daß Deutschland eine Macht in Mitteleuropa mit einer begrenzten nationalen Streitmacht bleiben soll . . . Die Möglichkeit, daß Deutschland dadurch das Zünglein an der Waage im Gleichgewicht der Mächte werden und infolgedessen möglicherweise eine Seite gegen die andere ausspielen könnte, ist kein für die Vereinigten Staaten akzeptables Konzept." (Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin o.J., S. 182.)
67) Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. II, S. 401.

Verhandlungen mit der DDR, die es als inexistent betrachtete und zu unterminieren suchte, ebenso ablehnte wie den DDR-Vorschlag einer gesamtdeutschen Konföderation. Statt dessen versuchten Adenauer und sein Verteidigungsminister Franz Josef Strauß von 1956 an, die „Politik der Stärke" mit Hilfe von Atomwaffen (Nuklearoption) doch noch zum Erfolg zu bringen[68]), während die Westmächte weiterhin nur verbale Bekundungen zum Wiedervereinigungsziel abgaben, wie etwa Dulles in Westberlin am 19. Mai 1958 ebenso vage wie zweckoptimistisch: „Der Tag wird kommen, an dem – wahrscheinlich unerwartet und unvorhersagbar – Deutschland in Freiheit wieder vereinigt werden wird."[69]) Aber im Herbst jenes Jahres löste der Adenauer/Straußsche „Griff nach der Atommacht" eine neue schwere Berlinkrise aus, in deren Ergebnis die ganze westliche und Bonner Ost- und „Deutschlandpolitik" für alle sichtbar als Chimäre enthüllt wurde.

*Westberlin, August 1961*

Speziell die Westberliner, die durch ihre Parteinahme für den Westen 1948 den drei Westmächten den Verbleib in ihrer Stadt ermöglicht hatten, fühlten sich von ihren „Schutzmächten" verraten, als diese auf die Sperrmaßnahmen der DDR vom 13. August 1961 nicht reagierten. Diese Aktionen waren nur für Westberliner und Westdeutsche eine böse Überraschung, nicht aber für die Westmächte, wie der französische Außenminister Marice Couve de Murville bestätigte: „Ich würde nicht sagen, daß sie gänzlich unerwartet kamen."[70]) Chruschtschow hatte schon am 26./27. Juli 1961 den amerikanischen Abrüstungsbeauftragten (und einstigen Präsidenten der Rockefellerschen Chase Manhattan Bank), John J. McCloy, davon unterrichtet, daß er der Ausblutung der DDR ein Ende setzen werde, da sie gekoppelt sei „mit der Gefahr eines Aufstandes und eines darauf folgenden westdeutschen Angriffs auf die DDR"[71]). Gegenüber dem Westberliner Bürgermeister Willy Brandt und dessen CDU-Stellvertreter Franz Amrehn beteuerte McCloy nach dem Mauerbau: „Chruschtschow hat mir nichts von einer Mauer gesagt", was Amrehn dem „Ehrenmann" McCloy abnahm[72]). Aber dem westdeutschen Botschafter Hans Kroll zufolge kursierte in Moskau das Gerücht, McCloy sei von Chruschtschow „in großen Zügen über die geplante ‚Flüchtlingssperre' informiert worden"[73]).

Fest steht, daß US-Präsident John F. Kennedy nach Erhalt eines telegraphischen Berichts McCloys eine mehrstündige Konferenz mit seinen engsten Beratern abhielt und McCloy zu mündlicher Berichterstattung zurückrief. Diese erfolgte am 31. Juli 1961[74]). Schon am Vortag hatte der demokratische

68) Helmut Wolfgang Kahn, Strauß und der Griff nach der Atommacht, in: „Blätter", 10/1979, S. 1195 – 1218".
69) Dulles-Rede in Westberlin am 19. 5. 1958, in: „Department of State Bulletin" v. 26. 5. 1958.
70 )Hermann Zolling/Uwe Bahnsen, Kalter Winter im August. Die Berlin-Krise 1961/63, Oldenburg-Hamburg 1967, S. 142.
71) Ebd., S. 110.
72) Ebd., S. 110.
73) Hans Kroll, Botschafter in Belgrad, Tokio und Moskau 1953 – 1962, Tb-Ausg. München 1969, S. 346. Auch „Der Spiegel" 23. 8. 1961, S. 44, behauptete dies.
74) Kroll, S. 346; Zolling/Bahnsen, S. 111.

Senator William Fulbright, Vorsitzender des Auswärtigen Senatsausschusses, in einer US-weiten Fernsehsendung die amerikanische Öffentlichkeit auf das offensichtlich Kommende vorbereitet: „Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenzen schließen; ich glaube, sie hätten das Recht dazu."[75]) Vor der Presse wurde Fulbright am 2. August 1961 noch deutlicher: „Wenn sie sich nächste Woche entscheiden würden, ihre Grenzen zu schließen, könnten sie es tun, ohne irgendeinen Vertrag zu verletzen."[76]) In der ersten Augustwoche sagte Kennedy seinem Biographen Arthur Schlesinger zufolge zu seinem Sicherheitsberater Walt W. Rostow: „Ich kann die Allianz zum Einschreiten bringen, wenn Chruschtschow etwas mit Westberlin anzustellen versucht, aber nicht, wenn er nur in Ostberlin etwas unternimmt."[77]) Fünfzehn Jahre später, in einer Sendung des ARD-Fernsehens vom 12. August 1976, gab Rostow Kennedys damalige Worte wie folgt wieder: „Chruschtschow steht vor einer unerträglichen Situation. Ostdeutschland blutet aus . . . Er muß etwas tun, um das aufzuhalten. Vielleicht eine Mauer."[78]) Von diesen Überlegungen des US-Präsidenten erfuhr das „verbündete" Bonn nichts; sein „gesamtdeutscher" Minister Ernst Lemmer versicherte noch am 6. August 1961 im Fernsehen: „Der Weg von Berlin nach Berlin bleibt offen"[79]), und Außenminister Heinrich v. Brentano meinte noch am 11. August 1961, mit Absperrmaßnahmen sei jetzt nicht zu rechnen[80]).

*Nach dem „Mauerschock"*

Als Berlin zwei Tage später physisch geteilt wurde (administrativ und politisch war es schon seit 1948/49 geteilt), blieben Kennedy und der französische Präsident Charles de Gaulle ungerührt auf ihren Landsitzen, und der britische Premierminister Harold Macmillian brach zur Moorhuhnjagd nach Schottland auf[81]). Für Adenauers Intimus, den Berliner Heinrich Krone, war es „die Stunde der großen Desillusion"[82]). Der Fahrer von Botschafter Kroll, der aus dem Urlaub nach Bonn geeilt war, brachte die Vox populi über das Verhaltensmuster deutscher Regenten nach der Entlassung Bismarcks und seit 1933 zum Ausdruck: „Herr Botschafter, was sagen Sie nun? Da haben wir uns aber feine Verbündete ausgesucht!"[83]) Springers „Bild"-Zeitung erschien am 16. August 1961 mit der Schlagzeile: „Der Westen tut NICHTS!" Am selben Tag versicherte Adenauer dem sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow fast unterwürfig, „daß die Bundesregierung keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern"[84]), und

75) Zolling/Bahnsen, S. 97; „Der Tagesspiegel" v. 1. 8. 1961, S. 2.
76) NYT v. 3. 8. 1961; Der „Tagesspiegel" v. 3. 8. 1961, S. 2.
77) Arthur Schlesinger jr., A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House, Boston 1965, S. 394.
78) Der „Spiegel" v. 16. 8. 1976, S. 16.
79) ARD-Sendung v. 12. 8. 1976, Original-Ton Lemmer.
80) Zolling/Bahnsen, S. 122.
81) Der „Spiegel", 35/1961.
82) Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954 – 1969, in: Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien III, Mainz 1974, S. 162 f.
83) Kroll, S. 344.
84) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 17. 8. 1961.

Willy Brandt fragte vor dem Westberliner Rathaus tief enttäuscht: „Was ist aus dem Wiedervereinigungsbemühen der hinter uns liegenden Jahre geworden? Was ist aus den Wiedervereinigungsbestimmungen unseres Grundgesetzes und des Deutschland-Vertrages (von 1954; d. Verf.) geworden?"[85]) Selbst Strauß entschlüpfte am 5. September 1961 im Fernsehen das Eingeständnis: „Die Politik, die wir in den letzten zehn Jahren getrieben haben, war natürlich nicht in der Lage, die Einheit Deutschlands herzustellen, weil das unter den gegebenen Umständen überhaupt nicht möglich war"[86]) – diese Umstände hatte Bonn freilich durch sein vertrauensseliges Westbündnis selbst geschaffen. Bei der Bundestagswahl vom 17. September 1961 erhielten die Unionsparteien mit dem Verlust ihrer absoluten Mehrheit die Quittung der Wähler. Und bei einer Allensbach-Umfrage im selben Monat sprachen sich mehr Westdeutsche für eine Neutralität der Bundesrepublik nach dem Muster der Schweiz aus (42 %) als für ein fortgesetztes enges militärisches Bündnis mit den USA (40 %)[87]).

*Weiterer Entzug westlicher Unterstützung für Bonn*

Während der „Mauerschock" bei den Sozialdemokraten um Brandt eine gewisse Einsicht in die Realitäten auslöste, die aber erst ab 1967 und verstärkt ab 1969 Früchte trug, hielten die Unionsparteien intransigent (wie die weiland polnische Exilregierung) an ihren Positionen in der Deutschland-, Ostgrenzen- und Atommachtfrage fest – nur um von den Westmächten weiter enttäuscht zu werden, womit ihre Karten – wie eine „zu lange gehütete Jungfernschaft" (George F. Kennan) – jeglichen Tauschwert verloren. Gleich nach der von Adenauer verlorenen Wahl schickte Washington zwei Männer, die als Geburtshelfer und Pate der Bundesrepublik gewirkt hatten, aus, um Bonn zu Zugeständnissen zu bewegen: Der Ex-Militärgouverneur Lucius D. Clay markierte in Westberlin nach außen hin den „starken Mann", äußerte aber in vertraulichem Gespräch, die Westdeutschen sollten endlich „die Realität der Existenz zweier deutscher Staaten anerkennen"[88]), und der Ex-Hochkommissar McCloy forderte gegenüber den Industriellen Fritz Berg und Hans-Günther Sohl westdeutsche Gesprächsangebote; dabei ging es ihm „um die Oder-Neiße-Linie als Grenze, um die Anerkennung Pankows, um Berlin als einer freien Stadt", wie Krone am 25. September 1961 empört notierte[89]). Auch die Bonner Atommacht-Ambitionen genossen keine westliche Unterstützung, wie Kennedy im November 1961 dem Chefredakteur der „Iswestija", Chruschtschows Schwiegersohn Alexej Adschubei, versicherte[90]). Nachdem Washington alle diese für Bonn negativen

85) ARD-Sendung v. 12. 8. 1976, Original-Ton Brandt.
86) Strauß in der Fernsehsendung „Die Parteien haben das Wort" v. 5. 9. 1961, zit. nach: Erich Kuby, Franz Josef Strauß. Ein Typus unserer Zeit, Wien/München/Basel 1963, S. 162 f.
87) Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973, Allensbach/Bonn 1974, S. 535.
88) Zolling/Bahnsen, S. 176; NYT v. 24. 9. 1961.
89) Krone, S. 163 (Eintragung v. 25. 9. 1961).
90) „Europa-Archiv" (EA) 1961, S. D 741.

Positionen in einem Papier vom 12. April 1962 für Gespräche mit der Sowjetunion niedergelegt hatte[91]), hörte Brandt im Herbst 1962 Adenauer melancholisch sagen: „Es ist anders gegangen, als wir 1948 dachten."[92]) 1948 hatte Adenauer einen Krieg erwartet, „um die Russen nach Osten zurückzudrängen"[93]), und hatte gesagt: „Dann müssen wir auf der richtigen Seite dabei sein."[94]) Für die richtige Seite hatte er Amerika gehalten, das ihn nun politisch im Stich ließ.

Diese Tendenz bekam auch Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard zunehmend zu spüren: Das phantastische Projekt einer „multilateralen Flotte" von Atomraketen-Frachtern (MLF), das Kennedy als Köder benutzt hatte, um Bonn von de Gaulle auf seine Seite zu ziehen, wurde von Präsident Lyndon B. Johnson „über Nacht" fallengelassen, wie auf einer Tagung mit Helmut Schmidt, der es damals befürwortet hatte, erst unlängst geklagt wurde[95]). (Soll es etwa wiederbelebt werden?) De Gaulle, der die Oder-Neiße-Grenze schon 1959 öffentlich anerkannt hatte, forderte am 4. Februar 1965 unmißverständlich, „daß jede Regelung der Deutschlandfrage notwendigerweise auch die Regelung seiner Grenzen und seiner Bewaffnung durch die Einigung mit allen seinen Nachbarn, im Osten wie im Westen, einschließen muß"[96]). Anfang September 1965 erfuhr Krone, daß Johnson gesagt habe, „die Deutschen (müßten) einsehen, daß ihre Anliegen zweitrangig seien. Blieben sie bei ihrer Einstellung, müßten die Amerikaner über sie hinweggehen"[97]). Im Januar 1966 überbrachte der Rockefeller-Vertraute und ehemalige Kennedy-Berater Henry A. Kissinger Krone die Kunde, die USA und England „wollten sich mit den Sowjets über Deutschland und Europa verständigen, und wir kämen in den nächsten Monaten hart unter Druck. So langsam stünden wir allein da"[98]). Im selben Monat konstatierte der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Carstens, „daß unsere Rechtsansprüche auf die Gebiete der Oder/Neiße immer weniger Unterstützung finden" und daß „der Erosionsprozeß" gegenüber dem Bonner Alleinvertretungsanspruch „unaufhaltsam fortschreitet"[99]). Im Herbst 1966 stellte Carstens fest, „daß die Zeit

---

91) Keesings Archiv der Gegenwart (KAG) 1962, S. 9831 B.

92) Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960 – 1975, Hamburg 1976, S. 52.

93) Wilhelm Elfes, Gespräche um Deutschland, hrsg. v. Bund der Deutschen – Partei für Einheit, Frieden, Freiheit, o. O., o. J. (1956?), S. 9 f: „Am 2. Januar 1948, nach einer Konferenz beim Abendbrot im kleinen Kreise, warf Dr. Adenauer unversehens die Frage eines Krieges gegen Rußland auf, ‚um die Russen nach Osten zurückzudrängen'. Seine Frage war über den Tisch hinweg direkt an mich gerichtet – ‚Was würden Sie sagen, wenn Sie jetzt vor die Frage gestellt würden . . . ?' – aber er machte mir den Eindruck, als ob er nur frage, weil er selbst bereits ‚vor die Frage gestellt' worden war, vielleicht am Tage zuvor bei den Neujahrsempfängen." Elfes war Mitgründer der CDU in Nordrhein-Westfalen.

94) Ulrich Noack in: Welt ohne Krieg, Januar – Februar 1956, S. 3, zitierte folgende Äußerung Adenauers bei einem „Herrenessen" im Frühjahr 1948: „Meine Herren, der Krieg zwischen Amerika und Rußland kommt auf jeden Fall, und dann müssen wir auf der richtigen Seite dabei sein." Noack, ursprünglich CSU-Mitglied, hatte dies von einem CDU-Mitglied und „Duzfreund Adenauers" erfahren, wie er in Gustav Heinemanns „Gesamtdeutscher Rundschau" v. 6. 9. 1957, mitteilte.

95) Auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung Mitte Juni 1980, an der u. a. der US-Botschafter Walter Stoessel und Brzezinskis Stellvertreter David Aaron teilnahmen, „Die Welt" v. 16./17. 6. 1980, S. 2.

96) FAZ v. 6. 2. 1965.

97) Krone, S. 187 (Eintragung v. 6. 9. 1965).

98) Ebd., S. 187 (Eintragung v. 24. 1. 1966).

99) „Der Spiegel" v. 18. 2. 1974.

der aktiven Wiedervereinigungspolitik vorbei sei", obwohl die Westmächte das deutsche Recht auf Einheit „grundsätzlich" bejahten[100]). (Im Politischen heißt „grundsätzlich": vielleicht – vielleicht auch nicht. Außenminister Hans-Dietrich Genscher dürfte keinen potentiellen FDP-Wähler mit seinem „Realismus" beeindruckt haben, als er sich Anfang Mai 1980 die (be)trügerischen Wiedervereinigungssprüche von 1954 von seinen westlichen Kollegen bestätigen ließ[101]) und als er – noch nach der für die FDP fatalen Nordrhein-Westfalen-Wahl – im Juni 1980 das „Wiedervereinigungsziel" in ein NATO-Kommuniqué hineinschreiben ließ.)

*Marionettenmord und -sturz in Vietnam*

Physisch tödlich hat sich das Westbündnis für Bonner Politiker bisher nicht ausgewirkt; auch der eingangs erwähnte libanesische Präsident Chamoun, der 1958 US-Truppen in sein Land gerufen hatte, verlor nur sein Amt. Dem südvietnamesischen Staatschef Ngo Dinh Diem, der 1961 amerikanische Truppenhilfe erbeten hatte, sollte es weitaus schlimmer ergehen: Er und zwei seiner Brüder verloren 1963 nicht bloß ihre Ämter, sondern ihr Leben in einem Militärputsch gegen Diems immerhin legale Regierung, zu dem die Kennedy-Regierung ermutigt hatte. Diem und sein Bruder und Hauptberater Ngo Dinh Nhu wurden von den USA nicht deshalb fallengelassen, weil sie die laut Nhu von der CIA aufgestachelten Buddhisten verfolgten – das war nur der „humanitäre" Vorwand für Washingtons Abrücken –, sondern weil sie sich in später Stunde auf ihre patriotische Pflicht besonnen hatten, ihrem Land weiteres amerikanisches Napalm zu ersparen, und über französische und polnische Vermittler Fühler nach Hanoi ausgestreckt hatten, um eine Neutralisierungsregelung zu erreichen und die Amerikaner zum Abzug aufzufordern[102]).

Nachdem südvietnamesische Generale sich am 23. August 1963 zum erstenmal mit der Bitte um Unterstützung gegen Diem und Nhu an die Amerikaner gewandt hatten, um eine Einigung der beiden mit Hanoi zu verhindern[103]), forderte das State Department mit Billigung Kennedys postwendend in einem Telegramm vom 24. August 1963 seinen Saigoner Botschafter Henry Cabot Lodge auf, einen Staatsstreich zu begünstigen[104]). Am 5. Oktober 1963 erfuhren die Amerikaner von dem Anführer der Verschwörer, General Duong Van Minh („Big Minh"), daß die Ermordnung Nhus und des weiteren Bruders Ngo Dinh Can vorgesehen sei[105]). Am 1. November 1963 begann der Putsch, und am folgenden Tage wurden Diem und Nhu ermordet; Can wurde von den Amerikanern später seinen Henkern ausgeliefert. Der britische Schriftsteller Graham Greene hatte Diem schon acht Jahre zuvor das

100) Krone, S. 190 (Eintragung v. 14. 10. 1966).
101) Die „Welt" v. 6. 5. 1980, S. 1.
102) „Blätter", 4/1980, S. 426 ff.
103) Schlesinger, S. 990.
104) David Halberstam, Die Elite (The Best and the Brightest), Reinbek 1974, S. 252 f., Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkrieges (Hrsg. Neil Sheehan), München–Zürich 1971, S. 189 f.
105) Pentagon-Papiere, S. 209.

Epitaph geschrieben: „Der vom Westen ruinierte Patriot."[106]) (Aus Diems Erfahrung ist die Lehre zu ziehen, daß Politiker, die beabsichtigen, von der falschen amerikanischen Seite auf die richtige des eigenen Landes zu treten, vor den USA und ihren „Quislings" auf der Hut sein müssen.)

Die Putschjunta unter Duong Van Minh erklärte sofort, worauf es den USA ankam: daß eine Wiedervereinigung mit dem kommunistischen Norden nicht in Frage komme[107]). Als sich aber auch Minh zum Neutralisten wandelte, wurde er schon Ende Januar 1964 durch einen neuen Putschisten, General Nguyen Khanh, auf Betreiben der USA gestürzt[108]). Am 20. März 1964 forderte Präsident Johnson Botschafter Lodge auf, „in Saigon klarzumachen, daß Ihre Mission gerade den Zweck hat, die Idee einer Neutralisierung niederzuschlagen, wo immer sie ihr häßliches Haupt erhebt, und . . . neutralistisches Gerede zu unterdrücken, wo immer wir können und durch alle Mittel, die wir haben"[109]). Nachdem auch Nguyen Khan versucht hatte, sich mit der Befreiungsfront („Vietcong") zu arrangieren, wurde er ebenfalls, Mitte 1965, von den Amerikanern gestürzt und als „Sonderbotschafter" ins Ausland abgeschoben[110]). In einem Memorandum für Verteidigungsminister Robert S. McNamara vom 24. März 1965 hatte dessen Unterstaatssekretär John T. McNaughton – entgegen einer frommen Legende, die von der Rechten heute noch immer verbreitet wird – festgestellt daß es *kein* Ziel der USA in Vietnam sei, „einem Freund zu helfen"[111]).

Als Johnson vom Sommer 1965 an den Modellkrieg maßlos eskalierte, den die USA in Vietnam zu dem Zweck führten, die gesamte Dritte Welt so einzuschüchtern, daß sie dem Westen ihre Rohstoffe weiter zu Spottpreisen liefern würde, verfügte er in Saigon, nach Marionettenmord und wiederholtem Marionettensturz, endlich über „zuverlässige" Militärdiktatoren in Gestalt des Generals Nguyen Van Thieu und des Luftmarschalls Nguyen Cao Ky, die ihm ihr Land zu Demonstrationszwecken mit Bomben, Granaten, Napalm und Entlaubungs- und Ernteverniehtungsgiften auslieferten. Daß Ky sich als Bewunderer Hitlers erklärte, tat ihm bei den Amerikanern keinen Abbruch; James Reston von der „New York Times" gegenüber gab er freilich auch zu, „daß die Kommunisten der Sehnsucht des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit und einem unabhängigen nationalen Leben näherstünden als seine eigene Regierung"[112]). (Wie Thieu später von den USA verraten wurde, wird weiter unten geschildert.)

106) Zit. bei: Halberstam, S. 282 f.
107) David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin (West) 1969, Bd. I, S. 148.
108) So Nguyen Khanh im Pariser Exil in: „stern" v. 13. 2. 1972, S. 149.
109) Pentagon-Papiere, S. 280.
110) Wie Anm. 108, S. 150.
111) Pentagon-Papiere, S. 431.
112) NYT v. 2. 9. 1965.

*Brzezinski und die Prager „Reformer"*

Zbigniew Brzezinski, der heutige „Sicherheitsberater" Präsident Carters, war unter Johnson von 1966 bis 1968 im Politischen Planungsstab des State Department tätig. Hinsichtlich Vietnams ein „Falke", propagierte er in bezug auf Osteuropa dessen „Aufweichung" und ein „Roll back" der Sowjetunion im Schafsfell der Entspannung: Durch wirtschaftliche Köder, Tourismus und kulturelle Beziehungen sowie diplomatische Beziehungen mit Bonn sollten die Osteuropäer von der Sowjetunion weggelockt und in das westliche Lager hinübergezogen werden, wobei die DDR isoliert und in die weit geöffneten Arme der Bundesrepublik fallen würde[113]). Ähnliche Ideen hegten auch der Bonner Außenminister Gerhard Schröder (CDU) und eine Zeitlang sogar noch dessen sozialdemokratischer Nachfolger Willy Brandt in der Regierung der Großen Koalition. Unter ausdrücklichen Hinweis darauf, daß auf den „Geist von Genf" (1955) der ungarische Aufstand von 1956 gefolgt war, hatte Brzezinski 1965 geschrieben: „Die Entspannung stellt unvermeidlich die sowjetische Herrschaft über Osteuropa in Frage."[114]) Mit mehr Russophobie als historischer Urteilskraft übersah der Politologe polnischer Herkunft freilich, daß die Sowjetunion nicht nur in Ungarn, sondern zuvor schon Juni 1953 in der DDR ihre Entschlossenheit bewiesen hatte, sozialistische Errungenschaften zu verteidigen und sich ohne westliche Gegenleistung gar nichts entwinden zu lassen. Der – an sich überflüssige – dritte Beweis sollte im August 1968 in Prag erbracht werden, nachdem dessen ebenfalls unrealistische „Reformer" die Tschechoslowakei ideologisch und wirtschaftspolitisch dem Westen angenähert und geöffnet und trotz des warnenden Beispiels von Imre Nagy nichts unternommen hatten, als schließlich selbst auf den Straßen Prags der Austritt der CSSR aus dem Warschauer Pakt gefordert wurde[115]).

Neben anderen namhaften westlichen Besuchern des „Prager Frühlings" hatte auch der Aufweichungspropagandist Brzezinski (verheiratet mit einer Großnichte des ehemaligen tschechoslowakischen Präsidenten Benesch) Prag aufgesucht – am 14. Juni 1968 – und dort seine Ideen entwickelt[116]) – worauf die Zeitschrift des Schriftstellerverbandes, „Literarni Listy", am 17. Juni 1968 erstmals den Austritt der CSSR aus dem Warschauer Pakt und eine „Neutralisierung" des Landes verlangt hatte[117]). Insoweit, als die tschechoslowakischen „Reformer" um Alexander Dubcek sich von Brzezinskis Ideen verführen ließen, sahen sie sich am 20. August 1968 vom Westen verraten, als dieser wieder einmal völlig untätig blieb; Präsident Johnson sah sich nicht einmal veranlaßt, über den „heißen Draht" mit Moskau in Verbindung zu treten[118]). Der Westen hatte nur ein weiteres Mal ein kleines Volk vor die

113) Zbigniew K. Brzezinski, Alternative zur Teilung. Neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik, Köln/Berlin (West) 1966, S. 79, 173, 186, 188.
114) Ebd., S. 154 f.
115) Renate Riemeck, Der „Prager Frühling" oder was manche darunter verstanden, o. O., o. J. (1968?) S. 50, 52.
116) Ebd., S. 37.
117) Ebd., S. 32.
118) „U.S. News & World Report" v. 23. 9. 1968, S. 46.

Ketten sowjetischer Panzer getrieben, um sich hinterher selbstgerecht zu entrüsten. Aber anders als 1956 in Ungarn war das Eingreifen so rechtzeitig und massiv genug erfolgt, daß die Verluste gering blieben, und anders als die USA, die Diem und Nhu ihre neutralistische „Sünde" fünf Jahre zuvor mit dem Leben hatten büßen lassen, krümmten die Sowjets den „Reformern" kein Haar, sondern stellten sie nur kalt.

*Die Politik der „Anstandspause" in Vietnam*

Nachdem das amerikanische Kapitalestablishment im Frühjahr 1968 die Freude am ebenso kostspieligen wie aussichtslosen Vietnamkrieg verloren und Präsident Johnson folgsam die weitere Eskalation des Krieges gestoppt, auf seine Wiederwahl verzichtet und Verhandlungen mit Hanoi aufgenommen hatte[119]), wollte sein Verteidigungsminister Clark Clifford die Saigoner Marionette Nguyen Van Thieu schroff fallenlassen. Diesem Sofort-Verrat widersetzte sich Henry Kissinger, der damals im Lager des sich um die republikanische Präsidentschaftskandidatur bewerbenden Nelson Rockefeller stand, weil ein solcher, wie er dem New Yorker Rechtsrepublikaner William F. Buckley jr. sagte, „der Welt signalisieren (würde), daß es zwar gefährlich ist, ein Feind der Vereinigten Staaten zu sein, aber tödlich, ein Freund der Vereinigten Staaten zu sein"[120]).

Um zu verhindern, daß sich diese richtige Erkenntnis unter den Verbündeten der USA allzu schnell ausbreitete, schuf Kissinger, noch bevor er Sicherheitsberater Richard M. Nixons wurde, den zynischen Begriff der „Anstandspause" (decent interval)[121]): D. h. zwischen einem „ehrenvollen" Abzug der USA aus Südvietnam und dem Zusammenbruch des Saigoner Regimes sollte eine genügend große Zeitspanne liegen, um negative Rückwirkungen des Saigoner Debakels auf die amerikanische Außen- und Innenpolitik möglichst zu vermeiden. Dieser Kissingersche Originalbeitrag wurde zum Schlüsselbegriff von Präsident Nixons Vietnampolitik: Da er einen Fall Saigons vor seiner Wiederwahl im November 1972 absolut nicht gebrauchen konnte, „wurden Land und Volk Vietnams vier weitere Jahre lang pulverisiert"[122]) und außerdem das neutrale Kambodscha in den Krieg einbezogen, während die 1969 noch eine halbe Million Mann zählenden US-Truppen sukzessive reduziert wurden, wodurch der Landkrieg mit seinen Menschenopfern zunehmend „vietnamisiert" wurde.

In dem Monat vor Nixons Wiederwahl war es Thieu deshalb noch möglich, eine Unterzeichnung des Abkommens zu verhindern, das die USA und

119) „Blätter", 4/1980, S. 432 f.
120) So Buckley in: „International Herald Tribune" (IHT) v. 26. 4. 1977, S. 6.
121) Walter LaFeber, America, Russia, and the Cold War 1945 – 1971, New York/London/Sydney/Toronto 1972, S. 274. In seinen selbstglorifizierenden, seine Niederlagen unter einem Wust von Details verbergenden Memoiren: The White House Years, S. 1359, behauptet Kissinger, ziemlich defensiv: „Es ist auch nicht richtig, daß alles, was wir anstrebten, eine ‚Anstandspause' vor dem endgültigen Zusammenbruch Saigons war."
122) James A. Nathan/James K. Oliver, United States Foreign Policy and World Order, Boston/Toronto 1976, S. 390.

Nordvietnam am 8. Oktober 1972 erzielt hatten und das den Abzug der restlichen ca. 30 000 Amerikaner aus Südvietnam vorsah, während von einem Abzug nordvietnamesischer Truppen nicht die Rede war. Nach seiner Wiederwahl am 7. November versprach Nixon Thieu in einem Schreiben vom 14. November: „Sie besitzen meine absolute Zusicherung, daß es meine Absicht ist, schnelle und strenge Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen, falls Hanoi die Bedingungen dieses Abkommens nicht einhält."[123]) Um sich noch einmal als starken Mann und Schutzherrn darzustellen und um den Eindruck zu erwecken, daß ein „geschlagenes" Hanoi zum Friedenstisch „zurückkriechte"[124]), ließ Nixon den Bombenkrieg wieder aufleben und in dem berüchtigten „Weihnachtsbombardement" gipfeln, das weltweite Proteste auslöste. Danach jedoch ließ Nixon mit einem Drohbrief vom 16. Januar 1973 seinen Saigoner „Verbündeten" Thieu – diesen „Hurensohn", wie er ihn nannte – „wirkliche Brutalität" spüren, um ihn zur Unterzeichnung des Friedensabkommens weich zu machen[125]), das dann schließlich am 27. Januar 1973, praktisch unverändert, abgeschlossen wurde.

Das „verbündete" Südvietnam hatte unter amerikanischer „Hilfe" am schwersten gelitten: Während in Nordvietnam rund 30'000 Zivilisten durch amerikanische Bomben getötet worden waren, hatte Südvietnam 415'000 Ziviltote zu beklagen[126]); auf den Norden waren 841'000 Tonnen US-Bomben gefallen, auf den Süden 3 100 000[127]); Südvietnam war weitgehend „entlaubt" und von 25 Millionen Bomben- und Granattrichtern übersät[128]). Aus solchen Tatsachen leitete Daniel Ellsberg, der Veröffentlicher der „Pentagon-Papiere", die Warnung ab: „Jede Nation, die in einem Konflikt amerikanischen Beistand anfordert, lädt damit zur Vernichtung ihres Gebietes und ihrer Gesellschaft ein."[129])

*Ende der „Anstandspause"*

Nachdem die letzten US-Truppen Südvietnam bis Ende März 1973 verlassen hatten, begann das, was Kissinger die Anstandspause genannt hatte. In jenem Monat erfuhr der Chef der US-Marine, Admiral Elmo Zumwalt, von einem „kissingerologischen Gewährsmann", „daß man Henry (Kissinger) ein paar Tage zuvor habe sagen hören, er hoffe, die Nordvietnamesen würden ihre offensichtlich beabsichtigte Invasion etwa ein Jahr hinausschieben. Falls sie jetzt angriffen, so sagte er (Kissinger), wären die USA gezwungen, mit Gewalt zu reagieren. Wenn sie ein Jahr warteten, sei er nicht so sicher, daß wir es tun würden"[130]). Sie warteten sogar bis zum Januar 1975, obwohl Thieu durch Sabotage der vom Friedensabkommen vorgeschriebenen

123) Kissinger, White House Years, S. 1412.
124) Marvin Kalb/Bernard Kalb, Kissinger, Boston 1974, S. 422.
125) Kissinger, White House Years, S. 1469.
126) Die „Welt" v. 3. 5. 1975.
127) „Time" v. 27. 8. 1973, S. 14.
128) „stern" v. 16. 4. 1972, S. 144.
129) Ebd., 30/1971, S. 8.
130) Elmo R. Zumwalt, Jr., On Watch. A Memoir, New York 1976, S. 417 f.

„nationalen Aussöhnung" mit Kommunisten und Neutralisten einen friedlichen Machtwechsel längst vereitelt hatte. Am 30. April 1975 kapitulierte Saigon, nachdem Thieu am 27. April ins Ausland geflohen war und die letzten Amerikaner, unter ihnen der US-Botschafter, am 29. evakuiert worden waren.

Ihre südvietnamesischen Kollaborateure überließen sie großenteils ihrem Schicksal (wie es schon die westlichen Interventen 1920 mit den russischen „Weißen" getan hatten). „Da hauen sie ab und lassen uns im Stich", schimpfte ein Saigoner Offizier laut Springers „Welt", und „heulend und fluchend versuchten andere Vietnamesen über die hohen Mauern rings um die amerikanische Botschaft zu klettern, weil sie noch hofften, mit den letzten Amerikanern ausgeflogen zu werden"[131]). Selbst in der proamerikanischen „Welt" hieß es am 6. Mai 1975: „Diese Menschen wären, hätte es die amerikanische Intervention nicht gegeben, zum größten Teil in der Lage gewesen, schlecht und recht ihren Frieden mit den Kommunisten zu machen . . . Was wird nun aus denen werden, die alle Brücken zu den Kommunisten verbrannten und dennoch jetzt im Stich gelassen wurden? Aus einem Mahnmal dieser Art leiten sich Konsequenzen für alle Völker der Welt ab."[132]) Im Blick auf jene, die auch in Westdeutschland angesichts der Ereignisse in Vietnam fragten, „ob man den Amerikanern . . . noch vertrauen könne, . . . ob ihr Wort noch gelte und ob man nicht selbst Angst bekommen müsse, wenn man an uns und Europa denke", hatte der sozialdemokratische Verteidigungsminister Georg Leber jedoch vorsorglich bereits weitere Vertrauensseligkeit gefordert: „Hier wird gerade in unserer Zeit das gegenseitige Vertrauen noch wichtiger als in mancher Phase, die hinter uns liegt."[133]) Bonn hielt die Augen fest geschlossen.

*Pakistan*

Dabei gab es neben Saigon in Asien noch andere von den USA Verratene. Pakistan, das seit den 50er Jahren ein Verbündeter Washingtons war, erhielt keine entscheidende Hilfe von diesem, als 1971 sein bengalischer Landesteil durch die Waffen Indiens, das einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion geschlossen hatte, in den neuen Staat Bangla Desh verwandelt wurde. Die USA schickten zwar einen Flottenverband in den Golf von Bengalen, aber das war nur eine leere Geste, da im Indischen Ozean schon eine sowjetische Flotte kreuzte; Kissinger behauptete gleichwohl später, mit ihrer Flotten-Geste hätten die USA Indien davon abgehalten, auch Westpakistan zu zerstückeln. Aber Pakistan ist seitdem ziemlich vorsichtig, wenn die USA ihm „Hilfe" anbieten, um es für ihre Zwecke einzuspannen: Präsident Sia ul-Hak bezeichnete 1980 ein 400-Mio.-Dollar-Angebot Carters anzüglich als „Erdnüsse", und der zu ihm entsandte Brzezinski, der am Khyberpaß mit einer Maschinenpistole herumfuchtelte, konnte ihn nicht umstimmen.

131) Die „Welt" v. 30. 4./1. 5. 1975, S. 1.
132) Ebd. v. 6. 5. 1975, S. 4.
133) Leber-Artikel in: FAZ v. 5. 4. 1975.

*Tschiang Kai-schek und Taiwan*

Das prominenteste Opfer der USA in Asien war das „Nationalchina" des greisen Tschiang Kai-schek auf Taiwan. Schon in den 50er Jahren hatten die USA ihn erst in der Formosastraße „von der Kette gelassen" und ihn dann doch wieder angekettet und seinen Wunsch nach Rückeroberung des Festlandes vereitelt. Als Nixon sich Peking näherte, wollte er ursprünglich die „Zwei Chinas"-Doktrin aufrechterhalten, aber als die Volksrepublik China am 25. Oktober 1971 endlich in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde, reichte der amerikanische Einfluß nicht mehr aus, um den gleichzeitigen Ausschluß „Nationalchinas" zu verhindern, und Nixon stand als ohnmächtiger Schutzherr da. Bei seinem Peking-Besuch im Februar 1972 stellte Nixon dann den Standpunkt, „daß es nur ein China gibt und daß Taiwan ein Teil Chinas ist . . . , nicht in Frage"[134]) – und verriet damit einen der ältesten Klienten der USA. Als Jimmy Carter unter dem Einfluß Brzezinskis die „chinesische Karte" immer mehr spielte und schließlich volle diplomatische Beziehungen zu Peking herstellte, brachen die USA ihre amtlichen Beziehungen zu Taiwan völlig ab und kündigten ihr Beistandsabkommen von 1954.

*Somalia*

Präsident Jimmy Carter fand schon in seinem ersten Amtsjahr ein vertrauensseliges Opfer – am Horn von Afrika. Am 10. Juni 1977 hatte er erklärt, seine „Neigung" gehe dahin, „die Sowjetunion und andere aggressiv herauszufordern, auf friedliche Weise natürlich, um Einfluß in solchen Zonen der Welt zu erlangen", die wichtig seien oder es werden könnten; dabei hatte er Vietnam, Irak, Somalia, Algerien, die Volksrepublik China „und sogar Kuba" namentlich genannt und hinzugefügt: „Es gibt für mich in diesen Dingen nicht das geringste Zaudern."[135]) Abgesehen von China, das nur formal noch ein Bündnis mit der Sowjetunion verband, waren dies alles Länder, in denen sowjetischer Einfluß stark war; diesen wollte Carter verdrängen. Dabei war er von seinem russophoben „Sicherheitsberater" Brzezinski beeinflußt, der gern von dem Beispiel „Faschoda" sprach, einem obskuren Ort im Sudan, den Frankreich zwar zuerst okkupiert hatte, den es aber 1898 unter britischem Druck wieder hatte räumen müssen[136]): So sollten auch der Sowjetunion lauter „Faschodas" bereitet werden – wobei Brzezinski nur übersah, daß Carters USA kaum mit dem britischen Weltreich auf dem Gipfel seiner Macht gleichgesetzt werden konnten.

Als einziges der von Carter aufgezählten Länder ließ sich Somalia von seinen großsprecherischen Worten verführen, seine jahrelangen Beziehungen zur

134) Wortlaut des Schanghai-Kommuniqués in: „Die Welt" v. 28. 2. 1972.
135) Gespräch Carters mit Direktoren amerikanischer Nachrichtenmagazine am 10. 6. 1977, „U.S. Information Service, Wireless Bulletin from Washington" v. 14. 6. 1977; „Die Welt" v. 13. 6. 1977, S. 6.
136) Über Brzezinskis „Faschoda"-Obsession berichtete u. a.: Elisabeth Drew, A Reporter at Large: Zbigniew Brzezinski, in: „The New Yorker" v. 1. 5. 1978.

Sowjetunion zu lösen und im Sommer 1977, trotz sowjetischer Warnungen, in die äthiopische Provinz Ogaden einzumarschieren. Damit beging es eine klassische grenzüberschreitende Aggression, die von den afrikanischen Staaten allgemein verurteilt wurde. Die Sowjetunion und Kuba stellten sich darauf hinter das angegriffene Äthiopien und unterstützten es mit modernen Waffen und militärischen Beratern, so daß es ab Februar 1978 das Blatt wenden und die somalischen Invasoren vertreiben konnte. Im Westen, wo man über die somalische Aggression kein böses Wort verloren hatte, sprach man nun von einer russo-kubanischen „Intervention". Aber Waffenhilfe für Somalia blieb aus.

Der betrogene somalische Präsident Siad Barre führte laut „Spiegel" „bittere Klage darüber, daß die USA, die ihn zum Bruch mit den Sowjets ermuntert hatten, ihn nun in der Stunde der Not im Stich lassen"[137]). In einem Gespräch mit dem Magazin erklärte sich Barre als vom Westen, besonders von Amerika, „wirklich enttäuscht . . . sehr enttäuscht", und auf die Frage: „Hatte Präsident Carter Ihnen nicht, bevor der Krieg begann, ermutigende Zusicherungen gemacht?" antwortete Barre: „Das ist in der ganzen Welt bekannt. Präsident Carter hatte erklärt, daß er Somalia helfen werde."[138]) (Manche lernen nicht einmal aus ihren eigenen schlechten Erfahrungen: 1980 bot Barre den USA Berbera als Flottenstützpunkt an.)

*Der Schah*

Am folgenschwersten für den Westen war der Sturz des Schahs Mohammed Resa Pahlewi im ölreichen Iran. 1953 hatten ihn die USA im Einvernehmen mit England durch einen CIA-Coup gegen den Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh, der das perische Erdöl verstaatlicht hatte, wieder auf seinen Thron gesetzt, um sich einen 40 %-Anteil am vormals exklusiv britisch ausgebeuteten Erdöl des Iran zu sichern und dessen „gesamte Außenpolitik unter unsere Kontrolle zu bringen", wie Nelson Rockefeller 1956 an Eisenhower schrieb[139]). Im Inneren regierte der Schah mit Hilfe des von US-Beratern ausgebildeten Militärs und des von der CIA aufgebauten Geheimdienstes Savak; im Juni 1963 hatte er eine islamisch-patriotische Volkserhebung brutal niedergeschlagen und deren Oberhaupt, den Schiiten-Geistlichen Ajatollah Ruholla Khomeini, verbannt. Von 1973 bis 1976 hatte der Schah den USA für 11 Mrd. Dollar Waffen abgekauft und mit diesen für die USA im Rahmen der „Nixon-Doktrin" die Rolle eines „Gendarmen am Persischen Golf" gespielt. Aber als sein Regime im Laufe des Jahres 1978 immer mehr unter den Druck der Volksmassen geriet, die auf den Ajatollah Khomeini hörten, war amerikanischer Undank sein Lohn.

Brzezinski signalisierte dem Schah zwar durch dessen Washingtoner Botschafter Ardeschir Sahedi, er möge hart durchgreifen[140]), und die Präsiden-

137) „Der Spiegel" v. 13. 2. 1978, S. 109.
138) Siad Barre in: ebd., S. 110.
139) „Blätter", 3/1980, S. 299 – 301.
140) „Die Welt" v. 29. 5. 1980, S. 8.

tengattin Rosalynn Carter schrieb seiner Schahbanu Farah Diba, daß die USA fest hinter ihm stünden und daß alles gut ausgehen werde[141]). Aber abgesehen von der üblichen Reflexbewegung einer Flottendemonstration, die Carter zuerst anordnete und gleich wieder rückgängig machte[142]), unternahm Washington nichts, um ihn zu halten; und nachdem der amerikanische NATO-General Robert Huyser am 4. Januar 1979 nach Teheran gekommen war, fühlte er sich hier „wie eine tote Ratte aus dem Land geworfen", das er am 16. Januar 1979 verließ. Den iranischen Generalen versprach Huyser, der ein zweitesmal kam und bis zum 3. Februar 1979 im Lande blieb, daß die US-Regierung sie unterstützen werde, wenn sie gegen Angriffe auf die Regierung des noch vom Schah ernannten Ministerpräsidenten Schahpur Bachtiar entschlossen vorgingen[143]); aber andererseits, so behauptete später jedenfalls der Ex-Schah, diente Huyser als „Totengräber" der Bachtiar-Regierung, indem er den iranischen Generalstabschef mit Basargan zusammenbrachte, der Bachtiar verdrängte und dem Ex-Schah zufolge „lediglich eine anglo-amerikanische Marionette war"[144]). Nach Khomeinis triumphaler Rückkehr aus französischem Exil machten einige der Generale ihren Frieden mit den Mullahs, einige wurden schließlich hingerichtet, einige wenige entkamen. Als die Carter-Regierung auf Betreiben David Rockefellers und Henry Kissingers[145]) den Ex-Schah zu einer Krebsoperation in die USA kommen ließ, handelte sie sich die Geiselnahme von rund fünfzig ihrer Teheraner Botschaftsangehörigen ein; nach der Operation schob sie Pahlewi schleunigst nach Panama ab, wo er fürchtete, von der CIA vergiftet zu werden[146]). Schließlich fand er Asyl beim ägyptischen Präsidenten Anwar as Sadat (der sich dadurch wie durch seine proamerikanische Politik überhaupt möglicherweise zu einem der nächsten Opfer der USA machte). In Kairo klagte der von den USA Fallengelassene: „Carter hat mich im Stich gelassen. Mein größter Fehler war der, auf die Amerikaner und Briten im Zusammenhang mit innenpolitischen Fragen zu hören."[147])

*Somoza*

Der vorläufig letzte derjenigen, die sich von den USA treulos behandelt fühlen konnten, war Anastasio Somoza Debayle, der im Sommer 1979 von der Sandinistischen Befreiungsfront aus Nicaragua vertrieben wurde. Als sie ihn stürzen ließen und ihm Asyl verweigerten, nahmen die USA (wie im Falle des Schahs) in gewisser Weise nur zurück, was sie einst gegeben hatten: Sie selbst hatten Nicaragua, nach zwanzigjähriger Okkupation durch ihre Marineinfanterie bis 1933, die Familientyrannei der Somozas beschert. Diese hatten ihnen allerdings, wie der letzte Somoza enttäuscht und vorwurfsvoll

141) IHT v. 21. 4. 1980, S. 4.
142) Strategic Survey 1978, hrsg. International Institute for Strategic Studies, London 1979, S. 54 f.
143) Wie Anm. 141.
144) Wie Anm. 140.
145) „Die Welt" v. 28. 11. 1979, S. 1.
146) „Die Welt" v. 26. 3. 1980, S. 1.
147) Wie Anm. 140.

hervorhob, gute Dienste geleistet, als sie ihnen ihr Land 1954 als Operationsbasis für den CIA-Coup gegen den Sozialreformer Jacobo Arbenz Guzmán in Guatemala und 1961 für die CIA-Intervention gegen Fidel Castro, die in der Schweinebucht scheiterte, zur Verfügung gestellt hatten. Somoza fand schließlich Aufnahme in Paraguay bei Alfredo Stroessner, dem dienstältesten Diktator Lateinamerikas.

*Und die Bundesrepublik?*

Die vom „Abendland", vom „Westen" und schließlich von den USA Verratenen, Geopferten und Fallengelassenen sind schlechterdings nicht zu übersehen. Aber in Bonn scheint man aus ihrem Schicksal keine Lehren ziehen zu wollen – sei es, daß man sich für honoriger als einige der (verdientermaßen) Gestürzten hält und deshalb eine Parallelität nicht gelten lassen mag; sei es, daß man angesichts der Präsenz fremder Geheimdienste und der 7. US-Armee im eigenen Lande sich gegenüber dem kranken, aber immer noch gefährlichen Löwen USA lieber wie der Vogel Strauß als wie Äsops Fuchs verhält, den „die Spuren" schreckten; sei es, daß man Bismarcks Kunst verlernt hat, aus den Fehlern anderer statt der eigenen zu lernen – oder weil man wieder einmal nach Art der Lemminge unterwegs ist.

Denn mit der von den USA verordneten „Nachrüstung" mit „eurostrategischen" Kernwaffen steht, nach einer „Anstandspause", deren Ende Washington bestimmen kann, nicht weniger als das physische Überleben auf dem Spiel. Daß Strauß die neuen Kernwaffen begrüßt, ist kein Wunder; er hatte sich schon vor mehr als zwanzig Jahren, als es um die Aufnahme „taktischer" US-Atomwaffen ging, bereit erklärt, „trotz der dichten Besiedlung der Bundesrepublik und trotz ihrer exponierten militär-geographischen Lage . . . die damit verbundenen Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volke zu vertreten"[148]). Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl ruft in dieser Situation aus: „Lassen Sie uns die große Tradition einer pro-amerikanischen Partei fortsetzen!"[149]). Aber auch Genscher und Schmidt betonen gern die „gemeinsamen Grundwerte" und „gemeinsamen Interessen" mit den USA, und Schmidt rechnet es sich sogar als Verdienst an, die „Nachrüstung" als erster gefordert zu haben; dabei hatte er jedoch schneller geredet, als richtig gedacht[149a]). Denn nicht erst seit SALT ist die zentrale Nuklearkapazität der USA durch die sowjetische „neutralisiert" (wobei beide freilich genügend Sprengköpfe für alle denkbaren Ziele behalten), sondern seit Anbeginn des atomaren Patts ist die Bereitschaft der USA fraglich, sich Westeuropa zuliebe zu gefährden. Gleichwohl wähnen die Bonner Politiker die Bundesrepublik

148) Strauß am 16. 12. 1959 vor der NATO in Paris, lt. FAZ v. 22. 12. 1959.

149) Kohl vor CDU/CSU-Unternehmern in Frankfurt am 19. 6. 1980, lt. „Die Welt" v. 20. 6. 1980, S. 1.

149a) In seinem am 28. 10. 1977 vor dem Londoner International Institute for Strategic Studies gehaltenen Vortrag behauptete Schmidt, SALT neutralisiere die strategischen Nuklearkapazitäten der USA und der Sowjetiunion und vergrößere damit die Bedeutung der „Disparitäten" zwischen Ost und West in Europa, die zu beseitigen seien. (Wortlaut in: „Survival", Januar/Februar 1978, S. 3 f.)

nur durch das NATO-Bündnis mit den USA geschützt. Aber kein anderer als der „Anstandspausen"-Schöpfer Kissinger hat die Westeuropäer erst vor einem Jahr davor gewarnt, sich weiterhin auf die amerikanische nuklearstrategische „Garantie" zu verlassen: „Die europäischen Verbündeten sollten nicht fortfahren, uns um strategische Versicherungen zu bitten, die wir unmöglich ernst meinen können, oder die wir, falls wir sie ernst meinen, nicht wahrmachen könnten, weil wir sonst die Zerstörung der Zivilisation riskieren würden."[150])

Angesichts dieser amerikanischen Haltung, die keineswegs neu ist[151]), liegt die geplante Aufstellung neuer amerikanischer Kernwaffen von „eurostrategischer" Reichweite (Pershing II und Cruise Missiles) in Westeuropa und hauptsächlich in der Bundesrepublik zwar völlig im Interesse der USA, einen Atomkrieg auf Europa zu begrenzen, aber *nicht* im Interesse der Europäer, ihn unter allen Umständen zu vermeiden: Es gibt hier also zwischen den USA und den Westeuropäern keine „gemeinsamen", sondern *gegensätzliche* Interessen. Dennoch haben die Bonner Verantwortlichen der Stationierung von Waffen auf westdeutschem Boden zugestimmt, die erstmals seit dem 22. Juni 1941 in nur vier bis sechs Minuten jene Verwüstung wiederholen könnten, die der damalige Nazi-Überfall in der europäischen Sowjetunion anrichtete – die künftig allerdings ebenso schnell mit der Totalvernichtung der Bundesrepublik vergolten werden würde. Damit haben sie nicht bloß eine stupende Verdrängung der nationalen, ja persönlichen Geschichte bewiesen (denn Schmidt ist damals mitmarschiert), was angesichts der lebhaften sowjetischen Kriegserinnerungen schon riskant genug ist; darüber hinaus haben sie, da diese Waffen ohne jede Sicherung durch einen „zweiten Schlüssel" Bonns der alleinigen Verfügungsgewalt der USA unterstehen werden[152]), diese – die schon so viele „Verbündete" verraten haben – mit einer an Leichtsinn grenzenden Vertrauensseligkeit, die ihrem Amtseid, „Schaden vom deutschen Volke zu wenden", widerspricht, in die Lage versetzt, per Knopfdruck einen Atomkrieg in Europa auszulösen und den „Holocaust", die „Endlösung der Deutschenfrage" herbeizuführen.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik teilt in ihrer Mehrheit die Vertrauensseligkeit ihrer Politiker nicht, wie Umfragen im Frühjahr 1980 ergaben: 46 % haben „nicht viel" und 10 % „sehr wenig" Vertrauen in die USA, gegenüber 35 %, die „ziemlich großes", und 9 %, die „sehr großes Vertrauen" haben[153]). „Bedingungslose Anlehnung der Bundesrepublik an die Außenpolitik der USA" halten 52 % für falsch, nur 26 % plädieren dafür; „mehr

150) Kissinger auf einer Konferenz über die Zukunft der NATO in Brüssel am 1. 9. 1979, in: „Survival" November/Dezember 1979, S. 264, 266.

151) US-Außenminister Christian A. Herter (der Nachfolger von Dulles) hatte schon am 21. 4. 1959 erklärt: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendein Präsident uns in einen totalen Nuklearkrieg verwickelt, außer, die Tatsachen zeigen klar, daß wir selbst in Gefahr totaler Verwüstung stehen oder daß tatsächliche Schritte ergriffen worden sind, uns zu vernichten." Siehe: „Blätter", 10/1979, S. 1210, Anm. 66.

152) So Dr. Frank Barnaby, der englische Direktor des Stockholmer internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI, auf einer Pressekonferenz im Gästehaus der Universität Hamburg am 24. 6. 1980.

153) Infratest-Umfrage für die Zeitschrift „Capital", lt. „Die Welt" v. 21./22. 6. 1980, S. 1.

Eigenständigkeit der BRD gegenüber den USA" wollen 49 zu 29 %; die „Stationierung von mehr und neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik" lehnen 60 (gegen 24 % ab[154]); mehr als 70 % votieren gegen eine Verteidigung mit Atomwaffeneinsatz auf dem Gebiet der Bundesrepublik und damit gegen die gültige NATO-Strategie[155]). Im „Ernstfall" wären 43 », bündig formuliert, „lieber rot als tot" gegenüber 30 %, die „lieber tot als rot" wären[156]).

Schon 1973 glaubten nur noch 13 % der Westdeutschen, daß Amerika in fünfzig Jahren mächtiger als die Sowjetunion sein werde, aber 37 %, daß die UdSSR dann mächtiger sein werde (womit die Bewertung von 1953 umgekehrt war)[157]), und 1977, nach ihren Erwartungen für 1985 gefragt, meinten 31 %: „Amerika verliert an Einfluß in der Welt", und 38 %: „Die Sowjetunion hat mehr Einfluß auf der Welt", während den gegenteiligen Auffassungen nur jeweils 12 % beipflichteten[158]). 36 bis 42 % (im Herbst 1971 sogar 50 %) aller Bundesbürger wollen ohnehin seit 1961 die Bundesrepublik lieber „neutral wie die Schweiz" als „weiter fest mit den USA militärisch verbündet" sehen[159]), und wenn sie in Parteien und Medien Fürsprecher hätten (die sie bisher nicht haben), würden die „Schweizer" die „Amerikaner" gewiß überwiegen. Anzustreben wäre ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, das die Militärblöcke überwindet und die Rüstungen auf ein vernünftiges Maß reduziert.

154) Sinus-Umfrage im Auftrag des Bundeskanzleramtes, in: „Der Spiegel" v. 28. 4. 1980, S. 19; „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" v. 4. 5. 1980, S. 4.

155) Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, lt. „Die Welt" v. 30. 4. 1980, S. 2.

156) Allensbach-Umfrage im März 1980, lt. „Rheinischer Merkur / Christ und Welt" v. 16. 5. 1980, S. 3. Die „Tot oder rot"-Frage lautet ausführlich: „Niemand weiß, wie es gehen wird, aber was meinen Sie: Wenn wir eines Tages vor der Wahl stehen, entweder Europa sowjetisch werden zu lassen oder uns mit allen Mitteln dagegen zu verteidigen – was ist dann wichtiger: vor allem den Krieg zu vermeiden, auch wenn man dann unter einer kommunistischen Regierung leben wird – oder die demokratische Freiheit zu verteidigen, auch wenn es dabei zu einem Atomkrieg kommt?"

157) Siehe: Anm. 48.

158) Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch 1976 – 1977, Wien/München/Innsbruck/Zürich 1977, S. 133.

159) Wie Anm. 87 sowie: Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch 1974 – 1976, S. 279; „Allensbacher Berichte" v. 19. 10. 1971, S. 12, Tab. 17.

# Das Jahrzehnt der Entscheidung

## Zum Stand des Befreiungskampfes in Südafrika

Von Jürgen Ostrowsky

„Die Regierung in Pretoria bereite ‚sehr bedeutende Gesetze' vor, die Diskriminierung und andere ungerechte Behandlung ‚so weit wie menschenmöglich' ausschalten sollten." Mit diesen Worten hat der in Südafrika für Zusammenarbeit und Entwicklung zuständige Minister Piet Koornhof „neue Hoffnung auf grundlegende Reformen in der Republik Südafrika (. . .) geweckt"[1]). Derlei Ankündigungen seitens des rassistischen Regimes in Südafrika sind weder neu noch originell. Bereits ein Jahr zuvor hatte derselbe Minister in den USA erklärt: „Apartheid, wie Sie sie kennen, ist im Sterben"[2]) – woraus immerhin geschlossen werden kann, daß es nur um eine neue Form von Apartheid geht. Noch fünf Jahre früher hatte sich der damalige Premierminister Vorster ähnlich geäußert; seinem wortgewaltigen Ausspruch, man möge ihm sechs Monate Zeit geben und werde erstaunt sein, wo Südafrika dann stehe, folgte bald darauf jedoch die Klarstellung, daß mitnichten an eine volle Gleichberechtigung der inzwischen über 19 Millionen Schwarzen Südafrikas oder der insgesamt über 3 Millionen Inder und „Farbigen" gedacht sei[3]). Das läßt Rückschlüsse darauf zu, was die Herrenmenschen Südafrikas als „menschenmöglich" erachten. Auf Vorsters Ankündigungen folgte 1976 das Massaker an (offiziell) über 600 überwiegend Jugendlichen in Soweto. Die Ausführungen Koornhofs wurden begleitet von der Ermordung von mindestens 60 Demonstranten im Verlauf des Monats Juni 1980. Doch es gibt Momente, die derartigen Verlautbarungen Bedeutung verleihen. 1974 wie 1979/80 lagen Gründe vor, die das Regime bewogen, der Weltöffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, die mit der Apartheid regierende und von ihr profitierende herrschende Klasse Südafrikas selbst sei es, die diesem System den Garaus machen wolle.

Was Vorsters Ankündigungen vergleichbar macht mit denen Koornhofs, ist, daß beide Ausdruck unterschiedlicher Etappen einer das Jahrzehnt der 70er Jahre prägenden Krisenentwicklung Südafrikas sind, einer Krisenentwicklung, die zugleich eine der imperialistischen Vorherrschaft in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten insgesamt ist.

1974 stand das Regime in Südafrika unter dem Schock des Zusammenbruchs des mit ihm verbündeten portugiesischen Kolonialismus und der Befreiung insbesondere der Kolonien Moçambique (mit dem es eine gemeinsame

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 18. 7. 1980.
2) „White Wall Cracking", in: „Sechaba" (Official organ of the African National Congress of South Africa), London, Januar 1980, S. 2.
3) Vgl. hierzu: J. Ostrowsky, „Das rassistische System Südafrikas in der Krise", in: „Blätter", 11/1975; hier: S. 1272 ff.

Grenze besitzt) und Angola (dessen Südgrenze die Nordgrenze des von Südafrika völkerrechtswidrig okkupierten Namibia bildet). Die Fronten des Befreiungskampfes rückten unmittelbar an das Kernland des Systems kolonialistischer und rassistischer Verhältnisse im Süden Afrikas heran. Zimbabwe, unter dem Regime des südafrikanischen Vasallen Ian Smith, geriet geographisch weiter in die Isolierung; der Befreiungskampf nahm dort wie in Namibia einen neuen Aufschwung, in Südafrika wurde die Befreiung der portugiesischen Kolonien von den Schwarzen enthusiastisch gefeiert. Südafrikas Politik orientierte sich darauf, sich den veränderten Bedingungen anzupassen und erneut in die Offensive zu kommen. Ein Element der auf dieser Zielsetzung beruhenden Strategie war die Propagierung vorgeblich angestrebter „grundlegender" Reformen. In den meisten Kommentaren und Berichten der westlichen Medien war dieser Kampagne eine unkritisch wohlwollende Aufnahme beschieden.

Ähnlich in bezug auf den Anlaß, jedoch qualitativ wesentlich anders stellt sich die Situation gegen Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre dar. Erneut reagiert Südafrikas herrschende Klasse auf krisenhafte Veränderungen ihrer Position, aber Umfang und Grad dieser Veränderungen markieren eine neue Etappe im Kampf gegen die letzten Bastionen des Kolonialismus und Rassismus in Afrika. Ungeachtet mancher Rückschläge brachten die 70er Jahre den größten Aufschwung nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Veränderungen in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Er übertrifft, gemessen an der Konsequenz und Tiefe der revolutionären Orientierung, die beiden vorangegangenen Hauptphasen der nationalen Befreiung nach 1945: die Gewinnung der Unabhängigkeit einer Anzahl asiatischer Länder in den Jahren von 1945 bis Anfang der 50er sowie die Erlangung der Selbständigkeit der meisten afrikanischen Länder im und um das „Jahr Afrikas" 1960.

– Das herausragende Ereignis stellt der historische Sieg des vietnamesischen Volkes über den US-amerikanischen Aggressor und seine Verbündeten im Jahre 1975 dar, gefolgt von der Befreiung Laos' und Kampucheas (das freilich zunächst unter der blutigen Herrschaft des Pol Pot-Regimes zu leiden hatte). Vietnam bedeutete das Debakel der US-amerikanischen Militärstrategie sowie ihrer Doktrin, die USA müßten stets in der Lage sein, revolutionäre Entwicklungen in Gebieten, die Washington anmaßend zu seiner Interessensphäre deklariert, zu ersticken.

– Im Juli 1979 stürzte die demokratische Volksbewegung Nicaraguas eine der ältesten und tyrannischsten Diktaturen Mittelamerikas. In der Karibik übernahmen in mehreren Inselstaaten fortschrittliche Kräfte die Regierung, so auf Grenada und Dominica. Demokratische Bewegungen z. B. in El Salvador oder auch in weiteren Inselstaaten signalisieren, daß auch Mittelamerika – bislang ein „sicheres Terrain" der USA – sich aus deren Vorherrschaft zu lösen beginnt.

– Die bedeutendste Veränderung der globalen Kräfteverhältnisse und strategischen Lage nach Vietnam vollzog sich mit dem Sturz des Schah-Regimes im Iran, begleitet von der revolutionären Entwicklung in Afghanistan. Nimmt man die verstärkte Wendung Indiens zu außenpolitisch konsequent fortschrittlichen Positionen hinzu (z. B. Haltung zu „Afghanistan", Anerkennung der Regierung Heng Samrin in Kampuchea), so war die Position des Westens am „Südrand" Asiens zwischen Iran und Vietnam noch nie so schlecht.

– Auf dem afrikanischen Kontinent bzw. den Afrika zugerechneten Inseln wurden die kolonialen oder neokolonialen Positionen in einer Weise erschüttert, die manchem übereifrigem Kommentator Anlaß genug schien, blumige Formulierungen der Art „Wird der schwarze Kontinent rot?" als Schreckgespenster zu präsentieren. In der Tat konnten sich die nationaldemokratischen Entwicklungen in Ländern wie der VR Benin, der VR Kongo oder auf Madagaskar trotz aller großen Probleme stabilisieren, orientierten sich z. B. die Seychellen außenpolitisch auf die Gruppe dieser und anderer fortschrittlicher Regime in Afrika. Diese Gruppe vergrößerte sich in den vergangenen zehn Jahren erheblich. Hinzu kamen die befreiten portugiesischen Kolonien als souveräne, sozialistisch orientierte Staaten. Guinea-Bissau, die Kapverdischen Inseln, Sao Tomé und Príncipe, Moçambique und schließlich Angola, wo sich die revolutionäre Befreiungsbewegung MPLA mit kubanischer Unterstützung gegen reaktionäre Banden und eine massive Invasion südafrikanischer Truppen 1975/76 durchsetzen konnte. Ebenfalls siegreich konnte sich die äthiopische Revolution gegen separatistische Bestrebungen und gegen die Invasion Somalias behaupten. Schließlich naht im Nordwesten Afrikas mit den Erfolgen im Befreiungskampf der POLISARIO gegen die marokkanischen Besetzer der Westsahara und mit der zunehmenden internationalen Unterstützung dieses Kampfes das Ende der letzten Kolonie in Afrika außer Namibia.

Das Ereignis, das Südafrikas weiße Herren am unmittelbarsten betroffen machte, war indessen der Sieg der Kräfte der Patriotischen Front in Zimbabwe im Frühjahr dieses Jahres. In Zimbabwe scheiterte eine Strategie, die darauf gesetzt hatte, schwarze, Südafrika willfährige Marionetten zu installieren, um so den Befreiungsbewegungen den Sieg zu rauben. Es war nicht zuletzt das Fiasko jener politischen Verblendung, die Befreiungsbewegungen für „von Moskau gesteuerte" Fremdkörper erklärt, die im Volk keinen Rückhalt besäßen.

Die Entwicklungen im gesamten südlichen Afrika markieren das Scheitern einer US-amerikanischen Doktrin, die unter der Ägide von Henry Kissinger 1969 ausgearbeitet worden war und unter dem Titel „NSM 39" (National Security Memorandum 39) die Afrika-Politik der Regierung Nixon bestimmen sollte. In diesem Memorandum war verkündet worden, daß die revolutionären Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika keine Chance besäßen, die bestehenden Verhältnisse in ihrem Sinne zu verändern. Fünf Jahre später waren Angola und Moçambique frei, wurde Henry Kissinger zu Hilfe gerufen, um neokoloniale Lösungen für Zimbabwe zu entwickeln, das der Befrei-

ungsbewegung immer weniger standhalten konnte. Aus dieser jüngsten Entwicklung, die für die Anwendung des in Zimbabwe gescheiterten Konzepts auf Namibia ein neues Debakel signalisiert, erklärt sich auch die Ankündigung Premiers P. W. Bothas am 9. März 1980, eine Konferenz von Repräsentanten aller rassischen Gruppen des Landes einzuberufen, um „über Südafrika betreffende Fragen zu diskutieren". Nach den Gründen gefragt, gab Botha an, der Wahlsieg Robert Mugabes in Zimbabwe habe die strategische Situation Südafrikas verändert.

In engem Zusammenhang mit den internationalen Veränderungen stehen die Krisenabläufe und politischen Bewegungen im Inneren Südafrikas. Südafrikas Wirtschaft ist eng mit dem Weltmarkt verknüpft. Allerdings wirken sich die Krisen der kapitalistischen Weltwirtschaft traditionell mit Verzögerungen in Südafrika aus. Zudem vermochte die Republik Südafrika in den letzten Jahren namentlich durch Goldexporte ihre Handels- und Zahlungsbilanzen positiv zu gestalten. Auf der anderen Seite beläuft sich die Inflation in Südafrika seit 1973 ständig auf über 10 %. 1979 wurden Erhöhungen der Großhandelspreise von 18,4 % registriert, die Konsumgüterpreise zogen um 13,8 % an; für das Jahr 1980 werden Prognosen angestellt, die sich auf 15 % Inflation belaufen[4]). Hauptfaktoren der Inflation sind neben den Kosten für die Aufrechterhaltung des Apartheidsystems im administrativen und ökonomischen Bereich die rasant steigenden Militäraüsgaben des Regimes. Gab die Regierung 1960 für den Militärhaushalt noch bescheidene 44 Millionen Rand aus (nach damaliger Parität ca. 250 Millionen DM), so waren es 1974 bereits 707 Millionen (ca. 2700 Millionen DM) und 1979 – also nach Soweto – 2189 Millionen Rand (ca. 4820 Millionen DM)[5]).

Die sozialen Folgen der Wirtschaftspolitik müssen in erster Linie die Schwarzen tragen. Allein eine Erhöhung der Preise für das Grundnahrungsmittel Mais um über 20 % (nachdem sie bereits 1979 um 26 % gestiegen waren) trifft nach den Worten eines weißen Geschäftsmannes „am härtesten die Armen, und da es sich um ein Grundnahrungsmittel handelt, wird es zu weiteren Preiserhöhungen für Eier, Geflügel, Fleisch, Hundefutter, Milch usw. führen"[6]). Lohnerhöhungen, die sich die schwarzen Arbeiter in den letzten Jahren erkämpften, werden durch solche Inflationsspannen unverzüglich zunichte gemacht. Dies erklärt z. B. auch die teilweise exorbitant hoch anmutenden Lohnforderungen etwa der 10 000 schwarzen städtischen Angestellten von Johannesburg, die Ende Juli des Jahres für eine Forderung von 80 % mehr Lohn in den Streik traten. Neben der Inflation und den dadurch verschlechterten Lebensbedingungen ist die Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Bevölkerung das zweite Hauptproblem. Sie betrug 1977 schon 22 % der schwarzen arbeitsfähigen Bevölkerung, d. h. 2 bis 3 Millionen

4) Nach: „Daily News" v. 6.3. 1980, zit. in: „Weekly News Briefing", Vol. 4, Nr. 11, 17. 3. 1980, S.16; und: „The Star" v. 9. 4. 1980, zit. in: „Weekly News Briefing", Vol. 4, Nr. 16, 19. 4. 1980, S. 22.
5) Nach: „Sechaba", April 1980, S. 22.
6) „The Citizen" v. 19. 4. 1980, zit. in: „Weekly News Briefing", Vol. 4, Nr. 18, 4. 5. 1980, S. 17.

Arbeitslose; in 39 % der städtischen schwarzen Haushalte war 1979 mindestens eine Person arbeitslos, bei 7 % waren es sogar drei Personen[7]). Wohnraummangel, Erhöhungen der Preise kommunaler Versorgungsleistungen (Strom und Wasser z. B.), Lieferengpässe für den Hausbrennstoff Kohle im gegenwärtigen Winter (während Südafrika Kohle in die BRD und die USA exportiert) sind weitere Faktoren, die die sozialen Gegensätze verschärfen und den politischen Widerstand motivieren.

Seit 1972/73 sind Streiks, Protest- und Widerstandsaktionen in Südafrika nicht mehr abgerissen; allen Drohungen, Repressalien und Terrorakten des Regimes zum Trotz nahm ihre Zahl vor allem gegen Ende des Jahrzehnts ständig zu. Gleichzeitig vermochte die Befreiungsbewegung – der ANC (Afrikanischer Nationalkongreß) – ihre Position erheblich auszubauen. Die Ursachen für diesen Aufschwung des Kampfes gegen die Apartheid und ihre Folgen sind: *Erstens* die Verschärfung der sozialen Gegensätze zwischen Schwarzen und weißer privilegierter Minderheit und herrschender Klasse durch die ständig intensivierte Überausbeutung in Bergbau, Industrie und Landwirtschaft. *Zweitens* die Repressionspolitik des Regimes und seine Versuche, alle Bereiche des Lebens in Südafrika der totalen Kontrolle im Sinne der Apartheid zu unterwerfen; ein Beispiel hierfür war das Aufzwingen der verhaßten Burensprache Afrikaans als Unterrichtssprache, das die Schülerrevolte von Soweto 1976 auslöste. *Drittens* die internationalen Veränderungen, das Beispiel der siegreichen Befreiungsbewegungen in Angola, Moçambique und Zimbabwe. Schließlich der Einfluß des ANC, der seinerseits durch das Anwachsen des Widerstands gestärkt wurde und sich gegenüber der Schwächeperiode von 1962 bis etwa 1970 neu formieren konnte. Nicht zuletzt trug das Verbot von 18 Organisationen der Bewegung „Schwarzes Selbstbewußtsein" („Black Consciousness") am 19. Oktober 1977 dazu bei, Illusionen über den Charakter des Apartheidsystems und über Reformversprechungen zunichte zu machen; seit 1976 flohen Tausende afrikanischer Jugendlicher ins Ausland, ein großer Teil schloß sich dem ANC und seinem bewaffneten Flügel MK („Umkhonto we Sizwe", „Speer der Nation") an. Schon im Oktober 1976 unternahmen Kämpfer des MK wieder Sabotageaktionen in Südafrika, es folgte eine große Anzahl weiterer bewaffneter Aktionen, deren vorläufiger Höhepunkt der Sprengstoffanschlag auf die Kohleverflüssigungsanlage SASOL 2 sowie mehrere Lagertanks an zwei verschiedenen Orten gleichzeitig Anfang Juni 1980 war.

## II

Am Ende eines Jahrzehnts gravierender Veränderungen stellt sich die Lage Südafrikas deutlich verschlechtert dar. Zimbabwe vermochte sich trotz aller neokolonialistischen Einflußnahme zu befreien; in Namibia intensivierte die SWAPO den bewaffneten Kampf und kontrolliert heute beträchtliche Gebiete. In Südafrika selber erwiesen sich die Behauptungen des vormaligen Polizeiministers Kruger, mit den paar „Terroristen" aus dem Ausland werde

7) Nach: „Workers' Unity" (Organ of the South African Congress of Trade Unions), Nr. 17, Januar 1980.

man leichtes Spiel haben, als Großsprecherei: Der ANC führt den Krieg für die Befreiung im Lande selbst. Die Befreiung Zimbabwes verlieh auch die Bewegung der bisher fünf Frontstaaten neue Impulse. Sie, die einen unverzichtbaren Rückhalt für die Befreiungsbewegung darstellen – Angola, Botswana, Moçambique, Sambia und Tansania sowie Lesotho, Malawi, Swaziland und nunmehr auch Zimbabwe – verabschiedeten auf einer Konferenz in Lusaka am 1. April des Jahres eine Erklärung unter dem Titel „Südliches Afrika: Die ökonomische Befreiung", in der sie ihre „Verpflichtung bekunden, eine Politik zu verfolgen, die auf die ökonomische Befreiung und integrierte Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft gerichtet ist . . . (und wir rufen auf) alle, die sich dem verpflichtet fühlen, uns bei diesem großen Unterfangen zu unterstützen"[8]).

Südafrikas Lage wäre desolat, die Befreiung möglicherweise schon historische Realität, könnte sich das rassistische Regime nicht nach wie vor auf die Unterstützung der westlichen Großmächte und anderer reaktionärer Staaten verlassen. In der gegenwärtigen Situation kommen ihm dabei politische Reaktionen auf die Krisenentwicklung des kapitalistischen Systems entgegen, die auf eine weitere Rechtsentwicklung setzen – so in der Politik der Carter-Administration (mehr noch in der Kandidatur Ronald Reagans), in der Regierung Thatcher in Großbritannien sowie in der Kandidatur F. J. Strauß', eines veritablen und unverbrüchlichen Anhängers der südafrikanischen Rassisten[9]). Auf die namentlich in den USA wieder vehement vertretene Forderung, die eigenen treuen Verbündeten – mögen sie Pinochet, Botha oder Begin heißen –, um nahezu jeden Preis zu halten, setzt das südafrikanische Regime. Dabei klingen Ratschläge an den Westen, „sogar den nuklearen Krieg (gegen den vorgeblichen Expansionismus der UdSSR; d. Verf.) zu erwägen" – so Außenminister Botha[10]) –, nicht mehr so absonderlich, wenn man sich die außenpolitischen Vorstellungen eines Reagan und anderer NATO-Politiker vergegenwärtigt.

Südafrikas herrschende Klasse stellt „ihr" Land unablässig als Partner des „freien Westens" gegen „die kommunistische Gefahr" dar; seine Stellung als Paria der internationalen Gemeinschaft stilisiert sie – ganz nach Art der Somozas, Thieus, Pahlewis usw. – zur Rolle innerhalb einer Schicksalsgemeinschaft verkannter Freunde des Westens. Dabei werden bemerkenswerte Parallelen und Konstellationen formuliert. Am 29. Januar 1979 kommentierte der Johannesburger „Star": „Pretoria und Peking hatten eins gemein – der nun abgedankte Schah war ihr bester Freund im Mittleren Osten"[11]).

Kern aller ideologischen Überhöhungen und Legitimationsversuche des Apartheidstaates und seiner Rolle ist, das Interesse der westlichen Industrie-

---

8) „Southern Africa: Toward Economic Liberation". A Declaration by the Governments of Independent States of Southern Africa made at Lusaka on the 1st April 1980, London, Juni 1980, S. 3.

9) Vgl. hierzu: J. Ostrowsky, Kontinuität imperialer Afrikapolitik, in: F. F. Strauß und die CDU/CSU-Weltpolitik, „Antiimperialistisches Informationsbulletin" (AIB), Sonderheft 1/1980, S. 31 ff.

10) Nach: „Unsere Zeit" v. 22. 5. 1980.

11) Zit. nach: „The African Communist", Nr. 77, II/1979, S. 14.

staaten und der multinationalen Konzerne am Herauspressen von Höchstprofiten – etwa 5 % höher als im Weltdurchschnitt – aus der unterdrückten schwarzen Bevölkerung; das Bestreben des Rassistenregimes, den Westen von der Notwendigkeit seiner Existenz, d. h., des Apartheidsystems, als Garant eben dieser Extraprofite zu überzeugen und damit zu seiner Verteidigung zu bewegen. Trotz manchem Dissens in taktischen Fragen, trotz scheinbarer offener Zerstrittenheit in einigen Fragen funktioniert diese Interessengemeinschaft im wesentlichen nach wie vor. An dieser grundsätzlichen Haltung haben bislang weder kritische Kommentare selbst in westlichen Massenmedien[12]) etwas geändert, noch etwa die Tatsache, daß eine Anzahl Bonner Politiker im Juni Alfred Nzo, den Generalsekretär des ANC, zu Gesprächen empfingen, der anläßlich eines vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) der BRD am 13. Juni in Düsseldorf veranstalteten Solidaritätskonzerts für Südafrika zu Besuch war. Die Haltung zu Südafrika wird bestimmt von Profitinteressen (in der Sprache der FAZ-Ökonomen usw. sind das stets „Sachargumente"), die sich tarnen als wirtschaftliche Abhängigkeiten etwa von Rohstoffimporten aus Südafrika. Genüßlich zitierte die südafrikanische „Sunday Times" am 8. Juni einen Artikel des „Zeit"-Chefredakteurs Theo Sommer, in dem dieser behauptete, für die südafrikanischen Rohstoffe gebe es in den nächsten zwei Jahrzehnten keinen Ersatz[13]) – was überhaupt nicht zur Debatte steht, sondern nur, ob solche Rohstoffe nicht auch aus einem freien Südafrika zu beziehen wären, freilich ohne Höchstprofite.

NATO-Strategen haben bereits in den 60er Jahren Überlegungen angestellt, die eine Einbeziehung Südafrikas in das NATO-System zum Ziel hatten. Die Interessenidentität unter dem gemeinsamen Stichwort „Abwehr einer kommunistischen Bedrohung" – sprich: Niederhaltung der Befreiungsbewegungen – zwischen NATO-Militärs und Südafrikas Politikern macht die Frage zweitrangig, wer Vater des Gedankens war. Festzustellen ist: Wenn Premierminister Botha auf seiner Wellenlänge angepaßte Interview-Fragen („Afrika aber ist . . . ein neues Schlachtfeld zwischen Ost und West geworden . . .") Antworten gibt wie: „Die NATO kann die freie Welt nicht allein beschützen. Die NATO muß die neue Lage in der südlichen Hemisphäre zur Kenntnis nehmen und sollte ihr Einflußgebiet(!) auf die südliche Hemisphäre ausdehnen"[14]), dann finden sich prompt NATO-Politiker und -Militärs, die ähnlichen Optionen das Wort reden. Bundeswehrgeneral a. D. Kielmansegg entwickelte z. B. 1979 in einem Beitrag eine bemerkenswerte Rangordnung der Probleme Südafrikas: „Südafrika stellt die westliche Welt nicht allein vor das Problem zwischen Weiß und Schwarz in einem Land, wie man glauben könnte, wenn man die westliche Südafrikapolitik betrachtet. Südafrika ist, auch wenn man davon absieht, daß es ein Hauptlieferant des Westens für

12) Vgl. z. B.: „Südafrika und einiges mehr", von Klaus Natorp, in: FAZ v. 11. 7. 1980.
13) Nach: „Sunday Times" (SA) v. 8. 6. 1980, zit. in: „Weekly News Briefing", Vol. 4, Nr. 25, 20. 6. 1980, S. 10/11.
14) „Der Spiegel", 36/1979, S. 140 und 142.

Uran, Titanium und andere unentbehrliche NE-Metalle ist, viel mehr. Fällt Südafrika, wird die Verteidigung der westlichen Welt, vor allem Europas, sehr bedrohlich geschwächt"[15]). Der als „liberal" apostrophierte CDU-Politiker Kiep plädierte – garniert mit Ausdrücken wie „Lebensinteresssen", „Lebenslinien", die aus dem Glossar des „Führers" oder des Franz Josef Strauß stammen könnten – in einem Interview gar für den Einsatz auch von Bundesmarine in Südatlantik und Indischem Ozean[16]). Daß solche Forderungen nicht nur Planspiele sind, belegt die Militarisierung des Indischen Ozeans durch Flottenverbände der USA, Frankreichs und Großbritanniens, gestützt auf den Auf- und Ausbau einer Reihe von US-Luftwaffen- und -Flottenbasen in dieser Region. Den Anfang damit machten die USA bereits zu Beginn der 70er Jahre, indem sie Großbritannien den Archipel Diego Garcia abpachteten. Eine fatale Note erhalten Kieps Forderungen durch die gemeinsame Abhaltung von Flottenmanövern im Indischen Ozean, an denen auch BRD-Einheiten teilnehmen sollten, durch die Ausdehnung des Aktionsradius der Bundesmarine (zunächst) in der Nordmeerregion und schließlich durch die gleichzeitig erfolgte weitgehende Aufhebung baulicher Beschränkungen für Kriegsschiffe der Bundesrepublik.

## III

Auf keinem Gebiet entbehrt Südafrika bislang westliche Unterstützung. Dies betrifft zum einen den ökonomischen Sektor. Südafrika hat es vermocht, den Verlust der iranischen Ölimporte, die 90 % ausmachten, durch anderweitige Lieferungen weitgehend zu kompensieren – teilweise auf abenteuerlichsten Wegen. Der Handel insgesamt floriert, darunter insbesondere der mit Gold und Diamanten. 1979 exportierte Südafrika erstmals mehr (3,6 Milliarden DM) in die BRD als umgekehrt (3,1 Milliarden DM) – davon entfielen allein etwa 1,5 Milliarden auf den Ankauf von „Krüger-Rands", einer Goldmünze, deren Vertrieb von der Deutschen Bank und der Bayerischen Landesbank abgewickelt wird. (Unter den unmenschlichen Arbeitsbedingungen in Südafrikas Goldminen und Bergwerken sterben jährlich 100 vorwiegend schwarze Arbeiter, 28 000 werden verletzt[17])).

Angesichts der politischen Entwicklungen im südlichen Afrika stagnierte zeitweilig der Strom der Investitionen in Südafrika; manche Firmen gingen sogar dazu über, ihre Niederlassungen zu schließen. Die Ansicht der Mehrheit der Konzerne, die in Südafrikas Apartheid investieren, dürfte BMW-Vorstandschef v. Kuehnheim ausdrücken, der bei einem Bankett in Kapstadt neue Investitionen seiner Gesellschaft mit den Worten ankündigte: „Die wirtschaftliche Situation in Südafrika hat sich stabilisiert und das Investitionsklima hat sich erheblich verbessert, was zu unserer Entscheidung

15) J. A. Graf Kielmansegg, Weltweite Strategie, die Vereinigten Staaten und die Verteidigung Eurpas, in: „Europäische Wehrkunde", 6/1979, S. 267 f., zit. in: Wolfgang Baatz, Zur Militärstrategie des Imperialismus gegen den Befreiungskampf der Völker im Süden Afrikas, in: „Asien – Afrika – Lateinamerika", 1/1980, S. 138.
16) Nach: „Der Spiegel", 30/1980, S. 27.
17) FAZ v. 25. 3. 1980; „The Star" v. 26. 5. 1980, zit. in: „Weekly News Briefing", Vol. 4, Nr. 23, 8. 6. 1980, S.

geführt hat, unsere hiesigen Aktivitäten auszuweiten"[18]). Ein sogenannter EG-Kodex innerbetrieblicher Verhaltensnormen gegenüber den schwarzen Arbeitskräften – zu dessen Akzeptierung dieselben Arbeiter nie befragt wurden und der keineswegs etwa eine volle Anerkennung von Gewerkschaften oder Streikrecht vorsieht – soll die Fiktion stützen, durch Investitionen werde sich der Charakter des Apartheidsystems allmählich ändern. Deutschen Firmen stellte IG-Metall-Chef Eugen Loderer im Frühjahr dieses Jahres ein Lob aus: Sie bewegten sich auf die Einhaltung dieses Kodex hin[19]). Das mutet merkwürdig an, denn im Juni meldete die Presse, daß der BDI bezeichnenderweise überhaupt nichts von der im EG-Kodex enthaltenen Forderung einer Berichtspflicht hält[20]). Im Namen des ANC erklärte Alfred Nzo hierzu: „Wirtschaftliche und andere Zusammenarbeit ‚liberalisieren' die Apartheid-Wirtschaft und ihre militärische Macht nicht, sondern stärken sie. (. . .) Investitionen fließen nach Südafrika wegen der Apartheid und nicht ihr zum Trotz"[21]). Angesichts der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit verwundert es kaum, daß auch eine militärische weiterhin besteht – trotz eines völkerrechtlich verbindlichen Waffenembargos des UN-Sicherheitsrats von 1977. So bezog Südafrika z. B. ein hochmodernes Artilleriesystem zum Preis von 50 Millionen Dollar von einer US-Firma namens Space Research, die – nebst CIA-Verbindungen – über Kontakte zum State Department der USA sowie Ländern wie Kanada, Belgien oder Israel und Tarnfirmen südafrikanischer Provenienz in den Niederlanden verfügt[22]). Zeitungsmeldungen vom Juli zufolge gelangten auch komplette Produktionsanlagen für Munition nach Südafrika – hergestellt vom Rüstungskonzern Rheinmetall. Als „erfolgreich" hat sich inzwischen allem Anschein nach das Zusammenwirken Südafrikas, der BRD und anderen westlichen Ländern und Firmen auf dem Gebiet der Atombombenentwicklung erwiesen. Die lange als rätselhaft deklarierte Explosion auf der südlichen Halbkugel bei Südafrika vom September 1979 wurde von der US-amerikanischen Defende Intelligence Agency (DIA) als Atombombenversuch ausgemacht[23]).

Vollzieht sich die militärische Kooperation aus naheliegenden Gründen weitgehend im geheimen, so stehen die wirtschaftliche wie die politische Unterstützung Südafrikas in offenem Widerspruch zu hehren Bekenntnissen westlicher Länder gegen Kolonialismus und Apartheid. Ob in der Frage eines vollständigen Boykotts Südafrikas, der gemäß den Kriterien der UNO-Charta unter Kapitel VII, Artikel 39 bis 41 längst überfällig ist, oder bezüglich sonstiger konsequenter Maßnahmen gegen das Apartheidregime oder in

19; „Financial Mail" v. 18. 4. 1980, zit. in: „Weekly News Briefing", Vol. 4, Nr. 17, 27. 4. 1980, S. 24; „Workers' Unity", Nr. 19, Mai 1980.
18) „Rand Daily Mail" v. 28. 2. 1980, zit. in: „Weekly News Briefing", Nr. 10, 9. 3. 1980, S. 12.
19) Nach: „Die Neue" v. 20. 3. 1980.
20) Nach: „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 24. 6. 1980.
21) Speech delivered by Comrade Alfred Nzo on behalf of the African National Congress to the International NGO Action Conference for Sanctions against South Africa, Genf, 30. Juni bis 3. Juli 1980, Manuskript (hekt.), S. 2.
22) Nach: „Sechaba", Juni 1980, S. 15/16.
23) Nach: FR v. 16. 7. 1980.

ihrer Haltung gegenüber dem Befreiungskampf in Südafrika sowie einer – den UN-Plänen entsprechenden – Lösung der Namibia-Frage – stets befinden sich die USA und in der Regel die EG-Staaten auf der Seite der herrschenden Klasse Südafrikas. Sie gewähren politischen Flankenschutz und schaffen Raum und Zeit zum Vorteil der Versuche Südafrikas, seine politischen Optionen zu realisieren. Nicht zuletzt wirken in diese Richtung Versuche, Südafrika aus seiner internationalen Isolation herauszubringen und wieder zu einem reputierlichen Mitglied der Völkergemeinschaft zu machen. Man bedient sich der angeblich friedlichen Lösung des Zimbabwe-Konflikts (als wenn diese nicht aufgrund der Erfolge des bewaffneten Kampfes zustande gekommen wäre), um die Illusion friedlicher Wege für Namibia und Südafrika mit der Behauptung zu nähren, in Südafrika und in Namibia seien ernsthafte Reformen in Richtung auf konstitutionelle Regelungen eingeleitet worden und die schwarze Bevölkerungsmehrheit akzeptiere diesen Weg; dabei wird unterschlagen, welchen Charakter eine solche „Lösung" in Namibia und Südafrika derzeit in Wahrheit hat.

Die Grundposition des Apartheidregimes ist unverändert. Im Weißbuch des Verteidigungsministers von 1977 (damals noch P. W. Botha) hieß es unmißverständlich, daß „das Prinzip des Rechts auf Selbstbestimmung der Weißen Nation nicht als verhandelbar angesehen werden darf"[24]). Das bedeutet, daß das System der Überausbeutung in seinem Wesen erhalten werden soll, lediglich verbrämt mit „Reformen", die unwesentlich oder im Interesse des Funktionierens des Ausbeutungsmechanismus unerläßlich sind. Angesichts der Bedrohung ihres Systems sieht die herrschende Klasse Südafrikas die 80er Jahre als Zeitraum an, in dem sie eine Art „Endlösung" anstrebt, um ihre Herrschaft zu konsolidieren: „die vollständige politische, soziale und verfassungsmäßige Separierung der afrikanischen, indischen und farbigen Gemeinschaften; die totale Zerstörung des Zusammenhalts und des nationalen Bewußtseins der afrikanischen Völker; die endgültige Festigung ihres Besitzes an den Früchten bewaffneter Eroberungen und die beschleunigte Zerstreuung unseres Volkes in Bantustans"[25]).

Um diese breit angelegte Offensive fortführen zu können, reagiert das Regime auf die gegenwärtige Krise in ähnlicher Weise wie 1974/75: mit Versuchen, Zeit zu gewinnen, um die eigenen Kräfte neu zu formieren und die Befreiungsbewegung aufzuhalten; weiterhin, um neue Gegenoffensiven zu starten mit dem Ziel der Vernichtung der Befreiungsbewegung und der Verfolgung des Konzepts eines „größeren Südafrika" unter der Hegemonie des Apartheidstaates. Diese Zielsetzung verfolgt das Regime einerseits durch Verstärkung von Repression und Aggressivität, andererseits durch Anpassungsmanöver, Effektivierung und „Reformmaßnahmen" – letztere jedoch stets gemäß der Devise Bothas, daß gewisse Anpassungen und Rückzüge

24) Nach: „Sechaba", April 1980, S. 21.

25) „Forward To People's Power – The Challenge Ahead", Erklärung der erweiterten Tagung des Zentralkomitees der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, November 1979, in: „The African Communist", Nr. 80, I/1980, S. 6.

notwendig seien, „weil wir die Revolution draußen halten und Christentum und Zivilisation erhalten wollen"[26]). Das schließt nicht aus, daß derartige Veränderungen in der Politik der Befreingsbewegung beachtet werden. Gleichwohl stellen sie das Apartheidsystem nicht in Frage, denn dieses ist vor allem „verschärfte Unterdrückungspolitik der herrschenden Klasse und Terror mit dem Ziel, die wachsende Herausforderung des Systems durch die Unterdrückten, insbesondere die Arbeiterklasse, zu zerschlagen. Und wenn wir uns dem grundlegenden Charakter der Ausbeutung des schwarzen Volkes zuwenden und nicht allein den sich ändernden Formen, in denen sie sich ideologisch ausdrückt, kann es nicht den geringsten Zweifel daran geben, daß die Apartheid als ein Ausbeutungssystem vertieft wird wie nie zuvor in unserer Geschichte"[27]).

## IV

Innerhalb der herrschenden Klasse in Südafrika hat sich im Verlauf der letzten drei Jahre eine Gruppierung durchgesetzt, die sich vor allem auf den Militärapparat, d. h. das Offizierskorps, das weitgehend staatliche burische Kapital und die mit dem Auslandskapital verflochtenen Kapitalgruppen des Landes stützt. Premier Botha war selbst Verteidigungsminister; der jetzige Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Malan, gilt als sein Förderer innerhalb der Armee. Offen ausgetragen wurde die Auseinandersetzung zwischen dieser Fraktion und der (dann unterlegenen) Gruppe um Ex-Premier Vorster und Informationsminister C. Mulder während des sogenannten Muldergate-Skandals um die Veruntreuung von Geldern dieses Ministeriums. Die Fraktion um Vorster, Mulder und den im Kabinett sitzenden Andries Treurnicht repräsentiert stärker das traditionelle burische Bevölkerungselement und seinen sozialen Hintergrund: Kleinbürgertum, Farmer sowie Teile der weißen privilegierten Arbeiterklasse. Die früher vorherrschenden Differenzen zwischen angelsächsischem, stärker mit dem internationalen Kapital verbundenen Bevölkerungsanteil und burischem, der bis zur Zeit der Machtübernahme der Nationalpartei im Jahre 1948 von den Spitzen des staatlichen Machtapparats ausgeschlossen war, haben sich stark reduziert. Über die Monopolisierung des Staatsapparats in den Händen burischer Politiker – und damit auch der Staatskonzernspitzen – drangen burische Politiker und Geschäftsleute immer weiter in andere Bereiche der südafrikanischen Wirtschaft vor. Zumal in den 70er Jahren verstärkte sich der Verschmelzungsprozeß zwischen Staatskonzernen, burischen Geschäftsinteressen, anglo-südafrikanischen und internationalen Kapitalgruppen. Das zweitgrößte Bergbauunternehmen Südafrikas, General Mining, liegt z. B. zu 60 % in den Händen der Finanzierungsgruppe Federale Mynbou (ihrerseits kontrolliert vom staatlichen Versicherungskonzern SANLAM) und zu 40 % in Händen des multinationalen südafrikanischen Trusts Anglo-American Corp. des Harry F. Oppenheimer.

26) Nach: „Sechaba", Januar 1980, S. 2.
27) Vgl. Anm. 25, hier: S. 7.

Der äußerste rechte Flügel der weißen Arbeiteraristokratie, große Teile des Kleinbürgertums und der kleinen Farmer werden gegenwärtig innerhalb der Nationalpartei nur noch von einer Minderheit repräsentiert. Ihre politische Heimat ist eher die, parlamentarisch allerdings noch bedeutungslose, Hervormde National Party (HNP), wenngleich diese bei Teilwahlen demonstrative Stimmengewinne verbuchen konnte. Ein Streik von weißen Bergarbeitern gegen gewissen Lockerungen der Arbeitsplatzbeschränkung für Schwarze im vergangenen Jahr brach nach wenigen Wochen zusammen: Die Regierung und die Bergwerkskammer standen vereint den weißen Streikenden gegenüber – ein historischer Kontrast zur Lage 1922, als die Nationalpartei die für ähnlich rassistische Ziele militant streikenden weißen Bergarbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung unterstützte! Diese Verschiebungen im politischen Gefüge der herrschenden Klasse und innerhalb ihrer Basis führten auch zu einer Umorientierung der Opposition im (weißen) Parlament, deren zahlenmäßige Stärke jedoch unbedeutend ist. Aus der Konkursmasse der traditionsreichen United Party und der von Oppenheimer unterstützten Progressive Party wurde die Progressive Reform Party (PRP) gebildet. Ohnehin nie auf die völlige Beseitigung des rassistischen Ausbeutungssystems orientiert, unternahm die PRP im September 1979 einen weiteren Schritt der Annäherung an die National Party, indem sie ihren (englischstämmigen) Führer gegen den burischen Politiker Frederik van Zyl Slabbert auswechselte – mit der Perspektive einer Umgruppierung der Parteienlandschaft, wobei eine neue Partei aus der Botha-Fraktion der NP sowie der PRP gebildet werden könnte[28]).

Den Hintergrund dieser Machtverschiebungen, die mit dem Sieg des Großkapitals endeten, bildet die Herausbildung des staatsmonopolistischen Systems in Südafrika. Kommt dies zum einen in der Verflechtung der Kapitalgruppierungen mit staatlichen Unternehmen und Institutionen zum Ausdruck, so zum anderen in einer Vervielfältigung und Verstärkung der Verbindungen zwischen privatem Kapital und Staat in der Regierungszeit Bothas. Symbolisch dafür wurde, daß in die bis dato von Staatsbediensteten kontrollierte Kommission zur Überwachung der öffentlichen Dienste eine Anzahl einflußreicher Industrieller berufen und daß im Mai 1979 John Maree, ein Direktor des größten südafrikanischen Unternehmens, Barlow Rand, zum Geschäftsführer des Kontrollgremiums über die Waffenproduktion, ARMSCOR, genannt wurde. Darin zeigt sich ein weiterer Zug der Entwicklung des südafrikanischen Kapitalismus im vergangenen Jahrzehnt: die rasch zunehmende Militarisierung und Herausbildung eines militärisch-industriellen Komplexes, der den Einfluß der militärischen Führung erheblich vergrößerte. Seit etwa 1977 wurden Elemente militärischer Planung seitens der südafrikanischen Streitkräfte (SADF) zunehmend in alle Bereiche der Regierungstätigkeit eingeführt. „Damit wurden die SADF aus einem

28) Vgl. hierzu: B. Bunting, Zur politischen Entwicklung innerhalb der weißen Minderheit Südafrikas, in: „Asien – Afrika – Lateinamerika", 3/1980, S. 515 ff.; „White Wall Cracking" . . . (s. Anm. 2); Vgl. Anm. 25, hier: S. 8 ff.

Instrument der Regierung zur zentralen Kraft innerhalb der Regierung. Das Militär kontrolliert die Administration des Apartheid-Staates über zwei Kanäle: das Büro des Premierministers und den Staatssicherheitsrat."[29]) Südafrika wird damit beherrscht von Kräften, deren Philosophie die Verteidigung der Grundlagen des Apartheidsystems um jeden Preis ist. Zugleich streben sie Anpassungen und Veränderungen an, die das System effektiver und besser überlebensfähig machen sollen, woraus sich neue Widersprüche innerhalb der weißen Minderheit sowie zwischen ihr und den Unterdrückten ergeben.

Kernstück dieser Politik ist die Vernichtung jeglicher Opposition, die dem System gefährlich werden könnte. Angesichts der Zuspitzung der Krise reagiert das Regime mit verstärkter Repression und Aggressivität gegenüber den Nachbarstaaten. Das bedeutet zugleich, daß diejenigen Elemente, die dem „weißen Teil" Südafrikas noch den Anschein einer – wenngleich autoritären – bürgerlichen Demokratie verliehen, sukzessive abgebaut werden könnten. Ohnehin traf schon bisher weiße „Dissidenten" – etwa Kriegsdienstverweigerer, von denen es eine wachsende Zahl gibt – schärfste Repression; Häresie verzeiht das sich auf eine faschistoide Ideologie stützende Regime nicht. Mithin tendiert das südafrikanische Unterdrückungssystem (das einen Kolonialismus besonderer Art dadurch darstellt, daß die koloniale Bourgeoisie im Lande selber existiert) dazu, die Repressionsmethoden gegenüber der schwarzen Bevölkerung, perspektivisch auch gegenüber dem bislang davon weniger betroffenen „weißen Sektor" anzuwenden. Spekulationen über eine „Diktatur auf Zeit" des Premierministers Botha, General Malans sowie des Administrators Namibias, Viljoen (Vorsitzender des burischen Geheimbundes „Broederbond") zur Durchsetzung notwendiger Veränderungen[30]) weisen in eine derartige Richtung. Es geht um die Durchsetzung der 1977 noch unter Botha im Verteidigungsweißbuch formulierten „totalen Strategie", die „zusammenhängende und koordinierte Aktivität auf allen Gebieten – auf militärischem, psychologischem, ökonomischem, politischem, soziologischem, technologischem, diplomatischem, ideologischem und kulturellem"[31]) –, eine Strategie der „Gleichschaltung" aller Lebensbereiche Südafrikas also.

## V

Die 80er Jahre werden zur Ära des Entscheidungskampfes zwischen dem Regime und der Befreiungsbewegung unter Führung des ANC werden, der der Strategie des Feindes seine eigene Offensive entgegenstellt. Im Frühjahr 1979 begann der ANC ein Programm der Mobilisierung und Aktionen, das seinen Höhepunkt zum Zeitpunkt des 70. Jahrestages der Gründung des ANC im Januar 1982 finden soll[32]). Zugleich erklärte er das Jahr 1979 zum

29) „Army And Politics", Teil 1, in: „Sechaba", April 1980, S. 21.
30) Vgl. hierzu: FAZ v. 18. 7. 1980.
31) Nach: „Sechaba", April 1979, S. 16.
32) O. R. Tambo, „January 8 Message", in: „Sechaba", in: April 1979, S. 5.

„Jahr des Speeres" – im Gedenken an die Schlacht von Isandhlwana, in der die Krieger der Zulu 1879 den britischen Eroberern eine vernichtende Niederlage zufügen konnten[33]). Der mit dem ANC verbündete nichtrassistische Gewerkschaftsverband SACTU proklamierte das Jahr 1980 zum „Jahr der Mobilisierung der Arbeiter". Die gewaltige Zunahme politischer Protestaktionen, der Streiks sowie bewaffneter Unternehmungen des MK zeigen, daß die Voraussetzungen für diese Kampagnen günstiger denn je sind – zugleich aber auch, in welchem Maße der Einfluß von ANC und auch SACTU gestiegen ist. Der Kampf der Schwarzen Südafrikas entwickelt sich aufbauend auf den Erfahrungen und Lehren des vergangenen Jahrzehnts. In diesem vermochte der ANC sich von den Schlägen zu erholen, die ihm das Regime in den 60er Jahren versetzt hatte; er konnte seine Organisation und deren Untergrundnetz von neuem ausbauen und alte Positionen zurückgewinnen; der bewaffnete Flügel wurde wiederaufgebaut und ging 1976 wieder zu militärischen Aktionen gegen Einrichtungen der Apartheidstaates über; vor allem aber konnte sich der ANC, konnten seine Mitglieder sich Einfluß verschaffen innerhalb legaler Organisationen, innerhalb offen auftretender Gruppierungen der Befreiungsfront und damit die vom Regime angestrebte Friedhofsruhe unter der schwarzen Bevölkerung zunichte machen. In der gegenwärtigen Phase des Befreiungskampfes läßt sich eine Anzahl neuer Elemente ausmachen, die ihr eine neue, höhere Qualität verleihen.

In einem aus der Haft geschmuggelten Brief des ANC-Präsidenten Nelson Mandela, der seit 1964 auf der KZ-Insel Robben Island gefangen gehalten wird, heißt es: „Die erste Bedingung für Sieg ist schwarze Einheit. Jede Bemühung, die Schwarzen zu spalten, zu umwerben und eine Gruppe Schwarzer gegen eine andere auszuspielen, muß nachdrücklich zurückgewiesen werden. Unser Volk – Afrikaner, Inder, Farbige und demokratische Weiße – muß zu einer einzigen massiven und festen Widerstandsfront vereint werden, zu vereinter Massenaktion."[34]) Eben dieses Element, vereint mit organisatorischen Fortschritten, kennzeichnet viele der Aktionen in Südafrika. Beim Streik der insgesamt über 100 000 farbigen Schüler im Frühjahr 1980 (die Gesamtzahl farbiger Sekundarschüler beträgt 130 000!) zeigte sich dies deutlich. Es wurde festgestellt, „daß sich diesmal die Bewegung im ganzen Lande ausbreite, daß sich zum erstenmal die ‚farbigen' Studenten von Kapstadt mit den Schwarzen in den übrigen Städten solidarisierten; daß es jetzt zum erstenmal in Kapstadt zu einer Solidarität zwischen ‚farbigen' Studenten und schwarzafrikanischen Schlachthausarbeitern gekommen ist. (. . .) Und schließlich, daß diesmal die Leitung der Aktionen nicht von einigen wenigen bekannten und daher leicht ausschaltbaren Intellektuellen, sondern von schwer durchschaubaren Komitees" ausging[35]). Mehr noch: Eine

33) Vgl. hierzu: F. Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", in: MEW, Bd. 21, S. 96.
34) Nach: AIB, 7–8/1980, S. 59.
35) FAZ v. 28. 5. 1980 (mit „Studenten" sind vermutlich Schüler gemeint, gemäß dem „Gebrauch des engl. „students"); vgl. auch: „Anti Apartheid News, London, Juni 1980.

beträchtliche Zahl indischer Schüler in Natal und Transvaal schloß sich dem Schulboykott gegen das minderwertige Ausbildungssystem für die farbigen und schwarzen Jugendlichen an – gegenüber Soweto 1976 eine neue Entwicklung – und der Boykott wurde von der Mehrzahl der Lehrer sowie den Eltern der Jugendlichen mitgetragen.

Die rapide Entwicklung der politischen Radikalisierung auf seiten der Farbigen kommt auch in den neueren Aussagen der Führer der Labour Party zum Ausdruck, der vom Regime eine Kollborateursrolle zugedacht war. Reverend H. J. (Allan) Hendrickse, der neue Führer der Partei, erklärte, seine Partei werde mit dem ANC zusammenarbeiten, und: „Ich sehe mich als Führer in einer Stellvertreterrolle, denn die Zeit wird kommen, da wir mit anderen Führern zusammenkommen müssen, die auf Robben Island, in Haft, Verbannung oder im Exil sind."[36]) Beispielhaft zeigt auch die Unterschriftensammlung für die Freilassung Nelson Mandelas die sich herausbildende Allianz der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Über 60 000 Unterschriften waren es Ende Juni; der Natal Indian Congress bildete bereits im März ein Unterstützungskomitee; über 3000 meist weiße Studenten applaudierten auf einer Veranstaltung in der Witwatersrand-Universität am 20. März der Forderung, die u. a. von einer der Töchter Nelson Mandelas und anderen prominenten afrikanischen Politikern vorgetragen wurde. „Das wichtige Kennzeichen dieser Bewegung – wie auch anderer Bewegungen, die sich in dieser Periode entwickelt haben", resümierte Alfred Nzo, „ist die Besonderheit, daß sie die Farbschranke überwunden hat."[37])

Schon in den Streikbewegungen der 70er Jahre hatte sich die schwarze Arbeiterklasse Südafrikas als führende Kraft im Kampf gegen das Apartheid regime, gegen Diskriminierung und Überausbeutung erwiesen. Zu Beginn dieses Jahrzehnts nahm die Streikwelle neue, ungekannte Ausmaße an; kaum ein Tag verging, an dem nicht in mindestens einem Betrieb gestreikt wurde. Dabei waren erstmals häufiger auch Betriebe, in denen vorwiegend Frauen arbeiten. Eindeutig ist die Tendenz der Streikkämpfe, die ökonomischen und sozialen Forderungen mit allgemein politischen Losungen zu verbinden. Die Radikalisierung nimmt auch hier zu. Besorgt äußerte der Präsident der Bergwerkskammer, Etheridge, im Mai vor Industriellen und Geschäftsleuten: „Das private Unternehmertum, der Kapitalismus, stehen bei den Schwarzen in Südafrika in niedrigem Ansehen. Sie sind keineswegs bereit, ihn von uns mit offenen Armen anzunehmen. Vielmehr scheinen sie ihn zurückzuweisen, weil er mit den Weißen identifiziert wird und mit einem System, von dem sie annehmen, es unterdrücke sie. In ihrer Vorstellung ist es mit Selbstsucht, Habgier und Ausbeutung verbunden."[38]) Die Arbeitskämpfe und die Forderungen der schwarzen Gewerkschaften richten sich vielfach gegen die Manöver der Regierung, diesen Gewerkschaften durch

36) Nach: „Sechaba", Mai 1979, S. 3.
37) „Die Neue" v. 13. 6. 1980.
38) „Sunday Times" (SA) v. 11. 5. 1980, zit. in: „Weekly News Briefing", Nr. 20, 17. 5. 1980, S. 15.

Registrierung den Anschein zu verleihen, sie seien nun voll akzeptiert, während die Registrierung in Wahrheit einer verstärkten Kontrolle über die an Zahl und Mitgliedschaft in den letzten Jahren stark gewachsenen afrikanischen Gewerkschaften dient. Während einige Gewerkschaften sich der Registrierung unterwarfen, steht die Mehrheit ihr ablehnend gegenüber.

Aus der Vielzahl von Arbeitskämpfen ragt derjenige in der Automobilindustrie bei Port Elizabeth im vergangenen Jahr hervor, der sich gegen General Motors, Ford, Volkswagen sowie einige weitere Firmen richtete und bis in dieses Jahr hineinreichte. Geführt wurde er über einen größeren Zeitraum von einem Komitee, der Port Elizabeth Black Civic Organisation (PEBCO), die unter dem Vorsitz eines Ford-Arbeiters stand. Auf seinem Gründungstreffen am 30. Oktober 1979 erhob das Komitee Forderungen wie: Kampf für gleiche Rechte für alle; Widerstand gegen die diskriminierenden Gesetze und Vorschriften von Regierung und lokalen Behörden; Beteiligung an allen Entscheidungen, die Afrikaner betreffen[39]). Der mit Entlassungen, Drohungen, der Verhaftung des PEBCO-Vorsitzenden Thozamile Botha von der Unternehmerseite geführte Kampf brachte Teilerfolge im innerbetrieblichen Bereich, Erfolge im Kampf für die Wiedereinstellung Entlassener, vermochte aber nicht zu verhindern, daß Botha u. a. im nachhinein unter Bann gestellt wurden. Beispielhaft waren jedoch die Mobilisierbarkeit, Organisation und Flexibiliät der Streikenden und ihres Komitees, mit denen diese Teilerfolge errungen wurden. Die gestellten Forderungen verdeutlichen den politischen Charakter der Streikaktionen. Mit einiger Übertreibung konstatierte ein Beobachter, die Streiks seien, unter Kontrolle des ANC, „Vorzeichen eines Generalstreiks" gewesen[40]).

Die Entwicklung neuer organisatorischer Formen des Kampfes, zunehmende Bündnisbereitschaft verschiedener politischer Kräfte, wachsende Einheit der schwarzen Massen im Kampf für gemeinsame Forderungen, politische Solidarisierungen über Klassengrenzen hinweg (Schüler, Studenten, Arbeiter), der Charakter der aufgestellten Forderungen, die Breite der Widerstandsaktionen – diese Faktoren zusammen lassen den Schluß zu, daß die Massenmobilisierbarkeit und der Einfluß des ANC größer sind denn je seit den 50er Jahren, dem Jahrzehnt der friedlichen Massenkampagnen. Heute ist die Hauptkampfform des ANC der bewaffnete Kampf, getragen vom „Umkhonto we Sizwe". Die Kämpfe und die Mobilisierbarkeit der Massen, die Entwicklung ihrer Organisation und ihres politischen Bewußtseins sind Voraussetzungen für die Aktionen des MK, dessen spektakuläre Aktionen vor allem seit Beginn des Jahres 1979 von den schwarzen Massen begeistert aufgenommen werden. So bekundeten z. B. drei Viertel der Teilnehmer einer Befragung in Soweto Sympathien für die drei bei einem Banküberfall in Silverton am 25. Januar gefallenen ANC-Kämpfer; an den Beerdigungen der drei nahmen über 10 000 Menschen teil. Etwa 1000 Teilnehmer wohnten der

39) „Sechaba", April 1980, S. 11.
40) FAZ v. 18. 7. 1980.

nächtlichen Enthüllung eines Gedenksteins für den 1979 ermordeten ANC-Kämpfer Solomon Mahlangu bei.

Die Intensivierung des bewaffneten Kampfes mit dem Ziel, die völlige Befreiung des Landes herbeizuführen – und das bedeutet nicht etwa eine Lösung, nach der weiße Herrscher lediglich gegen schwarze ausgetauscht würden, das Ausbeutungssystem aber erhalten bliebe –, ist zugleich die Antwort des ANC auf die Befürworter einer Politik des „Dialogs" mit dem Regime. Diese Orientierung beruht auf „der falschen Annahme, daß Dialog mit dem Feind und nicht Konfrontation die Resultate zeitigen werde, welche die Volksmassen als ihre unveräußerlichen Rechte betrachten", äußerte ANC-Präsident Oliver Tambo zu dieser Frage unmißverständlich. Alfred Nzo verdeutlichte die Absage, indem er konstatierte: „Die strategische Vorstellung, die wir entwerfen und auf die wir orientieren, ist eine, die sich auf den Massenkampf gegen das Regime konzentriert. Die Frage von Übereinkünften mit wem auch immer, der sich außerhalb dieses Rahmens stellt, existiert nicht."[41])

Die Voraussetzungen für den Kampf des ANC und der anderen Gruppen der Befreiungsbewegung zu Beginn dieses Jahrzehnts sind günstig. Dennoch drohen der Befreiungsbewegung und den sie unterstützenden Frontstaaten weiterhin Gefahren durch die Politik Südafrikas und seiner Verbündeten, die diesen Widerstand zu liquidieren oder zumindest zu kanalisieren hoffen. Diesen Risiken gilt es auch in den Reihen der Solidaritätsbewegung Rechnung zu tragen und mehr noch als bisher zur Unterstützung des Befreiungskampfes zu tun, dessen historische Dimension hinter derjenigen der Befreiung Vietnams oder des Iran nicht zurücksteht. Es geht um die Organisierung von Hilfe für die Frontstaaten, um diese bei ihrem Versuch zu unterstützen, sich aus den Bindungen an Südafrika und den Imperialismus zu lösen. Es geht um die Forderung nach Verwirklichung eines vollständigen Boykotts Südafrikas gemäß der Charta der Vereinten Nationen und um die Unterstützung von Kampagnen, die zur Realisierung dieser Forderung führen können. Es geht um die Rettung des Lebens von James Mange, eines jungen ANC-Kämpfers, der von den Richtern des Apartheidregimes zum Tode verurteilt wurde. Es geht um die Unterstützung der Forderung nach Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen und um die Durchsetzung des Kriegsgefangenenstatus für Guerillakämpfer der Befreiungsbewegung. Es geht schließlich um konkrete Unterstützung der SWAPO und des ANC[42])!

41) „Sechaba", März 1980, S. 5; und: „Speech . . . A. Nzo", S. 4.

42) Solidaritätsspenden für den Bau einer Schule des ANC bei Morogoro, Tansania, werden erbeten auf das Konto der Anti-Apartheid-Bewegung (PSchA Köln, Nr. 12979–501, Kennwort „Morogoro") oder des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (Sonderkonto E. Wulff, Nr. 527055, PSchA Frankfurt, Kennwort „Morogoro").

# Probleme gewerkschaftlicher Politik in der Endphase der Weimarer Republik

Von Andreas Kaiser

*Vorbemerkung*

Die Lebhaftigkeit und Schärfe der Diskussion um Ziele und Methoden der Geschichtsschreibung der Gewerkschaftsbewegung, die sich in letzter Zeit insbesondere am Werk von Deppe u. a.[1]) entzündet hat[2]), scheint von einer gewissen Beruhigung über diesen Gegenstand abgelöst worden zu sein. Dazu dürfte insbesondere der DGB-Kongreß in München „Aus der Geschichte lernen, die Zukunft gestalten" im Oktober 1979 beigetragen haben, auf dem kontroverse Standpunkte erläutert werden konnten und auf dem die DGB-Führung ihr Interesse an einer methodisch offenen, dem Ziel der Einheitsgewerkschaft verpflichteten Geschichtsschreibung erklärte.

Der Stand der Auseinandersetzungen erlaubt zum gegenwärtigen Zeitpunkt als Zwischenbilanz zwei Feststellungen. Auf methodischer Ebene sind im wesentlichen die Standpunkte verdeutlicht worden, und eine fruchtbare Weiterführung der Methode-Ziel-Diskussion bedarf nun vor allem der Arbeit am historischen Gegenstand selbst. Auch kann heute weder der Nachweis von Versagen und Schwäche einzelner Gewerkschaftsführer noch der einer objektiv bedingten Zwangsläufigkeit gewerkschaftlicher Positionen im Mittelpunkt historischen Interesses stehen; erforderlich ist vielmehr die Analyse des Wechselverhältnisses zwischen gesellschaftlichen Mechanismen, mit denen Gewerkschaftspositionen geschwächt werden, einerseits, und politischen Entscheidungen der Gewerkschaftsführung andererseits.

Unter dieser Zielsetzung sollen im folgenden, ausgehend von einem bislang eher peripher behandelten Gegenstand, dem kollektiven Arbeitsrecht, einige Probleme der Funktionsbestimmung und der politischen Orientierung aufgewiesen werden, die gegen Ende der Weimarer Republik den auslösenden

1) Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürger Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977[1].

2) Vgl. vor allem (nach einem Verstoß der „Frankfurter Rundschau" v. 2.–5. 1. 1979) Gerhard Beier: Über einen Versuch, Geschichte umzufälschen. Leninisten führten die Feder, „ötv-magazin", 3/1979, S. 33 ff. Zum Verlauf der Diskussion und zum neueren Stand vgl., jeweils mit weiteren Nachweisen: Bernhard v. Mutius, Dichtung und Wahrheit in der Gewerkschaftsgeschichte, in: „Blätter" 2/1979, S. 229 ff.; Deppe u. a., Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, in: „Blätter", 4/1979, S. 455 ff., und 5/1979, S. 569 ff.; Deppe u. a., Kritik und Anti-Kritik, in: „Blätter", 1/1980, S. 83 ff.; Jörg Kammler u. a., Kampagne oder Kritik? in: „Das Argument" 117, S. 686 ff.; Paul Oehlke, Lehren aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: „Sozialistische Politik und Wirtschaft", 5. 11. 1979, S. 46 ff.

Anlaß für eine Appeasement-Politik der Führung der sozialdemokratischen Gewerkschaften[3]) bilden[4]).

## *I. Arbeitsrecht und Funktionsverlust*

Zwei Kodifikationen sind es, die in herausragender Weise das kollektive Arbeitsrecht der Weimarer Zeit bestimmen: Das Betriebsrätegesetz und das Schlichtungsrecht. Das Betriebsrätegesetz von 1920 beauftragt den Betriebsrat mit der Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten, zugleich aber auch mit der „Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke" (§ 1); der Betriebsrat hat „den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren" und das Einvernehmen zwischen den Beschäftigten und dem Unternehmer zu fördern (§ 66). Die Betriebsräte als der „verlängerte Arm der Gewerkschaften" sind zwar, in unterschiedlichem Maß entsprechend ihrer tatsächlichen Stärke im Betrieb, teilweise in der Lage, Belegschaftsinteressen wahrzunehmen; sie werden zugleich aber auch immer wieder, nicht selten durch Gerichtsurteile gezwungen, auf ihre Aufgabe der Interessenwahrnehmung des Betriebs ( und das heißt: des Eigentümers) verpflichtet. Daraus resultiert eine erhebliche Schwäche der Betriebsräte und mittelbar der Gewerkschaften, denen die Verankerung in den Betrieben erschwert wird.

1. Das Schlichtungsrecht gewinnt seine besondere Bedeutung durch die Einführung der Verbindlicherklärung des Schiedspruches im Jahr 1923[5]). Unter dem Druck von Inflation und drohenden Streikwellen ermöglicht das Ermächtigungsgesetz dieses Jahres eine Schlichtungsverordnung[6]), die die rechtliche Grundlage für die jetzt einsetzende Schwächung der Gewerkschaften darstellt. Die vom Staat bestellten Schlichter werden nunmehr von Amts wegen tätig und können ihren Schiedsspruch auch gegen den Willen der Tarifvertragsparteien fällen. Der Schiedsspruch soll unter „gerechter Abwägung der Interessen beider Teile" der „Billigkeit" entsprechen und „aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich" sein (§ 6 Schlichtungsverordnung).

3) Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammengeschlossenen Gewerkschaften waren sozialdemokratisch orientiert, ihre führenden Funktionäre waren regelmäßig Mitglied der SPD und häufig deren Reichstagsabgeordente. Statt der verbreiteten (Selbst-)Bezeichnung „Freie Gewerkschaften" werden sie daher hier als „sozialdemokratische Gewerkschaften" bezeichnet. Diese Gewerkschaften und der ADGB sind gemeint, wenn im Text vereinfachend von „Gewerkschaften" gesprochen wird.

4) Der Anspruch an eine derartige Darlegung kann aus Raumgründen nur ein eingeschränkter sein; weder kann die gesamte Arbeiterbewegung noch auch nur die gesamte Gewerkschaftsbewegung in ihren verschiedenen Flügeln und in ihren Gegensätzlichkeiten und Übereinstimmungen erfaßt werden. Nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften als die damals größte Arbeiterorganisation der westlichen Welt werden in einigen ausgewählten Aspekten der auf sie einwirkenden und von ihnen ausgehenden Faktoren untersucht.

5) Das Schlichtungsrecht selbst ist älter (Tarifvertragsverordnung von 1918), es gab aber zuvor nicht die Möglichkeit der Verbindlicherklärung.

6) Verordnung (VO) über das Schlichtungswesen v. 30. 10. 1923, RGBl I, S. 1043.

Seit 1931[7]) werden zum einen zusätzlich zum Schlichter noch „unparteiische Beisitzer" berufen, die als „Sachverständige" mit dem Schlichter und gegen die Tarifvertragsparteien den Schiedsspruch fällen. Zum anderen wird es nun dem Staat möglich, in bestimmten Fällen unmittelbar in den Tarifvertrag einzugreifen; die durch den Schiedsspruch vorgesehene Laufzeit des Tarifvertrages kann ohne Mitwirkung der Tarifvertragsparteien und der Schlichter geändert werden. Diese Neuregelungen im kollektiven Arbeitsrecht haben folgende Wirkung: die Vergrößerung der Schlichterbank verstärkt das Gewicht Außenstehender, am Tarifkonflikt nicht Beteiligter und doch auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten Einwirkender; im gleichen Maß wird die Gestaltungsfähigkeit verringert und die Funktion der Gewerkschaften geschwächt. Die zunächst nur mittelbare, über die Auswahl der Schlichter erfolgende Mitwirkungsmöglichkeit des Staates wird nunmehr ergänzt durch den unmittelbaren staatlichen Eingriff in den Tarifvertrag. Kann der Staat jetzt direkte Anordnungen im Tarifvertragsverhältnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaften treffen, so wird damit das Einfallstor in den Funktionsbereich der Gewerkschaften noch ein gut Teil weiter geöffnet.

Die gewerkschaftliche Haltung zum Schlichtungsrecht entwickelt sich von anfänglich fast uneingeschränkter Ablehnung über fast uneingeschränkte Zustimmung Mitte der 20er Jahr zu einer zögernden, ambivalenten Position Anfang der 30er Jahre[8]). Das Problem der Fesselung der Gewerkschaften mit Hilfe dieses Rechts wurde zunächst deutlich gesehen. Die Ablehnung wich der Zustimmung, als sich die Auffassung durchzusetzen begann, daß das Schlichtungsrecht auch eine Schutzfunktion für Gewerkschaften haben könne. Schwache Einzelgewerkschaften in Bereichen mit ungenügendem Organisationsgrad und entsprechender Stärke des Unternehmerlagers würden durch die Schlichtung Schutz erfahren. In Krisenzeiten könnten auch starke Gewerkschaften einen relativen Schutz benötigen. Ein maximales Lohndrücken durch die Unternehmer würde durch den Schiedsspruch verhindert, weil dieser einen Mittelweg zwischen den Ansprüchen der Lohnabhängigen und der Stärke der Kapitalseite suchen würde[9]).

---

7) VO v. 4. 1. 1931, RGBl I, S. 1; VO v. 30. 9. 1931, RGBl I, S. 521.

8) Hierzu näher Ursula Hüllbüsch, Koalitionsfreiheit und Zwangstarif, in: Soziale Bewegung und politsche Verfassung, Stuttgart 1976, S. 599 ff.

9) Diese Hoffnung wurde genährt durch Erklärungen des Staates, er vertrete „die Berechtigung des Wunsches der Arbeitnehmer auf einen Anteil an Konjunkturaufschwung und an den Erfolgen der Rationalisierung". Freilich wurde gleichzeitig, wie der damalige Mitarbeiter im Reichsarbeitsministerium und im Sächsischen Arbeits- und Sozialministerium Ludwig Preller später erklärte, „das Instrument der Verbindlicherklärung vom Reichsarbeitsminister bewußt eingesetzt" gegen die Gewerkschaften, nämlich „gegen einen einseitigen Machtgebrauch", so daß konsequenterweise die Löhne sogar in den konjunkturell günstigen Jahren 1927 und 1928 „nicht die Höhe erreichten, die vielleicht bei ungehemmtem Kampfaustrag erreicht worden wäre". Die Schlichtung sollte also verhindern, daß Löhne bei für die Gewerkschaften günstigen Arbeitskampfbedingungen entsprechen stiegen; sie konnte später nicht verhindern, daß diese relativ zu niedrigen Löhne auch noch gesenkt wurden (vgl. Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, S. 361).

Dieser Auffassung liegt die für die sozialdemokratischen Gewerkschaften charakteristische Annahme zugrunde, der Staat stehe über den Interessen der Tarifvertragsparteien. Er sei eine neutrale, von den gegensätzlichen sozialen Interessen unabhängige Instanz, ein„Repräsentant der Volksgesamtheit". Das vom Staat geleitete Schlichtungsverfahren diene dem „sozialen Frieden" und mit der Verbindlicherklärung eines Schiedsspruchs übernähme der Staat eine ausgesprochen „lohnpolitische" und „staatspolitische" Funktion. Das Schlichtungswesen bilde eine „Synthese" zwischen dem „individuellen Machtstreben" des Kapitals und dem „kollektiven Machtstreben" der Arbeiterbewegung und schaffe somit zwischen den „gegensätzlichen Interessen der beiden Klassen einen Ausgleich"[10]).

Diese Grundhaltung wird auch dann nicht aufgegeben, als seit Beginn der 30er Jahre mit Hilfe der Schlichtungsverfahren ein Reallohnabbau einsetzt. Wird dieser auch heftig kritisiert, so wird doch das Schlichtungsrecht selbst nicht in Frage gestellt, sondern nur seine „Nutzung"[11]). So sehr stehen die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Bann ihrer Schlichtungstheorie und ihrer Ausrichtung auf „den" Staat, daß sie diesen Teil des kollektiven Arbeitsrechts nicht als prinzipielle, potentiell stets gegebene Gefährdung gewerkschaftlicher Tätigkeit sehen können.

Neben die unmittelbar erfahrbaren Folgen der Schlichtung (wie die Lohnkürzungen) trat die in ihrer vollen Tragweite nicht erkannte Tatsache, daß das Eindringen der staatlichen „Schlichtungsbeamten" in die Tarifverhandlungen einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Zügelung der Gewerkschaften bedeutete. Wenn, wie es gegen Ende der Weimarer Republik der Fall war, tarifpolitische Entscheidungen Gegenstand der Beratungen im Reichskabinett werden und die Tarifpolitik des Staates die der Gewerkschaften ablöst[12]), dann muß die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften geringer werden und ihr Ansehen als entschiedener und potentiell erfolgreicher Kämpfer für die Löhne verlorengehen.

Den durch das Betriebsrätegesetz äußerst beschränkten Kampfmöglichkeiten im Betrieb entsprach am Ende der Weimarer Republik nun die Reduzierung der Möglichkeiten zum Abschluß eines Tarifvertrages (als der Basis der Existenzsicherung der Arbeiterschaft) auf die beschworenen Prinzipien

10) Diese Schlichtungstheorie liegt der Mehrzahl der arbeitsrechtlichen Publikationen und der Stellungnahmen in der Gewerkschaftspresse zugrunde. Komprimiert zu Thesenform findet sie sich in einem Aufsatz des Juristen und ADGB-Sekretärs Clemens Nörpel, Die Arbeiterklasse im kollektiven Arbeitsrecht, in: „Die Arbeit", 1930, S. 65 ff., hier S. 68.

11) Vgl. etwa Jahrbuch des ADGB, 1931, S. 147.

12) Hans Mommsen, Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930–1944, in: Heinz Oskar Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 288. – „Es ist nicht zuviel gesagt, daß heute irgendwelche Tarifverhandlungen kaum noch durch die Lage der Kampfsituation, sondern daß durchweg alle Tarifabschlüsse durch die Praxis der Schlichtungsbehörden bestimmt werden", Otto Kahn-Freund, Der Funktionswandel des Arbeitsrechts, in: Thilo Ramm (Hrsg.), Arbeitsrecht und Politik, Neuwied und Berlin (West) 1966, S. 226. Für den Gesamtzusammenhang noch heute aufschlußreich; Kahn-Freund, Das soziale Ideal des Reichsarbeitsgerichts (1931), a.a.O., S. 165 ff.

sowohl einer gerechten Abwägung der Interessen beider Beteiligter als auch der Billigkeit. Hierbei ist nicht nur von Interesse, daß der frei ausgehandelte Tarifvertrag nun jederzeit ersetzt werden kann durch staatliche oder prästaatliche Regelung. Ebenfalls von Bedeutung ist die Begriffswahl, die in dem Appell an „Gerechtigkeit", „Interessenabwägung" und „Billigkeit" die gesamte gewerkschaftliche Tätigkeit festschreibt auf die volle Beachtung der Interessen der Kapitaleigner und damit die Unterstützung der bestehenden Gesellschaftsordnung.

2. Die Zähmung der Gewerkschaften mit Hilfe des Schlichtungssystems als der mittelbaren Lohnregulierung bildet die erste Stufe der Unterhöhlung gewerkschaftlicher Macht. Auf der zweiten Stufe beginnt die Nutzung des kollektiven Arbeitsrechts durch den Staat außerhalb der Schlichtung. Ziel staatlichen Vorgehens wird nunmehr die Geltungsdauer von Tarifverträgen. Die vertraglich festgelegte Laufzeit und die Kündigungsfrist werden durch Eingriff des Staates hinfällig: für 1931 wird die Kündbarkeit aller Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, für 1932 wird der Ablauf sämtlicher Tarifverträge angeordnet[13]).

3. Die Rechtsnormen, durch die der Arbeitskampf reglementiert wird, tragen ein Doppelgesicht. Das kollektive Arbeitsrecht macht den Arbeitskampf berechenbar. Die Regelung umfaßt auch die Erzwingung: die Einhaltung des Verhaltenskodex und die Erfüllung der geschlossenen Verträge durch Kapital- und Gewerkschaftsseite werden durch Bedrohung jedes Verstoßes mit zivilrechtlichen Sanktionen um den Preis des ökonomischen Überlebens erzwungen. Die einschneidendste Folge einer Nichterfüllung des Vertrags ist die Zubilligung eines Schadenersatzanspruches. Entsprechend den von Rechtslehre und Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen ist derjenige Schaden zu ersetzen, der z. B. durch Verletzung der Friedens- und der Durchführungspflicht entsteht. Für die Gewerkschaften ist damit einerseits die relative Sicherheit gegeben, daß die Unternehmer sich an die erkämpften Zugeständnisse halten; anderseits sind sie im Rahmen der Friedens- und Durchführungspflicht zur Bewegungs- und Kampfunfähigkeit verurteilt sowie darüber hinaus zu positiven Maßnahmen mit dem Ziel der Vertragserfüllung verpflichtet. Zur vollen Durchführung der Vertragsbestandteile und zur entsprechenden Einwirkung auf ihre Mitglieder gezwungen, haften die Gewerkschaften bei einer Verletzung dieser Pflichten mit ihrem gesamten Vermögen.

Das kollektive Arbeitsrecht wird dann zum Köder in der Falle, wenn die Doppelgesichtigkeit genutzt wird, außer- und antigewerkschaftliche Ziele mit staatlicher Hilfe durchzusetzen. Die letzte Zeit der Weimarer Republik zeigt modellartig, wozu in letzter Konsequenz das Arbeitsrecht in der bürgerlichen Gesellschaft genutzt werden kann: zur Entmachtung der Gewerkschaften mit Hilfe des von ihnen selbst geforderten, durchgesetzten und als entscheidende Errungenschaft immer wieder gerühmten Arbeitsrechts. Die-

13) VO v. 1. 12. 1930, RGBl. I, S. 517 (hier: S. 523); VO v. 8. 12. 1931, RGBl I, S. 699 (hier: S. 726).

ses „Prunkstück der Republik"[14]) wird mit Hilfe der Methode der Fiktion zum Hebel der Durchsetzung von Interessen, die Lohnsenkungen mit der Inpflichtnahme der Gewerkschaften verbinden.

Der Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist ein einfacher: durch Verordnung wird festgelegt, daß Lohnkürzungen „als vereinbart" und „dem Tarifvertrag entsprechend" gelten und daß (einseitige) Anordnungen des Schlichters in die Tarifverträge „als deren Bestimmungen" eingehen[15]). Obwohl solche Vereinbarungen nicht getroffen, entsprechende Tarifverträge nicht abgeschlossen worden sind, setzen die Haftungsmechanismen ein. Kampfmaßnahmen gelten als Verletzung des Tarifvertrages (was in einer Verordnung ausdrücklich festgehalten wird[16])). So werden Gewerkschaften zum Exekutor von Lohnsenkungen.

4. Die Lohnsenkungen als das ökonomische Ziel, dem die Eingriffe in die Tarifverträge gelten, erfassen zunächst den öffentlichen Dienst[17]), werden aber bald auf sämtliche Beschäftigte ausgedehnt[18]). Darüber hinaus ist das politische Ziel zu erkennen, die Tarifautonomie als den zentralen Aufgabenbereich der Gewerkschaften abzuschaffen. Erkennbar wird diese Tatsache an dem Bestreben des Staates, Lohnsenkungen gleich durch den Unternehmer durchführen zu lassen: Löhne können nun entsprechend der Zahl der neu eingestellten Arbeitskräfte gesenkt werden[19]). Die entsprechende Verordnung der Regierung Papen galt immerhin ein Vierteljahr lang und wurde erst Ende 1932 durch die Regierung Schleicher aufgehoben[20]), die damit die Gewerkschaften gewinnen wollte. Dieser Vorstoß einer rechtsgerichteten Regierung in den letzten Tagen der Demokratie verdeutlichte, in wie starkem Maß die rechtliche Position der Gewerkschaften schon eingeschränkt werden konnte.

Im Bereich und mit Hilfe des kollektiven Arbeitsrechts erfolgt eine gewerkschaftliche Schwächung in mehreren Stufen, die sich zwar teilweise zeitlich überlappen, die aber in ihrer Schwere eine systematische Abfolge erkennen lassen. Für diese Stufen ist charakterisch, daß auf ihnen das kollektive Arbeitsrecht nicht aufgehoben wird. Es wird zwar gegen die Gewerkschaften gewendet, und es widerspricht in der Ausformung, die es nun erhält, dem verfassungsrechtlichen Schutz des Tarifvertrages. Jedoch bleibt die Rechtsform als solche bestehen. Hierin mögen manchen Hoffnungen und Illusionen begründet sein, die die Gewerkschaftten bis zur Machtübertragung an den Faschismus hegten.

---

14) So der sozialdemokratische Arbeitsrechtler Ernst Fraenkel, Die politische Bedeutung des Arbeitsrechts, in: „Die Gesellschaft", 1932, S. 36 ff., wiederabgedruckt in Thilo Ramm (Hrsg.), a.a.O., S. 247 ff. (hier: S. 254).
15) VO v. 5. 6. 1931, RGBl I, S. 279, 2. Teil, Kapitel, I, § 6 (S. 283); VO v. 8. 12. 1931, RGBl I, S. 699, 6. Teil, Kapitel I, § 2 Abs. 1 (S. 726). Es galten mit Wirkung v. 1. 1. 1932 die Sätze v. 10. 1. 1927 als vereinbart.
16) § 1 der VO v. 3. 10. 1932, RGBl I, S. 493.
17) VO v. 1. 12. 1930, RGBl I, S. 517 (hier: S. 522 f.); VO v. 5. 6. 1931, RGBl I, S. 279 (hier: S. 282 f).
18) VO v. 8. 12. 1931, RGBl I, S. 699 (hier: S. 738 f).
19) VO v. 5. 9. 1932, RGBl I, S. 433.
20) VO v. 14. 12. 1932, RGBl I, S. 545.

Die Funktionsbeschränkung erfolgt am stärksten in einer Zeit, die zunehmend durch Rationalisierung, Nichtauslastung von Produktionskapazitäten und Überproduktion gekennzeichnet ist. Indikator der Krise ist insbesondere die Arbeitslosigkeit. Diese liegt während der ganzen Weimarer Republik beträchtlich über der der Vorkriegszeit. Setzt man eine Arbeitslosenrate von 5 % der Beschäftigten als Grenze zu Krise und Massenarbeitslosigkeit, so beginnt bereits mit dem November 1927 und der seitdem ununterbrochen herrschenden Massenarbeitslosigkeit sowie der zunehmenden Kurzarbeit die Krise.

Die Funktionsbeschränkung verläuft – wie gezeigt – keineswegs schlicht parallel zur ökonomischen Krise. Schon früher einsetzend und geradezu ein Entstehungsmerkmal der kapitalistisch konstituierten Weimarer Repblik, wird sie bis zum Ende dieser Demokratie in mehreren Stufen durchgeführt: Der Stufe einer Funktionsbeschränkung mit Hilfe des Schlichtungssystems folgen in weiteren Stufen der Zugriff auf den Tarifvertrag selbst, und zwar auf Laufzeit und Kündigungsfristen, die Fiktion eines Tarifvertragsabschlusses und endlich die Freigabe der Lohnhöhe.

Die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit ist also in entscheidendem Maß an das kollektive Arbeitsrecht gebunden. Dieses wiederum stellt weitgehend ein Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen der Unternehmer- und der Gewerkschaftsseite und damit des gegenseitigen Kräfteverhältnisses dar. In relativer Unabhängigkeit von diesen beiden Polen fließen daneben auch staatliche Ansprüche und Interessen politischer Parteien und von Verbänden in dieses Recht ein.

### *II. Funktionsverlust und Orientierungsschwäche*

Der Funktionsverlust der Gewerkschaften ist Ursache und zugleich Folge der Orientierung der gewerkschaftlichen Politik. Diese Politik äußert sich im Rückzug und in der Verteidigung von Positionen unter Verzicht auf aktive, kämpferische Durchsetzung von Interessen. Die Gewerkschaften sehen sich nach dem bekannten Wort des Gewerkschaftsführers und SPD-Reichstagsabgeordneten Fritz Tarnow ähnlich ihrer Partei, der SPD, als Arzt am Krankenlager des Kapitalismus und zugleich als dessen fröhlicher Erbe und damit in einer Doppelrolle, die es ihnen zunehmend schwerer macht, den sich zuspitzenden politischen und sozialökonomischen Problemen der Zeit gerecht zu werden.

Die Entwicklung dieser Politik vollzieht sich in Stufen, die sich zeitlich überschneiden, inhaltlich aber aufeinander aufbauen: Orientierung auf Tolerierung (1), Orientierung auf Rückzug (2), Orientierung auf Verteidigung (3) sowie Orientierung auf Wahlen und Justiz (4).

1. Die tatsächlichen Probleme der ADGB-Politik werden deutlich an der Frage der Tolerierungspolitik und der Interessenkollision. Die nach der Ablösung der sozialdemokratischen Regierung Müller 1930 durch die Zentrumsregierung Brüning aufkommende Kritik am Schlichtungswesen und

den Sozialabbaumaßnahmen ist zwar relativ scharf[21]). Nur steht diesem publizistischem Widerstand die Tatsache gegenüber, daß die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten sich innerhalb des engen Rahmens der Tolerierungspolitik bewegen. Besteht auch im Grundsatz zwischen ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) und SPD Einverständnis, die (antisozialdemokratische und gewerkschaftsfeindliche) Regierung Brüning zu tolerieren, so zeigen sich im Maß der Tolerierung doch Unterschiede, und hier liegt auch der Keim zur Auseinanderentwicklung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, die 1933 offen in Erscheinung tritt. Zunächst einmal besteht aber Einigkeit, sich zu konzentrieren auf die Gesundung der kapitalistischen Wirtschaft. Die ADGB-Führung stellt zunehmend traditionelle Gewerkschaftsaufgaben zurück mit der Begründung: Wenn Brüning gehen müsse, dann komme die Rechte an die Macht, und das bedeute das Ende der Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Politik und die Agitationsarbeit zielt daher ganz überwiegend auf die Erhaltung des Staatsgefüges der Weimarer Republik und kaum auf die Durchsetzung der Lohninteressen[22]). Der ADGB entscheidet sich trotz der Lohnabbauoffensive der Unternehmer und des Staates für die Tolerierungspolitik.

Die Gewerkschaften glauben sich vor das Problem einer Interessenkollision gestellt. Sie sehen die Notwendigkeit der Verteidigung des Staates gegen den Faschismus; die Tolerierung der staatlichen Politik bedeutet aber den Verzicht auf die Sicherung der Existenzbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Sie übersehen, daß diese Ausrichtung die Gewerkschaftsbewegung im Kern selbst schwächt. Am deutlichsten erkennbar wird dies in der Tolerierung selbst der praktischen Ausschaltung der Gewerkschaften aus den Tarifverhandlungen. Der Verzicht auf die notwendige Parallelität von politischem und ökonomischem Kampf rührt an die Wurzel der Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften und untergräbt damit einen tragenden Pfeiler der Weimarer Republik. So bewirkt gewerkschaftliche Politik das was sie verhindern will.

2. Zu den Merkmalen der Gewerkschaftspolitik gehört die gegen Ende der 20er Jahre immer stärker nachlassende Ausrichtung auf die Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder durch Streiks. Es erfolgt ein Rückgang der Arbeitskämpfe. Werden 1925 noch 23 % der Jahreseinnahmen für Arbeitskämpfe ausgegeben, so 1931 nur noch 5 %. Die Zahl der an Streiks Beteiligten sinkt rapide und kontinuierlich: von 632 000 (1927) auf 156 000 (1931). An der Funktion der Ausgaben wird zugleich deutlich, daß parallel zum Rück-

21) So weist etwa die Gewerkschaftspresse darauf hin, daß die Brüningschen und später die Papenschen Schlichtungsvorschriften verfassungswidrig seien, die Gewerkschaften nicht an die Friedenspflicht entsprechend der Tarifverträge gebunden seien und volle Kampfbereitschaft besäßen („Gewerkschafts-Zeitung", 1932, S. 609 ff., 625 ff., 644 ff.; „Die Arbeit", 1932, 763 ff.).

22) Die „Gewerkschafts-Zeitung" begründete 1931 die Notwendigkeit dieser Linie mit der „Abwehr gegen das Umschlagen in die offene Diktatur" und mit dem „Schutz des Parlamentarismus". Im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Tätigkeit könnten nun nicht mehr „Einzelforderungen der Arbeiterschaft", sondern müsse der „Gesamtbestand des staatlichen Lebens", die „Erhaltung der Demokratie" stehen („Gewerkschafts-Zeitung", 1931, S. 3).

gang der Arbeitskämpfe und der hierfür bereitgestellten Gelder die Gewerkschaften in ihrer Ausgabengestaltung abnehmend eine Kampf- und zunehmend eine Unterstützungsinstitution für Notfälle aller Art werden. Den knapp 5 % für Arbeitskämpfe stehen schließlich rund 50 % an Ausgaben für Unterstützungen gegenüber[23]).

3. Gleichzeitig mit dem Rückgang der Streiks änderte sich der Charakter der Auseinandersetzungen um die Lohn- und Manteltarife. In bislang unbekanntem Ausmaß nahm die Zahl derjenigen Aussperungen zu, mit denen die Unternehmer die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erzwingen wollten[24]). Die gewerkschaftliche Statistik dieser Zeit unterscheidet zwischen „Angriffsbewegungen" als Auseinandersetzungen, die aus gewerkschaftlichen Forderungen, und „Abwehrbewegungen", die aus der Offensive der Unternehmer entstanden waren. Sie verzeichnet ein außerordentlich starkes Ansteigen der Abwehrbewegungen und gleichzeitig eine ebensolche Verminderung der Angriffsbewegungen. Diese Entwicklung vollzieht sich zwischen 1929 und 1931 geradezu sprunghaft, so daß sich das Verhältnis von Angriffs- und Abwehrbewegungen von 1927–1931 fast genau umgekehrt hatte: 1927 bezogen sich die Angriffsbewegungen auf 14,6 Mio., 1931 die Abwehrbewegungen auf 14,2 Mio. Lohnabhängige[25]). Damit wird deutlich, in wie starkem Maß diese Arbeitskämpfe Kämpfe von oben waren.

Eine vergleichbare Umkehrung erfuhr die Zielsetzung der Angriffs- und Abwehrbewegungen. Wurden noch im Jahre 1928 80 % der gewerkschaftlichen Angriffsbewegungen um die Löhne geführt, so im Jahr 1931 nur noch 2 %[26]).

So zeigt sich am schnellen Rückgang der Arbeitskämpfe, an der Durchführung fast nur noch von Defensivmaßnahmen und an dem Verzicht auf Verbesserungen in dem entscheidenden Bereich der Löhne ein weiteres Merkmal gewerkschaftlicher Politik zu Beginn der 30er Jahre. Hier wird man eines der Momente zu suchen haben, die die Orientierungsschwäche der Gewerkschaften jedermann offenkundig werden ließen und die zu einem Vertrauensverlust der Gewerkschaften beitrugen.

4. Mit der Ende 1931 erfolgten Gründung der Eisernen Front, dem Zusammenschluß sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Organisationen, scheinen die Gewerkschaften ein Zeichen für ihre Entschlossenheit zur Abwehr des Faschismus gesetzt zu haben. Ob allerdings die Eiserne Front tatsächlich im Konfliktfall je eingesetzt werden sollte, ist heute fraglich. Es fällt auf, daß realistische Einsatzpläne fehlen, wie ja auch in der folgenden Zeit diese „Front" regungslos verharrte, was immer auch geschah. Im Ergeb-

23) Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1931, S. 171, 188.
24) Zu fast 100 % waren die Aussperrungen des Jahres 1931 derartige aggressive Aussperrungen (Jahrbuch 1931, S. 172).
25) Jahrbuch, 1931, S. 171.
26) Jahrbuch, 1931, S. 181.

nis erweist sich die mit der (unbewaffneten und für Kämpfe nicht ausgebildeten) Eisernen Front verknüpfte Politik als Halbheit[27]).

Stärker als auf die antifaschistische Organisierung ihrer Mitglieder vertrauten die Gewerkschaften jedenfalls, der Tradition seit 1918 entsprechend, auf die demokratischen Institutionen und auf die Wahlen. So stützten sie sich in einer Mischung von Vertrauen und selbstbewirkter Alternativlosigkeit auf Reichspräsident Hindenburg und riefen, zusammen mit SPD und Zentrum, 1932 zur Wiederwahl dieses Gewerkschaftsgegners auf – mit Erfolg. Und obwohl der „Preußenschlag", der Staatsstreich von oben gegen Preußen am 20. Juli 1932, wohlberechnet auf die Erschütterung der sozialdemokratischen Wählerbasis und auf die Stärkung der Rechten zielte, bauten ADGB- und SPD-Führung auf die elf Tage später stattfindenden Reichstagswahlen; die Gewerkschaften setzten im Wahlkampf ihre ganze Kraft für die SPD ein. Jedoch zahlte sich diese Stillhalte- und Wahlhoffnungspolitik nicht aus, weil große Teile der Bevölkerung die Fähigkeit der Sozialdemokratie zur politischen Gestaltung der Gegenwart schwinden sahen. Aktivität wurde kaum noch gefordert, alternative politische Lösungen wurden nicht mehr vorgeschlagen. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Gewerkschaften wirkten in dieser entscheidenden Zeit pathetisch in ihren Aufrufen, aber hilflos, beharrend, defensiv in ihrer Praxis.

Mit dem Appell an die „vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten", nicht zum „Terror der Straße" zu greifen, war tatsächlich die völlige Untätigkeit verbunden; das Vertrauen auf den ebenfalls angerufenen Staatsgerichtshof hatte nur zur Lähmung beigetragen, um schließlich doch enttäuscht zu werden[28]).

### *III. Appeasement*

Stehen der gewerkschaftliche Funktionsverlust auf der einen und die gewerkschaftliche Orientierungsschwäche auf der anderen Seite in einem wechselseitigen Verhältnis von Ursache und Folge, so sind diese beiden Faktoren gleichermaßen bestimmend für die politischen Haltung des ADGB seit den letzten Monaten des Jahres 1932. Eine gewerkschaftliche Funktion im Sinne des Schutzes der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder erfolgt nicht mehr. Auch die Suche nach Orientierungslinien in der Abwehr der Rechten ist gescheitert: Tolerierung, Rückzug und Verteidigung als

27) Wilhelm Hoegener, der spätere bayerische Ministerpräsident und damalige SPD-Reichstagsabgeordnete, schilderte diese Tatsache noch vor kurzem plastisch: „Die Eiserne Front marschierte bei politischen Kundgebungen in wuchtiger Stärke auf. . . . An dem Anblick ihrer Massen begeisterten sich die Redner, riefen das deutsche Volk gegen faschistische Gewaltsreiche zum äußersten Widerstand auf und sprachen die Verse gegen Tyrannenmacht aus Schillers ›Wilhelm Tell‹. Den ehrlichen Politiker aber, der die wahre Sachlage ahnte, beschlich oft das unbestimmte Gefühl, als ob dieses geräuschvolle Theaterdonner, Spiegelfechterei und Selbsttäuschung sei. Darüber, daß die Republik äußerstenfalls nicht mit den bloßen Fäusten verteidigt werden konnte, war sich jeder Einsichtige klar" (Flucht von Hitler, München 1977, S. 30).

28) Der Staatsgerichtshof legitimierte ein Vierteljahr vor der Kanzlerschaft Hitlers im wesentlichen das Vorgehen der Reichsregierung und bezeichnete die Bestellung des Reichskanzlers für Preußen und die Übertragung der preußischen Landesangelegenheiten an Kommissare als verfassungsmäßig. Der Staatsgerichtshof betrachtete die Frage, ob den Anordnungen der Reichsregierung „Verhandlungen und Vereinbarungen mit dem Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vorausgegangen" waren, als entscheidungserheblich (Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, Bd. 138, Anhang, S. 37 f.).

politische Positionen, das Vertrauen auf Wahlen und Verfassungsgericht haben sich nicht als gangbare Wege erwiesen. So erscheint die gewerkschaftliche Situation schon in dieser Zeit als fast aussichtslos.

Ein Kennzeichen für die zu diesem Punkt führende Entwicklung ist der Vertrauensverlust unter den Mitgliedern. Er wird erkennbar an dem rapiden Mitgliederschwund, der sich zwischen 1929 und 1931 auf 800 000 beläuft. Von Ende 1931 bis Ende 1932, also im Laufe eines einzigen Jahres, sinkt dann die Mitgliederzahl erneut sehr stark, und zwar um 600 000. Im Lauf der letzten drei Jahre vor dem Januar 1933 verloren die Gewerkschaften also 1,4 Mio. Mitglieder.

Andererseits ist es angesichts der äußeren und inneren Probleme der Gewerkschaften bezeichnend, daß die Mitgliederzahl in diesen Jahren insgesamt relativ hoch bleibt: Sie beträgt Ende 1932 immer noch 3,5 Mio. Dies kann als Zeichen dafür gesehen werden, daß ein großer Teil der Lohnabhängigen in den Gewerkschaften noch immer eine wichtige Organisation sah, die man auch (und gerade) in der Krise nicht im Stich lassen durfte.

Sowohl die Tatsache des Mitgliederschwundes als auch die der Mitgliedertreue sind bei der Entscheidung der ADGB-Führung für eine Politik des Appeasement seit der Jahreswende 1932/33 von Bedeutung. Appeasement als Politik der Beruhigung und Befriedung des aggressiven Gegners zielt hier auf die Garantie der eigenen Existenz um den Preis der Änderung der Funktion der Gesellschaftsordnung. Das Mittel des gewerkschaftlichen Appeasement ist die Anpassung. Die Phase der Anpassung läßt sich wiederum in Stufen gliedern, die sich durch den Grad der Bewahrung gewerkschaftlicher Zielsetzungen voneinander unterscheiden: Anpassung durch Paktieren (1), Anpassung durch Stillhalten (2), Anpassung durch Unterordnung (3).

1. Das Verhalten des ADGB unmittelbar vor und nach der Machtübertragung an den Faschismus läßt sich in der ersten Stufe als der Weg vom Taktieren zum Paktieren charakterisieren. Die Gewerkschaftsführung sieht sich in ihrem Taktieren bestätigt, als im Dezember 1932 die offene Reaktion unter Papen abgelöst wird durch den vorgeblich „sozialen General" Schleicher (der noch ein halbes Jahr zuvor den Staatsstreich gegen Preußen mit vorbereitet hatte). War zum Schluß unter Papen der Lohnabbau auf einen Höhepunkt gelang, so hebt Schleicher als Vorleistung auf ein Übereinkommen mit den Gewerkschaften die letzten Lohnkürzungsvorschriften wieder auf[29]). Schleicher und der ADGB stehen dabei in unmittelbarem Kontakt[30]).

29) VO v. 14. 12. 1932, RGBl. I, S. 545; Gesetz v. 17. 12. 1932, RGBl I, S. 547.

30) „Die Gewerkschaften haben bei der Bildung der Regierung Schleicher stärker im Vordergurnd gestanden als bei jeder anderen Regierungsbildung", denn „in ganz Deutschland sprach man damals von einer bevorstehenden oder möglichen Regierung Schleicher-Leipart-Stegerwald" (dem Vorsitzenden der Christlichen Gewerkschaften), wie der frühere Gewerkschaftsfunktionär Franz-Josef Furtwängler betont (ÖTV-Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart, 1955, S. 571 f.). Furtwängler ist auch der Auffassung, da: der Gedanke eines, wie er es vorsichtig ausdrückt, „militärisch gestützten" und „von den Gewerkschaften tolerierten" Regimes nicht abwegig gewesen sei (a. a. O., S. 572). Dies wohl auch, weil der ADGB davon ausging, Schleicher versuche „einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen", wie z. B. Leipart in seiner Neujahrsbotschaft v. 30. 12. 1932 erklärte („Gewerkschafts-Zeitung", 1972, Nr. 53, S. 833).

Schleicher hat vor, eine „Querfront" aus dem „linken Flügel" der Nazi-Partei (Strasser-Linie) und den Gewerkschaften zu bilden, auf dieser Basis zu regieren und den Reichstag für unbestimmte Zeit aufzulösen. Er sieht diejenigen Kräfte in Industrie, Militär und Verwaltung hinter sich, die die Linkskräfte im Reichstag ausschalten, die Masse der Gewerkschaftsmitglieder einbinden, die Nazi-Partei spalten und so die Ernennung des bei einem Großteil des Volkes unglaubwürdigen Hitler unnötig machen wollten.

Zu diesem Zweck war ein Übereinkommen mit den Gewerkschaften erforderlich. Es kam zu ersten Verhandlungen zwischen dem ADGB-Vorsitzenden Leipart und Schleicher. Die Gewerkschaftsführung, die mit einem solchen Pakt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Verhinderung einer Kanzlerschaft Hitler erstrebte, setzte freilich ihre politischen und sozialen Hoffungen auf den falschen Partner. Der Pakt, der ohnehin die Gewerkschaftsbewegung gelähmt haben würde, konnte aus mehreren Gründen nicht zustande kommen. Zum einen verhinderte der Einfluß der SPD zu diesem Zeitpunkt die offene Zustimmung der Gewerkschaften zu einem Staatsstreich. Auch hatte sich infolge der organisatorischen Schwäche und der ideologischen Verworrenheit der sogenannten Linkskräfte innerhalb der faschistischen Bewegung eine Spaltung der Nazi-Partei nicht realisieren lassen. Es kam hinzu, daß nach dem Platzen der Pakt-Absichten die Gewerkschaftsführung sich immerhin zu einer Schützenhilfe durch Tolerierung der Regierung Schleicher entschloß. Das relativ gute Verhältnis des Schleicher-Flügels zu den Gewerkschaften mußte wiederum diejenigen Flügel der Rechten zum sofortigen Handeln drängen, die sich mit immer breiter werdender Unterstützung von Unternehmerorganisationen die Unterdrückung der Arbeiterbewegung zum Ziel gesetzt hatten. Schleicher selbst konnte aber nur noch verhältnismäßig schwache Kräfte der Rechten um sich und sein Programm einer Einbindung der Gewerkschaften in den autoritären Militärstaat vereinigen.

So mußte im Ergebnis das Konzept eines antifaschistischen Programms auf der Basis des Paktierens mit reaktionären und zugleich schwachen Kräften scheitern. Energische Schritte zur Verhinderung der Machtübergabe an die Faschisten, dies erklärten Gewerkschaftsgegner, sind dann in den Januar-Tagen, als diese Entwicklung sich immer deutlicher abzeichnete, von den Gewerkschaften nicht mehr unternommen worden.

2. Der Pakt-Strategie zur Verhinderung der Machtübergabe an Hitler folgte, als diese am 30. Januar 1933 vollzogen war, die Stillhalte-Strategie. Nachdem Hindenburg und Hitler am 1. Februar den Reichstag aufgelöst hatten, setzten SPD und Gewerkschaften ihre Hoffnungen auf die für den 5. März ausgeschriebenen Wahlen. Gewerkschaftliche Politik wurde es nun, alle Kräfte auf die Wahl zu konzentrieren und jeden aktiven Widerstand unter den Mitgliedern zu verhindern.

Die „Ruhe und Zuversicht", die sich die Gewerkschaftsführung zuschrieb, wollte sie unter Berufung auf das „Bewußtsein der Kraft, das keiner großen

Geste bedarf" mit dem Ziel des Stillhaltens auch den Mitgliedern vermitteln[31]). „Organisation – nicht Demonstration" sei „die Parole der Stunde", erklärte zunächst der ADGB-Vorsitzende; er begründete diese Haltung mit der Prognose, „keine deutsche Regierung" werde „die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überwältigen können"[32]). Später dann, möglicherweise unter dem Eindruck des SA-Terrors, wurde der offene Widerstand angekündigt[33]) und unter der Hand, an die Funktionäre gerichtet, die Parole verbreitet: „Wenn wir auf den Knopf drücken, dann geht es los" [34]). So wurden Mitglieder und Funktionäre in Sicherheit gewiegt. Die Erwartung an gewerkschaftliche Aktionen wurde wachgehalten und zugleich auf die Stunde X verwiesen, die freilich nie kam und – entsprechende Planungen und Vorbereitungen sind nicht erfolgt – wohl auch nicht kommen sollte.

Die gewerkschaftliche Entscheidung, auf Wahlergebnisse zu setzen, war aus mehreren Gründen bedenklich. Zum einen war damit nicht die Frage entschieden, wie man sich verhalten solle, wenn etwa die Faschisten als die geschworenen Gewerkschaftsfeinde die Wahlen gewinnen würden. Auch wurde die Illusion aufrechterhalten, einem zum allem entschlossenen Gegner, der bereits im Besitz der Staatsmacht war, könne man mit der Stimmabgabe wirksam entgegentreten. Von freien Wahlen, von deren Ausgang eine Änderung der politischen Verhältnisse zu erwarten war, konnte dann auch tatsächlich nicht die Rede sein. Die Grund- und Menschenrechte der Verfassung waren dem freien Zugriff der Faschisten zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wurde die SPD erheblich in der Wahlvorbereitung behindert. Die KPD war illegalisiert, die kommunistischen Funktionäre waren ermordert oder verhaftet. Der Ausgang der Wahlen vom 5. März, aufgrund deren die Faschisten die stärkste Fraktion stellten und zusammen mit der DNVP eine knappe Mehrheit von etwas über 50 % erhielten, signalisierte das Scheitern der Stillhalte- und Wahlhoffnungspolitik.

3. Es scheint nicht ohne Konsequenz, wenn den Abschluß dieser Entwicklung das Angebot des ADGB zur Selbstaufgabe bildet. Es blieb ihm noch die Hoffnung, in irgendeiner Form die gewerkschaftliche Organisation retten zu können – einen Gewerkschaftskörper, der keine gewerkschaftliche Aufgabe mehr haben konnte. Dem Funktionsverlust, der zuerst im Arbeitsrecht erkennbar geworden war, folgt nun über die verschiedenen Stufen der Orientierungsschwäche als letzte Stufe des Appeasements der Orientierungsverlust.

---

31) „Gewerkschafts-Zeitung", 1933, Nr. 5, S. 67.

32) Im gleichen Atemzug freilich konnte Leipart seinen relativen Optimisumus mit der realistischen Einschätzung verbinden, die Faschisten könnten „in rücksichtsloser Ausnutzung von Machtverhältnissen . . . eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen . . . und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten . . . widersprechen" („Gewerkschafts-Zeitung", a. a. O.).

33) „Der neue Reichskanzler hat der organisierten Arbeiterschaft Kampf angesagt. Sie wird nicht ins Mauseloch kriechen, sondern den Kampf aufnehmen in der festen Zuversicht, ihn erfolgreich zu bestehen", erklärte der 2. ADGB-Vorsitzende Graßmann am 12. 4., und gar von einem „Kampf auf Tod und Leben" sprach Leipart in einer Rede vor Gewerkschaftsmitgliedern am 21. 2. 1933 (zit. nach Hans-Gerd Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung*, Hannover und Frankfurt/M. 1958, S. 55 f.).

34) Henryk Skrzypczak, Zur Strategie der Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: Heinz Oskar Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 222.

Bedrängt durch die von den Faschisten herausgestellte Nähe zum Marxismus und Kommunismus, wird vom ADGB-Vorstand in dieser Zeit zunehmend die nationale Zuverlässigkeit betont, die sich schon im Weltkrieg mit der Burgfriedenspoltik und dann auch während der Revolution von 1918/19 bewährt habe. Im Februar 1933 drucken mehrere Gewerkschaftspublikationen einen Aufsatz des Vorsitzenden Leipart über die „Leistungen der Gewerkschaften für Volks und Staat". Nicht mehr Republik und Demokratie, sondern die Begriffswelt der Rechtskräfte wird hier entscheidend bei der Suche nach einer Legitimationsgrundlage. Den Gewerkschaften wird von der eigenen Führung die Aufgabe zugemessen, eine „Schule der Verantwortung" für das „moderne Industrievolk" zu bilden, damit der „aus jeder Bindung an Boden und Tradition gelöste Proletarier" wieder hinfinden können „zur Heimat des Volkes"[35]).

In den Vordergrund gewerkschaftlicher Politik tritt das Bemühen, „Brücken zum Nationalsozialismus zu schlagen" und eine Möglichkeit zu suchen, „daß die Gewerkschaften sich der Entwicklung noch irgendwie anschließen können"[36]). In offiziellen Erklärungen, in der Gewerkschaftspresse und in Briefen an Hitler macht der ADGB im März das Angebot, der Nazi-Regierung in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen „dienlich zu sein". Er bezeichnet sich als unabhängig von allen Parteien und vollzieht damit die Trennung von der SPD. Zugleich bietet er an, mit den Unternehmerorganisationen dauerhaft zusammenzuarbeiten, eine staatliche Aufsicht zu akzeptieren, auf die staatliche Politik nicht Einfluß zu nehmen und die Form der gewerkschaftlichen Organisation zu ändern. Mit dem Vorschlag einer allgemeinen berufsständischen Gliederung wird schließlich die Trennung vom Gewerkschaftsprinzip überhaupt vorbereitet[37]).

Der ADGB-Vorstand läßt nichts unversucht, mit den Nazis zu einem Auskommen zu gelangen. In einer Ergebenheitsadresse an die Reichsregierung vom 9. April 1933[38]) bietet er Hitler an, die Gewerkschaften „in den Dienst des neuen Staates zu stellen". Der Staat, der die „gesamte Volksgemeinschaft" repräsentiere, habe ein „höheres Recht". Der ADGB stelle sich diesem Staat „gern zur Verfügung". Der Vorstand empfiehlt darüber hinaus selbst ein neues Gewerkschaftsrecht, die staatliche Aufsicht und endlich die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften. Diese Überlegungen des Vorstands über die Zukunft der Gewerkschaften im Nazi-Staat, in deren Ergebnis auch Verhandlungen mit der faschistischen „Gewerkschafts"-Organisation NSBO geführt wurden[39]), sind von dem Ziel getragen, einen

35) „Gewerkschafts-Zeitung" v. 25. 2. 1933, Nr. 8, S. 114 ff.
36) So der zum Faschismus übergetretene ehemalige Leiter der Gewerkschafts-Bundesschule in Bernau, Hermann Seelbach, Das Ende der Gewerkschaften, Berlin 1934, S. 20 (zit. nach Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/M. 1975, S. 30).
37) „Gewerkschafts-Zeitung" v. 25. 3. 1933, Nr. 12, S. 177, und v. 1. 4. 1933, Nr. 13, S. 93 ff. Zur Distanzierung von der SPD näher Matthias, a. a. O., S. 178 ff.
38) Abgedruckt in: Willy Müller, Das soziale Leben im neuen Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Arbeitsfront, Berlin 1938, S. 39.
39) Bericht hierüber bei Oskar Krüger, 2. Mai 1933: Die Befreiung des deutschen Arbeiters, München 1934, S. 38 ff.

möglichst reibungslosen Einbau in den Nazi-Staat zu ermöglichen. Ähnliches gilt für die Mehrzahl der zum ADGB gehörenden Einzelgewerkschaften[40]). Auf diesem Weg haben führende Gewerkschaftsvertreter schließlich auch keine Scheu mehr, das Volkabular des Gegners zu benutzen und etwa vom Faschismus als einer „nationalen Revolution" zu sprechen und sich als Partner anzubieten[41]).

Die Gedankenwelt und die politische Vorgehensweise des ADGB begannen damit selbst „mehr oder weniger faschistoide Züge" [42]) zu tragen. Es war dies eine Politik, die vom zurückgetretenen Vorsitzenden der Angestellten-Organisation (AfA), Aufhäuser, als „hart an die Grenzen nationalsozialistischer Politik gelangt"[43]) bezeichnet werden konnte.

4. Konnte diese Politik von den Mitgliedern kaum anders denn als Aufforderung zur völligen Anpassung und Unterordnung unter die faschistischen Vorstellungen von Arbeit und Sozialismus verstanden werden, so fand der ADGB doch nicht das Vertrauen der Nazis. Zwar erkannten diese, daß die Gewerkschaften „an einer völligen Zerfahrenheit, Entschlußlosigkeit und Unfähigkeit" litten und trotz der Kenntnis der „ausgesprochenen Feindschaft" von seiten der NSDAP es nicht vermochten, „wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen[44]). Jedoch mißtrauten sie der Anbiederung und der unerwarteten Opferbereitschaft der Gewerkschaftsführung.

Unabhängig aber vom Zutrauen zur Wandlungsfähigkeit der Gewerkschaftsführung wurde entscheidend, daß die Gewerkschaften als zahlenmäßig noch immer mächtiger Arm der deutschen Arbeiterbewegung ein Fremdkörper im faschistischen Staat bleiben und dem Antifaschismus eine breite Basis geben mußten. Es scheint daher nur folgerichtig, daß die Faschisten nach kurzem Zögern Anfang April 1933 beschlossen, die völlig hilflos wirkenden Gewerkschaften endgültig und offiziell zu zerschlagen. „Widerstand ist nirgends zu erwarten", schreibt Goebbels in sein Tagebuch[45]), und tatsächlich können am 2. Mai in der Regel widerstandslos die noch freien Gewerkschaftshäuser besetzt werden. Die führenden Gewerkschaftsfunktionäre werden sofort festgenommen, terrorisiert und gedemütigt. In Berlin jagt die SA den Vor-

40) Vgl. „Gewerkschafts-Zeitung", 1933, S. 187, 207, 223 f., 238.

41) So der Schriftleiter der Monatszeitschrift des ADGB „Die Arbeit", Lothar Erdmann, im letzten Heft, März 1933. Unter dem Titel „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus" verwies er auf den Funktionswandel der Gewerkschaften, die den Weg zu Ordnung und Partnerschaft und zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital gefunden hätten. Erdmann führte hier beschwörend aus, die „nationale Organisation der Arbeit, die (die Gewerkschaften) . . . aufgebaut haben", sei „ein nationaler Wert", den auch die Faschisten „achten und hüten" müßten („Die Arbeit", 1933, Heft 3, S. 129 ff., S. 161). In der Gewerkschafts-Zeitung konnte unter dem Titel „Arbeiterschaft und nationale Revolution" die Funktion der Gewerkschaften betont werden, die „deutsche Revolution" zu unterstützen. Diese habe in ihrer ersten Phase 1918 damit begonnen, „den Bolschewismus abzuwehren". Jetzt habe die „zweite, nationale Phase" der Revolution eingesetzt, die sich auf die Gewerkschaften stützen könne („Gewerkschafts-Zeitung" v. 15. 4. 1933, Nr. 15, S. 228).

42) Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: „Archiv für Sozialgeschichte", 13. Bd. Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 228.

43) Zit. nach Beier, Lehrstück, S. 31.

44) Krüger, a. a. O., S. 46.

45) Zit. nach Schumann, a. a. O., S. 70.

stand des ADGB im Polizeipräsidium über die Treppen, bis der Vorsitzende des einst mächtigen ADGB bewußtlos zusammenbricht, in seiner Hilflosigkeit das Ende der Gewerkschaften und ihrer Politik symbolisierend.

Damit findet der Weg der sozialdemokratischen Gewerkschaften durch die Endphase der bürgerlichen Demokratie Weimars sein Ende. Er ist bestimmt durch den schrittweisen Verlust der entscheidenden Funktionen im gesellschaftlichen Raum – wo sich die Gewerkschaften im Lauf ihrer Geschichte mit Hilfe des kollektiven Arbeitsrechts ein Mitwirkungspotential erkämpft hatten. Dieser Funktionsverlust bildet eine gezielte Maßnahme im Gesamtkonzept der erstarkenden Rechten: der Abbau der Arbeitsmöglichkeiten schwächt nicht nur die Gewerkschaften, sondern vertieft auch in der Folge die Spaltung der Arbeiterbewegung und zerstört einen Pfeiler der demokratischen Gesellschaftsordnung. Auf diese in ihrer historischen Erfahrung neuartige Tatsache reagieren die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit dem Versuch einer abgestuften nichtkämpferischen politischen Orientierung, die allerdings dem ebenfalls schrittweise zunehmenden Funktionsverlust keinen Einhalt gebieten kann. Besteht hier noch eine gegenseitige Abhängigkeit von Funktions- und Orientierungsschwäche, so entspricht dem schließlich eingetretenen Funktionsverlust als letzte und äußerste Form einer Orientierungsschwäche das Appeasement. Auch bei diesem ist eine phasenartige Entwicklung festzustellen; dem Machtzugewinn der Rechten und deren schließlicher Konsolidierung entspricht das Appeasement so weit, daß erst die Zerschlagung der Gewerkschaften durch den Gegner auch dieser Politik ein Ende setzt.

Für die Geschichtsschreibung der Gewerkschaftsbewegung ergibt sich aus der Entwicklung der letzten Jahre der Weimarer Demokratie, daß sie nicht darauf zielen kann, die Ursachen nur in einer („objektiven") tatsächlichen Lage oder nur in einem („subjetiven") Fehlverhalten einzelner Personen zu suchen. Es kommt darauf an, die wechselseitige Bedingtheit dieser beiden Seiten einer historischen Entwicklungslinie herauszuarbeiten. Diese selbst ist als späte kritische Phase einer bürgerlichen Demokratie wiederum durch zwei Faktoren entscheidend bestimmt: Das Heraufkommen einer antikommunistisch-antigewerkschaftlichen Rechten einerseits, eine nichtkämpferische Gewerkschaftsbewegung andererseits.

# Zum Artikel von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer: Zur aktuellen Diskussion über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Von Helga Grebing

*Wie kaum eine Veröffentlichung der letzten Jahre zur deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung löste das (in erster Auflage 1977 erschiene) Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" eine – weit über den Kreis der Fachhistoriker hinaus – heftige und größtenteils polemisch geführte Debatte über die inhaltlichen Aussagen dieser bislang umfassendsten Darstellung der deutschen Gewerkschaftsgeschichte sowie die methodologischen Ausgangspositionen ihrer Verfasser aus.*

*Hier können werder die einzelnen Diskutanten und ihre Thesen noch die in vielen Polemiken nur notdürftig kaschierten parteipolitischen Motive des in der „Frankfurter Rundschau" eröffneten und vor allem in gewerkschaftlichen oder gewerkschaftsnahen Publikationen fortgesetzen Streikes im einzelnen angeführt werden. Demgegenüber sei auf die Göttinger Historikerin Helga Grebing, die im April 1979 in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" und im September 1979 in der GEW-Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft" in längeren Beiträgen die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbeweegung" kritisierte.*

*Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer antworteten Helga Grebing im Januarheft 1980 der „Blätter". Die Herausgeber und Mitautoren des Gewerkschaftsbuches konzedierten ihrer Kritikerin, daß sie dazu beigetragen habe, die Debatte auf eine Ebene zu verlagern, „auf der Kommunikation in der Form des wissenschaftlichen Meinungsstreites wieder möglich ist." Andererseits wiesen sie darauf hin, daß Helga Grebing „die Hauptfragestellung des Textes, den sie kritisiert, nur höchst fragmentarisch und gelegentlich" zur Kenntnis genommen habe. Deppe, Fülberth und Harrer setzten sich desweiteren kritisch mit dem ihrer Auffassung nach unpräzisen Gesellschaftsbegriff Grebings, ihren methodologischen Auffassungen und zentralen politischen Thesen und Schlußfolgerungen (hier sei nur die Behauptung von der notwendigen Todfeindschaft zwischen „Demokratischen Sozialisten" und Kommunisten erwähnt), mit ihrer Darstellung und Beurteilung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Nachkriegsdeutschland usw. auseinander.*

*Frau Professor Grebing sandte der Redaktion Anfang Mai d. J. eine Replik auf den im Januar erschienenen Aufsatz von Deppe, Fülberth und Harrer mit der Bitte um Veröffentlichung. Wir kommen dieser Bitte nach. D. Red.*

Die Hoffnung, die mich bei der Abfassung der Kritik der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" geleitet hat – nämlich die Hoffnung auf eine sachlich-inhaltliche Diskussion, wenn auch nicht ohne politischen Hintergrund, habe ich begraben; denn die Anti-Kritik der Herausgeber der „Geschichte" ist im Prinzip nach dem gleichen Schema angefertigt wie die an Gerhard Beier und Manfred Scharrer: personalistisch-diskreditierend in der Absicht, mit der Person die Position zu erledigen.

Da wird die Solidität meiner Lesearbeit in Frage gestellt oder mir gar unterstellt, ich habe meine Leser absichtlich täuschen wollen. Mir ging es aber gerade darum, meine Leser darauf aufmerksam zu machen, daß in einem bestimmten Argumentationszusammenhang bestimmte Tatsachen oder Strukturmomente nicht erwähnt werden; daß sie u. U. an anderen Stellen auftauchen, ist eher charakteristisch für den Argumentationsstil der Verfasser der „Geschichte".

Wenn ich moniere, daß von den „Ergebnissen" des Reichsrätekongresses sich „kein Wort" finde, so fasse ich „Ergebnisse" nicht wie offensichtlich meine Kritiker in einem empiristisch verengten Tatsachensinn auf, sondern ich meinte natürlich – wie sich aus dem Kontext ergibt – die strukturellen Folgen.

An meinem Text vorbei gehen die Behauptungen über mein Streikverständnis zur Unterbauung der These meiner Kritiker von meiner angeblichen Neigung zu einer sozialpartnerschaftlichen Position; meine Aussage ist eindeutig nur auf die Zeit vor 1914 bezogen und keine generelle Aussage.

Die Verfasser der Anti-Kritik behaupten, ich habe die (es müßte wohl heißen: ihre) Quellen nicht genügend zur Kenntnis genommen; sie dienen mir an, mich auf (ausgerechnet) Friedrich Stampfer zu berufen; dessen Artikel aber muß im Zusammenhang mit seinem „Ein-Mann-Unternehmen" zur Herstellung einer Einheitsfront gesehen werden; der Quellenwert seiner Aussage ergibt sich aus diesem Kontext. Ob meine Kennzeichnung „kleine Gegendemonstration" das Ereignis richtig trifft, ist vielleicht zu bezweifeln; an meiner Thesenführung ändert dies aber nichts: die Frage bleibt, ob die arbeitslosen Massen eine bürgerkriegsfähige Bewegung gewesen sind.

In einem anderen Zusammenhang hätte ich mich auf eine Aussage von Wolfgang Abendroth beziehen sollen, die dann meine (übrigens gar nicht rhetorisch gemeinte) Frage, warum er 1948 die SBZ verlassen habe, obsolet gemacht hätte. Nun mag Wolfgang Abendroth seinen Weggang aus der SBZ heute so sehen wollen; der „sorgfältige Umgang" mit Quellen, den meine Kritiker mir empfehlen, veranlaßte mich, diese Quelle aufgrund von Kenntnissen, die dieser Interpretation widersprechen, nicht als Beleg zu verwenden.

Über die Frage der Bedeutung des gewerkschaftlichen Widerstandes kann es zwischen meinen Kritikern und mir prinzipiell keinen Konsens geben, weil diese eine Widerstandsdefinition verwenden, die exklusiv und beliebig ist. Es läßt sich auch durch ein definitorisches Verfahren, dessen methodologische Legitimität für die historische Forschung recht fragwürdig ist, nicht aus dem Text der „Geschichte" eleminieren, daß von Leuschner, der in Plötzensee gehenkt wurde, behauptet wird, seine Tätigkeit könne man „nur schwerlich" als gewerkschaftlichen Widerstand bezeichnen.

Was die Darstellung des gewerkschaftlichen Exils angeht, so läßt sich eine Einigung möglicherweise in der Richtung erzielen, daß viel stärker differenziert werden muß, was in der „Geschichte" nun aber gerade nicht geschehen ist. Tarnows Konzept, die DAF in eine Gewerkschaft zurückzuverwandeln, kann man gewiß nicht verteidigen, und Tarnow ist ja mit seinen Vorschlägen überwiegend auf Ablehnung gestoßen. Aber wenn man die Taktik der Kommunisten, auch in der DAF zu arbeiten, für diskutabel hält, dann muß man auch Tarnows Konzeption in ihren historischen Rahmen stellen: sie entstand lange vor Stalingrad, nämlich 1939/40, als sich niemand vorstellen konnte, wie man den Zusammenbruch des Faschismus herbeiführen

könnte. Daß dies von außen geschehen würde und schließlich mußte, wurde erst erkennbar. So kann man das Tarnow-Konzept als Teil einer (Kommunisten nicht fremden) Erziehungsdiktatur bezeichnen. Übrigens hat Tarnow im schwedischen Exil auch mit Kommunisten zusammengearbeitet.

In diesem Zusammenhang wäre auch zu fragen, warum die Kommunisten im englischen Exil das von den Autoren der „Geschichte" so positiv beurteilte Programm der gewerkschaftlichen Emigrationsgruppe in Großbritannien nicht mitgetragen haben. Vielleicht weil sie die in dem Programm enthaltenen basisdemokratischen Ansätze nicht teilten? Die Kommunisten unterstützten damals in England die Thesen Vansittarts und waren dafür, deutsche Arbeiter zur Zwangsarbeit in die von der deutschen Wehrmacht überfallenen Länder zu verschicken, ein Vorhaben, das die überwiegende Mehrheit der Sozialisten ablehnte.

Daß die Autoren der „Geschichte" auf die Frage nach der Wirkung des Hitler-Stalin-Paktes nicht antworten, kann festgehalten werden und bleibt für Interpretationen also offen.

In der Frage meiner angeblichen Irrtümer greifen meine Kritiker daneben: Nicht ich habe behauptet, daß der Metallarbeiterstreik von 1963 der Einstieg in die 40-Stunden-Woche, der Beginn der „Humanisierung der Arbeit" gewesen sei, sondern ich habe geschrieben, daß er dies für Bleicher und seine Arbeiter gewesen sei. Und es ist nicht meine Rede, sondern die der Autoren in ihrem Kapitel über „Der Kampf um die ‚Humanisierung der Arbeitswelt'", daß in der Bundesrepublik „die sozialliberale Regierung die Schlagworte von der ‚Verbesserung der Lebensqualität' und der ‚Humanisierung der Arbeit' in ihr sozialpolitisches Programm" übernahm.

Die Verfasser der „Geschichte" beschweren sich generell, daß ich ihre Intentionen nicht sinngemäß interpretiert, sozusagen in die Texte einen anderen Sinn hineingegeben hätte.

Nun bin ich nach wie vor der Auffassung, die Grundpositionen der Verfasser der „Geschichte" ihren Intentionen entsprechend begriffen zu haben, auch dann, wenn sie nicht Reform und Revolution, sondern Sozialpartnerschaft und autonome Interessenvertretung als „das zentrale Gegensatzpaar" ihres Buches sehen möchten. Worauf es mir ankommt – und hier liegt wohl der prinzipielle Auffassungsunterschied zwischen uns –, ist zu zeigen, daß die Verfasser in der historischen Bewegung der Gewerkschaften eine Art von Potentialität sehen, die ich nicht zu erkennen vermag. Es ist in der Tat seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert das Problem der der Arbeiterbewegung attachierten Intellektuellen, auch wenn sie Kollegen sind, daß sie die wirkliche Arbeiterbewegung immer an dem angeblich Verwirklichbaren messen, ohne zu fragen, ob das, was aus der Retrospektive hätte verwirklicht werden sollen, auch zu verwirklichen war.

Die Verfasser bestreiten mit ihren Einwänden gegen mein Verfahren die methodologische Legitimität eines Text-analytischen Verfahrens, das die Texte gegen den Strich bürstet, bei dem in der Motivation Ideologie-kritisch, in der Methode hermeneutisch-interpretierend verfahren wird. Die Verfasser der Anti-Kritik bemühen sich ja selbst um ein solches Verfahren mir gegenüber. Begründet sich die Legitimität der Anwendung eines solchen Verfahrens durch die Rechtgläubigkeit dessen, der es anwendet?

Doch mir scheint, daß die Verfasser der Anti-Kritik mir gegenüber nicht so sehr ein methodisch abgesichertes Verfahren anwenden, sondern eher so etwas wie ein „Was-bin-ich"-Rate/Antwort-Spiel veranstalten. Sie weisen mir das „Dogma der Beliebigkeit" zu – ein obskures Ding, mit dem der Druckfehlerteufel auch nichts anzufangen wußte, da er (an einer Stelle) daraus das „Dogma der Beliebtheit" machte. Welches Verständnis der Gesellschaft ich als jemand habe, der Marx' methodische Anleitungen historisch-aktuell und entsprechend dessen Geboten relativ anzuwenden sich bemüht, hätten sie u. a. meinen Aufsätzen in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" entnehmen können, die sie aber aus welchen Gründen auch immer nicht zur Kenntnis nehmen. Daß ich meine Vorstellung von demokratischem Sozialismus auf ein „ausschließlich ethisches Postulat" reduziere, könnte ihnen so passen, stimmt aber nicht; das volle Zitat aus der Schlußpassage meines Buches über den „Revisionismus" lautet nämlich: „Nach den verheerenden Folgen des Dogmatismus und dem bisherigen Scheitern der Verwirklichung von Gegenentwürfen kann dieses dauernde Überprüfen der Zielperspektive Sozialismus nicht bedingungsfrei geschehen, sofern die Anwendung von Geschichte ein Stück Reflexion über mögliche eigene Praxis ist. Jede Weise der *Verwirklichung* von Sozialismus muß gemessen werden können an der *Idee* des Sozialismus als der Vorstellung von einer gerechten, humanen Gemeinschaft."

Daß meine Fasson „demokratischer Sozialismus" von einem dezidierten Gegensatz zu jeder Form von kommunistischem Dogmatismus geprägt ist, bestätige ich ausdrücklich; die Begründung dieses Gegensatzes erfolgt aber ihrerseits nicht dogmatisch, sondern historisch-kritisch; daß dabei Momente persönlicher Erfahrung mit hineinspielen (auch ich verließ 1949 als ehemaliger Absolvent der Arbeiter- und Bauern-Fakultät die SBZ/DDR), ist bei der Subjektivität auch jeder objektiven Erkenntnis unvermeidbar, wenn auch immer wieder zu reflektieren.

Den Lesern der Anti-Kritik empfehle ich, die Antwort der Verfasser der „Geschichte" auf meine Kritik mit dem Katalog meiner Fragen zu vergleichen. Sie werden dann selbst feststellen, welche und wie viele Fragen nicht beantwortet wurden. Sie werden entdecken, daß das detaillistische Beantwortungsverfahren und die intendierte Detail-Kritik an der Kritik meinen Fragestellungen nicht adäquat ist. Die Autoren der „Geschichte" haben als meine Anti-Kritiker keine Antwort darauf gegeben, wie es sich methodisch und moralisch rechtfertigen läßt, „wahre Geschichte" anzubieten, so wir doch jeden Tag unsere Arbeitsergebnisse in einem wissenschaftlichen Dialog zur Disposition stellen müssen.

# Medienkritik

## WAHLHILFE

Auch die „Tatort"-Redaktion der ARD weiß, was sie im Wahljahr 1980 den Bundesbürgern schuldig ist: Immerhin hat man ja den Anspruch, sich auf Realität zu beziehen, und so treibt man denn *politische Aufklärung*. Dies geschah am 24. August im „Tatort: Streifschuß". Niemand Geringerer als „Tatort"-Erfolgsautor Herbert Lichtenfeld wurde bemüht, ein Handlungsgerüst zu konstruieren für die aufklärerische Kernaussage, daß Politik – gerade dort, wo Wahlen stattfinden – ein schmutziges Geschäft ist. Und er tat es nach allen Regeln der Trivialität: Ein Professor – o nein, nicht irgendeiner: ein Professor der Theologie –, 55 seriöse Jahre alt, arrivierter Kommunalpolitiker (Ausschußvorsitzender!), fühlt sich, aus der Universität kommend, nicht wohl (man beachte den kritischen Blick auf die Arbeitswelt!) und will sich von einem Taxi nach Hause bringen lassen. Der Taxifahrer aber liefert unterwegs noch „Ware" in einem Prostituierten-Viertel ab: Pornofilme, versteht sich. Nun, wie es so geschieht in der Welt, der Herr Professor stirbt im Taxi, während die Filme abgeliefert werden, und der Empfänger der Filme – ein Zuhälter – weiß natürlich ebensogut wie ein intelligenter Krimi-Autor, daß man aus der Konfrontation von High-Society und Prostituierten-Milieu Geld machen kann: Man legt den toten Theologen in das Arbeitszimmer einer Prostituierten und erhebt ihn damit zum Kunden; man läßt die Witwe kommen, kassiert bei ihr zunächst nur für zwei (!) Damen, um aber nach der Beerdigung für das Schweigen zu kassieren, unter den Augen der Polizei; denn: nicht nur sind der Witwe die angeblichen Eskapaden ihres Verblichenen peinlich; auch dessen Partei – es ist die Bremer Regierungspartei – hat von dem Bordellbesuch ihres prominenten Mitglieds erfahren und setzt die mit ihr natürlich verfilzte Polizei ein, den Erpresser zur Ruhe zu bringen – indem sie ihn erpresst.

So schlecht ist die Welt – halt nein, doch nicht: Da gibt es einen Kommissar, er kann noch nicht verfilzt sein, denn er ist neu im „Tatort", der den Fall aufklärt – gegen den ausdrücklichen Willen eines hohen Vorgesetzten. Und da ist der Sohn des Toten; auch er klärt – gegen den ausdrücklichen Willen seiner Mutter – auf, heldenhaft, versteht sich.

Die Trivialität der Handlung zum Anlaß für eine „Tatort"-Krtik zu nehmen, wäre selbst trivial. Aber da ist eine besondere Dimension der Trivialität: die politischen Erkenntnisse des Autors Lichtenfeld.

Nach Informationen der ARD („Wir über uns", 24. August 1980) sehen durchschnittlich 20 Millionen Zuschauer: Bürger, und somit, im ursprünglich demokratischen Sinne, Politiker die „Tatort"-Folgen. Diese 20 Millionen erfahren, was sie vielleicht schon immer gewußt zu haben meinten: Wo Politik ist, ist soviel Dreck, daß auch der Erpresser/Zuhälter zurückschreckt: „Ich mache nichts mehr. Da ist Politik im Spiel. Und von Politik versteh' ich nichts."

Auch Trivialitäten spiegeln Realität: Wo Politik zur nicht-öffentlichen Expertenveranstaltung gemacht wird, wird sie notwendig zu einem Sumpf, von dem auch Zuhälter sich nur angewidert abwenden können. Daß Bonner – ebenso wie Bremer, Münchener usw. – Politik nicht wirklich öffentlich wird, dafür sorgen auch die zuständigen Nachrichtenredaktionen der Rundfunkanstalten: Öffentlich sind nur Gesichter; die Handlungen bleiben verborgen; deren Folgen scheint der Bürger passiv (Passiv = Leideform) ausgeliefert zu sein. Seine Rolle ist somit fixiert.

Ein „Tatort"-Krimi vermag sehr wohl dazu beizutragen, diese Rolle als Norm zu vermitteln, mit der Konsequenz der Sanktionierung abweichenden Verhaltens. – Tatort: Fernsehen. Wo nur der unpolitische Mensch das Image des Anständigen trägt, haben auch diejenigen keine Chance, die zur Zeit alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, daß die größte Skandalnudel der bundesdeutschen Politikerszene Kanzler wird. Und wenn sich zeigt, daß diese Anstrengungen zur Entpolitisierung des Bürgers nicht fruchten, dann müssen halt der MAD und der Verfassungsschutz für die nötigen Krawalle sorgen, mit denen Lichtenfelds triviale politische Weltweisheiten bestätigt werden.

So viele Gedanken über eine triviale „Tatort"-Sendung? So viele Gedanken über 20 Millionen Krimi-Zuschauer!

Wilfried Lange

# Die Entwicklung der Staatsverschuldung

**(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)**

Umfang und Entwicklung der Staatsverschuldung sind eines der zentralen Themen im Wahlkampfkonzept der CDU/CSU. Der Kanzlerkandiat Strauß malt bereits seit 1972 das Gespenst des „Staatsbankrotts" an die Wand. Dabei erinnert sich kaum noch jemand daran, daß der Finanzminister Strauß (1966–1969) selbst an maßgeblicher Stelle eine Haushaltspolitik mitgetragen hatte, die sich bewußt des Mittels der Staatsverschuldung zum Zwecke konjunkturpolitischer Steuerung bediente. Er hat selbst bewußt eine Entwicklung eingeleitet, die heute allerdings auf einer weit höheren Ebene andauert. Vor allem in den 70er Jahren ist der Umfang der öffentlichen Verschuldung rasant angestiegen.

*Tabelle 1*

*Öffentliche Verschuldung[1])*

| | *Insgesamt* | *Bund* | *Länder* | *Gemeinden* |
|---|---|---|---|---|
| *1950* | *20,6* | *7,3* | *12,8* | *0,5* |
| *1960* | *52,8* | *17,9* | *15,5* | *4,7* |
| *1965* | *83,7* | *33,7* | *17,4* | *25,8* |
| *1970* | *125,9* | *49,7* | *27,8* | *40,3* |
| *1973* | *167,8* | *61,4* | *39,5* | *59,9* |
| *1974* | *192,4* | *72,1* | *47,3* | *66,4* |
| *1975* | *256,4* | *108,5* | *67,0* | *74,4* |
| *1976* | *296,7* | *128,4* | *81,8* | *79,8* |
| *1977* | *328,5* | *150,2* | *89,6* | *83,3* |
| *1978* | *371,6* | *177,5* | *102,1* | *87,5* |
| *1979* | *413,9* | *202,6* | *115,9* | *90,4* |
| *1980[2])* | *425,2* | *213,7* | *118,1* | *91,2* |

1) In Mrd. DM.
2) März 1980.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Allein zwischen 1977 und 1980 stieg die öffentliche Gesamtverschuldung etwa ebenso stark an wie in den ersten 20 Jahren der Geschichte der Bundesrepublik. Selbst wenn man die Geldentwertung und die gewachsene Finanzkraft des Staates in Rechnung stellt, ist dies eine beeindruckende Entwicklung. Zwar ist die Verschuldung im internationalen Vergleich noch immer niedrig. Mit etwa 7000 DM pro Kopf ist sie gegenwärtig in der Bundesrepublik niedriger als in den meisten anderen großen kapitalistischen Ländern. Gemessen am Sozialprodukt ist sie nur noch in Frankreich niedriger. Bei diesen internationalen Vergleichen muß allerdings in Rechnung gestellt werden, daß die Währungsreform 1948 die staatlichen Altschulden drastisch reduziert hatte, die Ausgangsbasis nach dem Zweiten Weltkrieg also wesentlich niedriger war als z. B. bei den USA oder Großbritannien. Das Tempo der Neuverschuldung entspricht im großen und ganzen der Entwicklung in den anderen kapitalistischen Ländern, nur in Japan und in Italien war es in den 70er Jahren bedeutend höher. Bezeichnend für die Demagogie dieser

wirtschaftspolitisch begründeten Propaganda ist das Beispiel Japan: Während dieses Land den Arbeitern und Angestellten einerseits als das Musterbeispiel an ökonomischer Stabilität angepriesen wird, wird verschwiegen, daß Japan gemessen an der Staatsverschuldung das sowohl vom Umfang als auch vom Tempo der Neuverschuldung her am meisten belastete Land ist. Die Staatsverschuldung hemmt dort also weder das Wirtschaftswachstum noch die Exportkraft.

Die Zunahme der Staatsverschuldung insbesondere in den 70er Jahren ist weniger das Ergebnis einer bestimmten Wirtschaftspolitik als vielmehr Ausdruck grundlegender Veränderungen des Kapitalismus. Daher ist in allen kapitalistischen Ländern eine ähnliche Tendenz zu beobachten. Zwei Momente seien genannt:

Zum einen wachsen mit dem Grad der Vergesellschaftung der Produktivität dem Staat in der Tendenz immer mehr Funktionen zu. Dies drückt sich aus in wachsenden Aufwendungen für öffentliche Infrastruktureinrichtungen, aber auch in dem zunehmenden Umfang von Subventionen und den Anforderungen an das System der sozialen Sicherung. Gleichzeitig kann die wirtschaftliche Entwicklung nicht dem „Selbstlauf" überlassen bleiben, der Staat muß konjunkturpolitisch steuernd eingreifen.

Zum anderen ist die rasch anwachsende Staatsverschuldung der Ausdruck verschlechterter Wachstumsbedingungen im Kapitalismus. Nur zu einem geringen Teil ist der Anstieg des öffentlichen Haushaltsdefizits in der Bundesrepublik auf bewußte Maßnahmen der antizyklischen Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Gerade die gegenwärtige Entwicklung unterstreicht, daß es im Rahmen der herrschenden Funktionsbedingungen der Wirtschaft keine Alternative zur Staatsverschuldung gibt. Ein Verzicht auf zusätzliche Staatsausgaben verstärkt die Schwächetendenzen der Wirtschaft, bewirkt einen Rückgang der Steuereinnahmen und einen Anstieg von krisenbedingten Staatsausgaben. Schon 1976 und 1977 hatte der Versuch, den Staatshaushalt durch eine relative Beschränkung der Ausgaben zu „konsolidieren", eher zum gegenteiligen Ergebnis geführt: in der Folge aufgetretene Abschwächung der Konjunktur hatte 1978 die Neuverschuldung wieder gesteigert.

Welches sind nun die Gefahren einer hohen öffentlichen Verschuldung? Von konservativer Seite werden genannt:

– Staatsverschuldung wirke inflationär und verschlechtere daher die internationale Konkurrenzposition der Bundesrepublik;

– Staatsverschuldung belaste den Kapitalmarkt und entziehe den privaten Unternehmen die Mittel, die diese für Investitionen benötigen;

– Staatsverschuldung belaste die öffentlichen Haushalte mit steigenden Zinslasten und schränke so den Spielraum für konjunkturpolitische Maßnahmen ein.

Durchdenkt man diese Argumente, so wird klar, daß globale Zahlen über den Umfang der Staatsverschuldung wenig Aussagekraft besitzen. Viel entscheidender ist, woher die Mittel stammen und zu welchen Zwecken sie verwendet werden. So ist keinesfalls einsichtig, warum ausgerechnet die Staatsverschuldung inflationär wirken soll, während private Kreditaufnahmen dies angeblich nicht tun. Zumindest bei einer Kreditaufnahme auf den Kapitalmärkten dürfte die Wirkung gleich sein. Inflationäre Wirkungen sind dann wahrscheinlich, wenn die aufgenommenen Mittel unproduktiv verausgabt werden – wie es z.B. bei Rüstungsausgaben der Fall ist. Inflationäre Wirkungen sind vor allem dann die Folge, wenn die privaten Unternehmen die öffentlichen Ausgabenprogramme für Preiserhöhungen nützen, wie es z.B. die Bauwirtschaft im Zusammenhang mit dem Programm „Zukunftsinvestitionen" getan hat. Hier würde eine schärfere Kontrolle der Preisgestaltung durch die öffentlichen Auftraggeber bereits einige Abhilfe schaffen.

Das „Verdrängungsargument" trifft dann in gewissem Umfang zu, wenn das Kapitalangebot knapp und die private Nachfrage nach Krediten hoch ist, also in Perioden rascher wirtschaftlicher Entwicklung. Dies ist aber in den 70er Jahren nicht mehr der Fall gewesen. Es ist im Gegenteil so, daß die privaten Unternehmen in den letzten Jahren ihre Verschuldung abgebaut haben und daß große Mengen anlagesuchenden Kapitals existieren, die durch die öffentliche

Verschuldung in einem gewissen Grade abgeschöpft werden. Es findet hier also eine durchaus begrüßenswerte Mobilisierung von Geldkapital statt, die dann wirtschaftlich positive Konsequenzen hat, wenn die Mittel vom Staat wohlstandssteigernd verausgabt werden. Die Tatsache, daß die Banken und privaten Kreditgeber diese Situation zu kräftigen Zinserhöhungen ausgenutzt haben, steht dabei auf einem anderen Blatt. Es gibt zahlreiche Vorschläge, die eine solche Bereicherung der Banken und anderer finanzkapitalistischer Institutionen durch entsprechende Auflagen bei der Kreditvergabe an öffentliche Einrichtungen ausschalten wollen. Dafür fehlt allerdings bis jetzt der politische Wille.

Hier schließt auch das dritte Argument an, das die steigende Zinslast als Gefahr für den Spielraum der öffentlichen Haushalte sieht. Dies ist wohl auch das stichhaltigste Argument gegen eine unbegrenzt steigende Staatsverschuldung.

*Tabelle 2*

*Zinsausgaben des Staates[1])*

| | *In Mio. DM* | *In % der Steuern* |
|---|---|---|
| *1951* | *765* | *2,6* |
| *1960* | *1 919* | *2,9* |
| *1965* | *3 577* | *2,7* |
| *1970* | *6 864* | *4,4* |
| *1975* | *14 838* | *6,1* |
| *1980[2])* | *29 804* | *8,4* |

1) Bund, Länder, Gemeinden, Sonderfonds, ohne Sozialversicherungen.
2) Haushaltsansatz 1980.
Quelle: Statistisches Jahrbuch 1980; Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.

Die öffentlichen Zinsausgaben sind also vor allem seit der Krise 1974/75 absolut und relativ zu den Steuereinnahmen stark angestiegen, allerdings noch keineswegs auf aktuell besorgniserregende Höhen. Dafür kann jedoch nicht nur die Staatsverschuldung verantwortlich gemacht werden, auch das hohe Zinsniveau spielt dabei eine große Rolle. Eine stärkere Kontrolle der Zinsgestaltung bei öffentlichen Anleihen würde hier sicherlich eine Entlastung schaffen. Dies aber wollen gerade die konservativen Kritiker der Staatsverschuldung auf keinen Fall. Ihnen ist entgegenzuhalten, daß die möglichen negativen Folgen der öffentlichen Defizite für Preisstabilität und Ausgabenspielräume schon durch relativ unbedeutende Eingriffe in die privaten Unternehmen in Grenzen gehalten werden könnten.

Tatsächlich haben die derzeitigen Gegner einer angeblich zu hohen Staatsverschuldung auch eine ganz andere Zielsetzung im Auge. Die verbreitete Angst vor Entwicklungen wie 1923 und 1948 (Währungsreformen) wird genutzt, um eine Wirtschafts- und Finanzpolitik durchzusetzen, die vor allem die Kürzung der Sozialausgaben im Auge hat. Auf anderen Gebieten, bei den Rüstungausgaben, bei direkten oder indirekten Unternehmenssubventionen werden keineswegs Ausgabenkürzungen angestrebt. Das eigentliche Ziel ist nicht ein Abbau des Haushaltsdefizits, sondern eine Umstrukturierung zugunsten solcher Ausgabenblöcke, die die Gewinne der privaten Wirtschaft stabilisieren.

Jörg Goldberg

# Autoren dieses Heftes

*Achim MASKE*, geb. 1945 in Labes (Polen), Studium der Politikwissenschaften und Soziologie in Bonn, Berlin (West) und Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen zu Problemen der Entspannungs- uind Außenpolitik. * * * *Ariane DETTLOFF*, geb. 1944, Studium der Germanistik und Slawistik in Hamburg; 1977 Auslandskorrespondentin in Washington; z. .Z. Freier Journalist in Tokio. * * * *Heinz HELDMANN*, geb. 1929, Rechtsanwalt in Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a. „Ausländerrecht", Textsammlung mit alphabetischem Wegweiser durch das gesamte Ausländerrecht, Köln 1980. * * * *Dr. Harold RASCH*, geb. 1903 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt und einer der führenden Kartellrechtsexperten. Veröffentlichungen zur Ostpolitik: Die Bundesrepublik und Osteuropa, Bonn und Moskau [2]1965; Politik mit dem Osten, o. O., 1970. * * * *Dr. Kurt STEINHAUS*, geb. 1938 in Stettin, Studium der Politik, Soziologie und Ökonomie, Referent beim Parteivorstand der DKP, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte 1969 „Die Russen kommen – nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". * * * *Jürgen OSTROWSKY*, geb. 1945 in Kattowitz (Polen), Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Dr. Andreas KAISER*, geb. 1938 in Berlin, Wissenschaftlicher Angestellter der FU Berlin. * * * *Dr. Helga GREBING*, geb. 1930 in Berlin, Professor für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Göttingen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Wilfried LANGE*, geb. 1951 in Bad Münder; Studium der Germanistik und der wissenschaftlichen Politik in Marburg, z. Z. Studienreferendar.

---

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.*
*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS420,–; hfl 63,–; bfrs925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; $ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.*
*ISSN 0006–4416*

# Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein aus Anlaß der Bundestagswahlen 1980 verfaßter Künstleraufruf gegen Strauß und die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

# Blätter für deutsche und internationale Politik

*Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 9/1980*



*Herausgegeben von*

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

*Mitbegründet von*

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

*Redaktion*

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM



*Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54*


# Chronik des Monats August 1980

*1.8 – Abrüstung. Der Abrüstungsausschuß (CD) in Genf nimmt die Beratungen über einen Bericht vom 31. 7. auf, in dem die USA, Großbritannien und die Sowjetunion über Fortschritte bei ihren Verhandlungen über ein umfassendes Verbot aller Kernwaffenversuche unterrichtet hatten. In dem Bericht heißt es, es sei Übereinstimmung in verschiedenen wichtigen Fragen eines künftigen Vertrages erzielt worden. Der Ausschuß verabschiedet am 9. 8. einen Bericht an die bevorstehende 35. UN-Generalversammlung und beendet damit seine gegenwärtige Sitzungsperiode. – Am 11. 8. wird in Genf die zweite Konferenz zur Überprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (zur ersten Konferenz vgl. „Blätter", 6/1975, S. 598) eröffnet. Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), Sigvard Eklund (Schweden), teilt auf der Konferenz mit, von den 113 Vertragsstaaten (davon 110 Staaten ohne Kernwaffen) hätten bisher 69 die vorgeschriebenen Vereinbarungen über Sicherheitskontrollen (safeguards agreements) mit der IAEA abgeschlossen. Über 95 % aller nuklearen Anlagen in den Staaten ohne Kernwaffen würden durch die IAEA kontrolliert.*

*3. 8. – Vietnam. UN-Generalsekretär Waldheim führt in Hanoi ein Gespräch mit Außenminister Nguyen Co Thach. Anschließend heißt es, man habe die Lage in Kampuchea und den Abbau der Spannungen in diesem Teil der Welt erörtert. Waldheim, der anschlie-*

ßend zu Besprechungen mit dem thailändischen Ministerpräsidenten Prem Tinsulanonda und Außenminister Siddhi Savetsila nach Bangkok reist, erklärt gegenüber Journalisten, die „Situation ist sehr kompliziert und schwierig".

4. 8. – E G. Der Präsident des Ministerrats, der luxemburgische Außenminister Thorn, der im Rahmen einer ausgedehnten Nahostreise u. a. Israel, den Libanon, Syrien, Jordanien, Saudiarabien, die Golfstaaten und Ägypten besucht, führt in Beirut einen längeren Meinungsaustausch mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat. Es handelt sich um das erste Zusammentreffen eines ranghohen EG-Vertreters mit der Führung der PLO. In Tunis hatte Thorn am 30. 7. mit Generalsekretär Klibi von der Arabischen Liga konferiert. Gegenüber der libanesischen Zeitung „An-Nahar" erklärt Thorn, Zweck seiner Mission sei es, möglichst viele Informationen zu sammeln, damit sich die EG ein „umfassendes und wahres Bild" von der Lage im Nahen Osten machen könne.

5. 8. – B e l g i e n. Das Abgeordnetenhaus billigt mit 156 gegen 19 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine lange umstrittene Verfassungsänderung, die den beiden Regionen Flandern und Wallonien größere Autonomie einräumt; der Status der zweisprachigen Hauptstadt Brüssel bleibt offen. Flandern und Wallonien sollen bis zum Herbst 1982 eigene, direkt gewählte Parlamente (Regionalräte) und Regionalregierungen erhalten.

8. 8. – U S A. In einem Schreiben an die Verteidigungsminister der NATO-Staaten erläutert Verteidigungsminister Brown Elemente einer neuen Nuklearstrategie seiner Regierung. Eine von Präsident Carter unterzeichnete „Direktive 59" sieht vor, in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts ein System von MX-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen auf mobilen Abschußbasen zu installieren, die auf bestimmte Ziele in der Sowjetunion gerichtet sein sollen. – Am 13. 8. nominiert der Parteikonvent der Demokraten in New York den amtierenden Präsidenten für eine weitere Amtsperiode. Auf Carter entfallen 2129, auf seinen Gegenkandidaten Senator Kennedy 1147 Delegiertenstimmen. Carter hatte schon zuvor erklärt, er werde im Falle eines Wahlsieges Vizepräsident Mondale wieder in dieses Amt berufen. Der Konvent verabschiedet zahlreiche Anträge zum Wahlprogramm der Partei.

11. 8. – B R D / D D R. Der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Botschafter Ewald Moldt, übermittelt dem Bundeskanzleramt eine offizielle Einladung des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker an Bundeskanzler Schmidt. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN meldet anschließend: „Der Arbeitsbesuch findet am 28. und 29. August in der DDR am Werbellinsee statt." – Am 13. 8. teilt Regierungssprecher Grünewald in Bonn mit, der Bundeskanzler habe die Einladung angenommen und werde sich von den Bundesministern Franke (Innerdeutsche Beziehungen) und Graf Lambsdorff (Wirtschaft), von Staatsminister Honuker (Bundeskanzleramt) sowie den Staatssekretären Gaus (Ständiger Vertreter in der DDR), von Würzen (Wirtschaft) und Bölling (Presse- und Informationsamt) begleiten lassen. – Am 22. 8. sagt Bundeskanzler Schmidt das Treffen mit Honecker überraschend ab und unterrichtet den Staatsratsvorsitzenden in einem persönlichen Telefongespräch über die Entscheidung. Nach einer Sitzung in Hamburg, an der mehrere Bundesminister und Staatssekretäre der Bundesregierung teilnehmen, verliest Staatssekretär Bölling vor der Presse eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Der Bundeskanzler . . . ist nach gründlicher Überlegung und nach einem Gespräch mit dem Vizekanzler und den zuständigen Bundesministern zu dem Ergebnis gekommen, daß der für die nächste Woche vorgesehene Besuch in der DDR nicht zu diesem Zeitpunkt, sondern vielmehr zu einem Zeitpunkt stattfinden sollte, der im Sinne der von uns angestrebten Fortschritte als besser geeignet angesehen werden kann. Die Entwicklungen in Europa, wie sie sich in den letzten Tagen vollzogen haben, lassen der Bundesregierung die kommende Woche nicht als geeigneten Zeitpunkt erscheinen." – Am 31. 8. befürwortet der Staatsratsvorsitzende Honecker während eines Gesprächs mit Staatssekretär Gaus auf der Leipziger Messe eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten auf allen Gebieten.

– I r a n. Mit 153 gegen 24 Stimmen bei 19 Enthaltungen bestimmt das Parlament den bisherigen Erziehungsminister Mohammed Ali Rajai zum neuen Ministerpräsidenten. Präsident Bani Sadr, der den neuen Ministerpräsidenten am 20. 8. offiziell ernennt, hatte zunächst den stellvertretenden Innenminister Mustafa Mirsalim vorgeschlagen (vgl. „Blätter", 8/1980, S. 898). Rajai gehört der Isla-

misch-Republikanischen Partei (IRP) an. – Am 31. 8. stellt Rajai sein Kabinett vor, in dem Hussein Musavi, bisher Chefredakteur des IRP-Zentralorgans, das Außenministerium übernehmen soll.

16. 8. – K o r e a (Süd). Interimpräsident Choi Kyu Hah (vgl. „Blätter", 11/1979, S. 1287) gibt in einer Fernsehansprache seinen sofortigen Rücktritt bekannt. – Am 27. 8. wird Chun Doo Hwan durch ein „Wahlkollegium" zum neuen Präsidenten bestimmt. Chun ist General, hatte aber zuvor seine militärischen Funktionen niedergelegt.

20. 8. – U N O. Der Sicherheitsrat verurteilt in einer Resolution das am 30. 7. vom israelischen Parlament beschlossene Gesetz über Jerusalem (vgl. „Blätter", 8/1980, S. 899). Der Rat bezeichnet alle gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen, die den Charakter und den Status Jerusalems ändern oder auf deren Änderung abzielen, als „null und nichtig". Die Resolution wird mit 14 Stimmen bei einer Enthaltung (USA) angenommen. – Am 25. 8. wird die 11. Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Wirtschafts- und Entwicklungsfragen, so der Entwurf eines Zehnjahrplanes zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der „Dritten Welt" sowie Vorschläge für die Fortsetzung weltweiter Verhandlungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Zu Beginn der Versammlung wird Simbabwe als 153. Mitglied in die Organisation aufgenommen.

22. 8. – U S A/S o m a l i a. Beide Staaten treffen eine Vereinbarung, die den amerikanischen Streitkräften das Recht auf Benutzung von Flugplätzen und Hafenanlagen in Somalia einräumt. Die amerikanische Regierung gewährt als Gegenleistung einen Kredit von 45 Mill. Dollar für den Ankauf von Waffen und eine Zahlungsbilanzbeihilfe von 5 Mill. Dollar.

24. 8. – P o l e n. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) befaßt sich mit der seit Tagen andauernden und sich ausweitenden Streikbewegung an der polnischen Ostseeküste; gestreikt wird vor allem in Gdansk (Danzig), Szczecin (Stettin), Gdynia (Gdingen) und Elblag (Elbing). Die Eröffnungsansprache hält Parteisekretär Gierek, der in einem über das Fernsehen verbreiteten Schlußwort die Öffentlichkeit auch über die Ergebnisse des Plenums unterrichtet, das weitreichende personelle Veränderungen in der Partei- und Staatsführung beschließt. Abgelöst werden Ministerpräsident Edward Babiuch (Amtsantritt vgl. „Blätter", 3/1980, S. 258), sein Stellvertreter Tadeusz Pyka, der zuvor mit dem Streikkomitee in Gdansk verhandelt hatte, sowie einige Sekretäre des Zentralkomitees und hohe Regierungsfunktionäre, darunter die Leiter der Preiskommission, des Amtes für Statistik und des staatlichen Rundfunks und Fernsehens. Babiuch, Pyka sowie der Gewerkschaftsvorsitzende Jan Szydlak verlieren auch ihren Sitz im Politbüro der Partei. Als Vollmitglieder in das Politbüro aufgenommen werden der neue Ministerpräsident Josef Pinkowski und der im Februar d.J. ausgeschiedene frühere Außenminister Stefan Olszowski, bisher Botschafter in der DDR, der erneut zum Sekretär des ZK ernannt wird. Ebenfalls zum Sekretär des ZK berufen wird Außenminister Emil Wojtaszek, dessen Amt sein bisheriger Stellvertreter Jozef Czyrek übernimmt. Die stellvertretenden Ministerpräsidenten Mieczyslaw Jagielski und Kazimierz Barcikowski (beide gehören dem Politbüro an) erhalten den Auftrag zu neuen Verhandlungen mit den Streikkomitees in Gdansk und Sczcecin. Die von Jagielski und Barcikowski ausgehandelten Vereinbarungen werden am 30. 8. dem Zentralkomitee „zur Bestätigung" vorgelegt.
(Zu den Ereignissen in Polen vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

27. 8. – U d S S R. Die französische Regierung bestätigt den Eingang eines Schreibens des sowjetischen Staatspräsidenten Breschnew. Weitere Adressaten der Botschaft sind u. a. der amerikanische Präsident Carter, Bundeskanzler Schmidt sowie die Regierungschefs Großbritanniens, Italiens und der Niederlande. Breschnew regt erneut die Aufnahme von Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Europa an. Nach einer Unterredung über dieses Thema zwischen Bundesaußenminister Genscher und Außenminister Muskie in Washington heißt es, beide Regierungen erwarteten die baldige Einleitung vorbereitender amerikanisch-sowjetischer Konsultationen.

30. 8. – C h i n a. Der Nationale Volkskongreß (Parlament), dem fast 3500 Mitglieder angehören, tritt in Peking zu seiner 3. Sitzungsperiode zusammen. Auf der Tagesordnung stehen neben einem ausführlichen Bericht über die Volkswirtschaft Entscheidungen über Umbesetzungen in der Regierungsspitze.

# Die Entwicklung der Staatsverschuldung

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Umfang und Entwicklung der Staatsverschuldung sind eines der zentralen Themen im Wahlkampfkonzept der CDU/CSU. Der Kanzlerkandiat Strauß malt bereits seit 1972 das Gespenst des „Staatsbankrotts" an die Wand. Dabei erinnert sich kaum noch jemand daran, daß der Finanzminister Strauß (1966–1969) selbst an maßgeblicher Stelle eine Haushaltspolitik mitgetragen hatte, die sich bewußt des Mittels der Staatsverschuldung zum Zwecke konjunkturpolitischer Steuerung bediente. Er hat selbst bewußt eine Entwicklung eingeleitet, die heute allerdings auf einer weit höheren Ebene andauert. Vor allem in den 70er Jahren ist der Umfang der öffentlichen Verschuldung rasant angestiegen.

*Tabelle 1*

*Öffentliche Verschuldung[1])*

| | *Insgesamt* | *Bund* | *Länder* | *Gemeinden* |
|---|---|---|---|---|
| *1950* | *20,6* | *7,3* | *12,8* | *0,5* |
| *1960* | *52,8* | *17,9* | *15,5* | *4,7* |
| *1965* | *83,7* | *33,7* | *17,4* | *25,8* |
| *1970* | *125,9* | *49,7* | *27,8* | *40,3* |
| *1973* | *167,8* | *61,4* | *39,5* | *59,9* |
| *1974* | *192,4* | *72,1* | *47,3* | *66,4* |
| *1975* | *256,4* | *108,5* | *67,0* | *74,4* |
| *1976* | *296,7* | *128,4* | *81,8* | *79,8* |
| *1977* | *328,5* | *150,2* | *89,6* | *83,3* |
| *1978* | *371,6* | *177,5* | *102,1* | *87,5* |
| *1979* | *413,9* | *202,6* | *115,9* | *90,4* |
| *1980[2])* | *425,2* | *213,7* | *118,1* | *91,2* |

1) In Mrd. DM.
2) März 1980.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Allein zwischen 1977 und 1980 stieg die öffentliche Gesamtverschuldung etwa ebenso stark an wie in den ersten 20 Jahren der Geschichte der Bundesrepublik. Selbst wenn man die Geldentwertung und die gewachsene Finanzkraft des Staates in Rechnung stellt, ist dies eine beeindruckende Entwicklung. Zwar ist die Verschuldung im internationalen Vergleich noch immer niedrig. Mit etwa 7000 DM pro Kopf ist sie gegenwärtig in der Bundesrepublik niedriger als in den meisten anderen großen kapitalistischen Ländern. Gemessen am Sozialprodukt ist sie nur noch in Frankreich niedriger. Bei diesen internationalen Vergleichen muß allerdings in Rechnung gestellt werden, daß die Währungsreform 1948 die staatlichen Altschulden drastisch reduziert hatte, die Ausgangsbasis nach dem Zweiten Weltkrieg also wesentlich niedriger war als z. B. bei den USA oder Großbritannien. Das Tempo der Neuverschuldung entspricht im großen und ganzen der Entwicklung in den anderen kapitalistischen Ländern, nur in Japan und in Italien war es in den 70er Jahren bedeutend höher. Bezeichnend für die Demagogie dieser

wirtschaftspolitisch begründeten Propaganda ist das Beispiel Japan: Während dieses Land den Arbeitern und Angestellten einerseits als das Musterbeispiel an ökonomischer Stabilität angepriesen wird, wird verschwiegen, daß Japan gemessen an der Staatsverschuldung das sowohl vom Umfang als auch vom Tempo der Neuverschuldung her am meisten belastete Land ist. Die Staatsverschuldung hemmt dort also weder das Wirtschaftswachstum noch die Exportkraft.

Die Zunahme der Staatsverschuldung insbesondere in den 70er Jahren ist weniger das Ergebnis einer bestimmten Wirtschaftspolitik als vielmehr Ausdruck grundlegender Veränderungen des Kapitalismus. Daher ist in allen kapitalistischen Ländern eine ähnliche Tendenz zu beobachten. Zwei Momente seien genannt:

Zum einen wachsen mit dem Grad der Vergesellschaftung der Produktivität dem Staat in der Tendenz immer mehr Funktionen zu. Dies drückt sich aus in wachsenden Aufwendungen für öffentliche Infrastruktureinrichtungen, aber auch in dem zunehmenden Umfang von Subventionen und den Anforderungen an das System der sozialen Sicherung. Gleichzeitig kann die wirtschaftliche Entwicklung nicht dem „Selbstlauf" überlassen bleiben, der Staat muß konjunkturpolitisch steuernd eingreifen.

Zum anderen ist die rasch anwachsende Staatsverschuldung der Ausdruck verschlechterter Wachstumsbedingungen im Kapitalismus. Nur zu einem geringen Teil ist der Anstieg des öffentlichen Haushaltsdefizits in der Bundesrepublik auf bewußte Maßnahmen der antizyklischen Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Gerade die gegenwärtige Entwicklung unterstreicht, daß es im Rahmen der herrschenden Funktionsbedingungen der Wirtschaft keine Alternative zur Staatsverschuldung gibt. Ein Verzicht auf zusätzliche Staatsausgaben verstärkt die Schwächetendenzen der Wirtschaft, bewirkt einen Rückgang der Steuereinnahmen und einen Anstieg von krisenbedingten Staatsausgaben. Schon 1976 und 1977 hatte der Versuch, den Staatshaushalt durch eine relative Beschränkung der Ausgaben zu „konsolidieren", eher zum gegenteiligen Ergebnis geführt: in der Folge aufgetretene Abschwächung der Konjunktur hatte 1978 die Neuverschuldung wieder gesteigert.

Welches sind nun die Gefahren einer hohen öffentlichen Verschuldung? Von konservativer Seite werden genannt:

– Staatsverschuldung wirke inflationär und verschlechtere daher die internationale Konkurrenzposition der Bundesrepublik;

– Staatsverschuldung belaste den Kapitalmarkt und entziehe den privaten Unternehmen die Mittel, die diese für Investitionen benötigen;

– Staatsverschuldung belaste die öffentlichen Haushalte mit steigenden Zinslasten und schränke so den Spielraum für konjunkturpolitische Maßnahmen ein.

Durchdenkt man diese Argumente, so wird klar, daß globale Zahlen über den Umfang der Staatsverschuldung wenig Aussagekraft besitzen. Viel entscheidender ist, woher die Mittel stammen und zu welchen Zwecken sie verwendet werden. So ist keinesfalls einsichtig, warum ausgerechnet die Staatsverschuldung inflationär wirken soll, während private Kreditaufnahmen dies angeblich nicht tun. Zumindest bei einer Kreditaufnahme auf den Kapitalmärkten dürfte die Wirkung gleich sein. Inflationäre Wirkungen sind dann wahrscheinlich, wenn die aufgenommenen Mittel unproduktiv verausgabt werden – wie es z.B. bei Rüstungsausgaben der Fall ist. Inflationäre Wirkungen sind vor allem dann die Folge, wenn die privaten Unternehmen die öffentlichen Ausgabenprogramme für Preiserhöhungen nützen, wie es z.B. die Bauwirtschaft im Zusammenhang mit dem Programm „Zukunftsinvestitionen" getan hat. Hier würde eine schärfere Kontrolle der Preisgestaltung durch die öffentlichen Auftraggeber bereits einige Abhilfe schaffen.

Das „Verdrängungsargument" trifft dann in gewissem Umfang zu, wenn das Kapitalangebot knapp und die private Nachfrage nach Krediten hoch ist, also in Perioden rascher wirtschaftlicher Entwicklung. Dies ist aber in den 70er Jahren nicht mehr der Fall gewesen. Es ist im Gegenteil so, daß die privaten Unternehmen in den letzten Jahren ihre Verschuldung abgebaut haben und daß große Mengen anlagesuchenden Kapitals existieren, die durch die öffentliche

Verschuldung in einem gewissen Grade abgeschöpft werden. Es findet hier also eine durchaus begrüßenswerte Mobilisierung von Geldkapital statt, die dann wirtschaftlich positive Konsequenzen hat, wenn die Mittel vom Staat wohlstandssteigernd verausgabt werden. Die Tatsache, daß die Banken und privaten Kreditgeber diese Situation zu kräftigen Zinserhöhungen ausgenutzt haben, steht dabei auf einem anderen Blatt. Es gibt zahlreiche Vorschläge, die eine solche Bereicherung der Banken und anderer finanzkapitalistischer Institutionen durch entsprechende Auflagen bei der Kreditvergabe an öffentliche Einrichtungen ausschalten wollen. Dafür fehlt allerdings bis jetzt der politische Wille.

Hier schließt auch das dritte Argument an, das die steigende Zinslast als Gefahr für den Spielraum der öffentlichen Haushalte sieht. Dies ist wohl auch das stichhaltigste Argument gegen eine unbegrenzt steigende Staatsverschuldung.

*Tabelle 2*

*Zinsausgaben des Staates[1])*

| | *In Mio. DM* | *In % der Steuern* |
|---|---|---|
| *1951* | *765* | *2,6* |
| *1960* | *1 919* | *2,9* |
| *1965* | *3 577* | *2,7* |
| *1970* | *6 864* | *4,4* |
| *1975* | *14 838* | *6,1* |
| *1980[2])* | *29 804* | *8,4* |

1) Bund, Länder, Gemeinden, Sonderfonds, ohne Sozialversicherungen.
2) Haushaltsansatz 1980.
Quelle: Statistisches Jahrbuch 1980; Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.

Die öffentlichen Zinsausgaben sind also vor allem seit der Krise 1974/75 absolut und relativ zu den Steuereinnahmen stark angestiegen, allerdings noch keineswegs auf aktuell besorgniserregende Höhen. Dafür kann jedoch nicht nur die Staatsverschuldung verantwortlich gemacht werden, auch das hohe Zinsniveau spielt dabei eine große Rolle. Eine stärkere Kontrolle der Zinsgestaltung bei öffentlichen Anleihen würde hier sicherlich eine Entlastung schaffen. Dies aber wollen gerade die konservativen Kritiker der Staatsverschuldung auf keinen Fall. Ihnen ist entgegenzuhalten, daß die möglichen negativen Folgen der öffentlichen Defizite für Preisstabilität und Ausgabenspielräume schon durch relativ unbedeutende Eingriffe in die privaten Unternehmen in Grenzen gehalten werden könnten.

Tatsächlich haben die derzeitigen Gegner einer angeblich zu hohen Staatsverschuldung auch eine ganz andere Zielsetzung im Auge. Die verbreitete Angst vor Entwicklungen wie 1923 und 1948 (Währungsreformen) wird genutzt, um eine Wirtschafts- und Finanzpolitik durchzusetzen, die vor allem die Kürzung der Sozialausgaben im Auge hat. Auf anderen Gebieten, bei den Rüstungausgaben, bei direkten oder indirekten Unternehmenssubventionen werden keineswegs Ausgabenkürzungen angestrebt. Das eigentliche Ziel ist nicht ein Abbau des Haushaltsdefizits, sondern eine Umstrukturierung zugunsten solcher Ausgabenblöcke, die die Gewinne der privaten Wirtschaft stabilisieren.

Jörg Goldberg